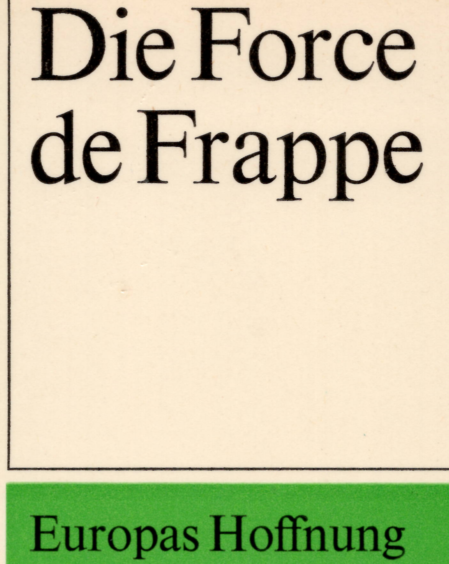
Georg Picht
C. F. v. Weizsäcker
Alfred Grosser
Paul Reynaud



Die Force de Frappe

Europas Hoffnung oder Verhängnis?

Walter
Texte und Dokumente
Analysen

Plan der Force de Frappe

‹1. Generation›:
A-Bomben mit dreifacher Sprengkraft der Hiroshima-Bombe.
Träger: 90 Überschallbomber vom Typ Mirage IV, einsatzbereit bis Ende 1966. Anschaffungskosten 2 Milliarden NF plus 2 Milliarden NF für Infrastruktur. Dazu 12 Tankflugzeuge des amerikanischen Typs KC 135. Anschaffungskosten 300 Millionen NF plus 300 Millionen NF für Bodenausrüstung.
Jährliche Betriebskosten der gesamten Bomberflotte 810 Millionen NF.
Gesamtkosten für die ‹1. Generation› der *force de frappe* (1964–1970): 9,2 Milliarden NF.

‹2. Generation›:
Raketen vom Polaris-Typ mit thermonuklearen Sprengköpfen. Geschätzte Kosten für Anlage und Betrieb der Produktionsstätten bis 1970 11,5 Milliarden NF plus 7 Milliarden NF für Versuchsanlagen.
Träger: 3 atomgetriebene Unterseeboote, einsatzbereit bis 1973. Geschätzte Entwicklungs- und Baukosten 3 Milliarden NF.
Gesamtkosten für die ‹2. Generation› der *force de frappe* (bis 1973): 50 Milliarden NF.

Die westliche Allianz ist von einem Problem überschattet, dessen Konsequenzen von der Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen worden sind: von General de Gaulles Plänen einer nichtintegrierten französischen Atomstreitmacht. «An dieser Frage», schreibt Georg Picht, «entscheidet sich das Geschick nicht nur von Frankreich, sondern von ganz Europa – nostra res agitur. Die Deutschen können sich bei diesem Prozeß nicht mit der Rolle des unbeteiligten Zuschauers begnügen; sie haben die Verpflichtung, mitzudenken und, wo sich die Gelegenheit bietet, auch mitzuhandeln.» Der vorliegende Band liefert Material, das Problem zu durchdenken. *Georg Picht*, Mitunterzeichner des Tübinger Memorandums der Acht zur deutschen Außen- und Atompolitik, analysiert auf Grund sorgfältiger Recherchen die französische Atomdoktrin und ihre politischen und gesellschaftlichen Implikationen. *Carl Friedrich von Weizsäcker* stellt ergänzende Betrachtungen darüber an, ob eine multilaterale Atomstreitmacht nach amerikanischem Plan das Dilemma der deutschen Politik löst. *Alfred Grosser*, einer der besten Kenner des deutsch-französischen Verhältnisses, untersucht die Schwierigkeiten der Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich. Der frühere Ministerpräsident *Paul Reynaud*, erster Förderer de Gaulles und heute sein schärfster Gegner, wirft die Frage auf, ob Europa de Gaulles Plänen notwendig folgen muß. Die Dokumentation bringt die wichtigsten Erklärungen General de Gaulles und der französischen Regierung zur *force de frappe* und zum deutsch-französischen Verhältnis im vollen Wortlaut.

Daten zur Force de Frappe

1954	17. März	Verteidigungsminister *Pleven* erklärt vor der Nationalversammlung, daß die französische Armee sich auf die Erfordernisse eines Atomkrieges einstellen wird. Drei Tage später finden interministerielle Beratungen über das Thema statt.
	Ende	Ministerpräsident *Pierre Mendès-France* folgt dem Drängen der Militärs und faßt die Konstruktion einer französischen Atombombe ins Auge.
1955	20. Mai	Zwischen dem Vertreter des Ministerpräsidenten *Edgar Faure*, dem Verteidigungsminister und dem Finanzminister wird ein Protokoll unterzeichnet, das die Errichtung von Anlagen zur Konstruktion einer Atombombe vorsieht. Die Anlagen werden zunächst für eine «friedliche Ausnutzung der Atomenergie» eingerichtet.
	Juli	Ministerpräsident *Guy Mollet* kündigt die erste französische Atombombe für 1961 an.
	30. November	Zweites Protokoll zwischen dem Staatssekretär für Atomfragen und dem Verteidigungsminister der Regierung *Mollet* über einen beschleunigten Bau der Bombe.
1958	24. August	Die Regierung unter General *de Gaulle* bekräftigt das Programm einer eigenen französischen Atommacht, der sogenannten *force de frappe*.
1960	13. Februar	Zündung der ersten französischen Atombombe (dreifache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe) in Reggane in der Südsahara. General *de Gaulle* telegrafiert: «Hurrah pour la France, depuis ce matin elle est plus forte et plus fière...»

WALTER
TEXTE UND DOKUMENTE
ANALYSEN



DIE FORCE DE FRAPPE

EUROPAS HOFFNUNG ODER VERHÄNGNIS?

HERAUSGEGEBEN
VON HANS DIETER MÜLLER

WALTER-VERLAG
OLTEN UND FREIBURG IM BREISGAU

SATZ UND DRUCK:
DRUCKEREI UND VERLAGSANSTALT
KONSTANZ AM FISCHMARKT
EINBANDARBEITEN:
WALTER-VERLAG, BUCHBINDEREI HEITERSHEIM
PRINTED IN GERMANY

INHALT

Vorwort

In der Politik scheinen Mythen unentbehrlich. So ist auch die europäische Politik – genauer: die Frage, was aus der europäischen Integration werden und unter welchen Zeichen sie stattfinden soll – bereits wieder von einem Mythos überschattet: dem Mythos General de Gaulles. An Einfluß zunehmend hat er auch in der deutschen Politik einen Reflex gefunden, den deutschen Gaullismus. Es bliebe uns nur übrig, de Gaulles Europa zu wählen, schrieb kürzlich ein junger deutscher Konservativer, «denn es gibt die Sternstunden der Geschichte, die nicht wiederkehren».
Die deutschen Dinge, kompliziert in vieler Hinsicht, vertragen aber schlecht, daß man Symbole an die Stelle von Analysen setzt. Zumal das Kernproblem des deutsch-französischen Verhältnisses ein Problem von weitreichenden militärischen, politischen und psychologischen Implikationen ist: die atomare Bewaffnung der französischen und deutschen Streitkräfte. Es erfordert strenge verstandesmäßige Kontrolle. Wenn nicht alles täuscht, ist es die nächste große Entscheidung, vor die sich die deutsche Politik gestellt sieht. Die Ignorierung, deren man sich heute befleißigt, schafft sie nicht aus der Welt.
General de Gaulle hat auch dafür ein Symbol gefunden, das die Kompliziertheit des Sicherheitsproblems im nuklearen Zeitalter kühn überspringt, die *force de frappe*. Da in der deutschen Politik gegenwärtig die Neigung vorherrscht, unbequemen Fragen auszuweichen, indem man nicht über sie nachdenkt, wird sich auch hier das Symbol als Lösung anbieten. Wir tun aber gut daran, rechtzeitig zu erkennen, daß es sich bei der *force de frappe* um ein politisches Strukturproblem handelt, das tiefgreifende Auswirkungen haben kann, nicht nur politische, sondern auch gesellschaftliche.
Material für solches Durchdenken liefern die hier vorgelegten Analysen. Georg Picht, Mitunterzeichner des Tübinger Memorandums der Acht, das sich bereits vor drei Jahren mit der Frage der atomaren Bewaffnung beschäftigte, hat mit dem Theoretiker der *force de frappe*, General Pierre Gallois, und führenden gaullistischen Politikern ausführliche Gespräche geführt und die Diskus-

sion in Frankreich sorgfältig verfolgt. Die hier vorgelegte erweiterte Fassung einer vertraulichen Studie erschien zunächst in der Zeitschrift MERKUR [Nr. 200/November 1964]. Carl Friedrich von Weizsäcker stellt in einer Analyse ergänzende Betrachtungen darüber an, ob eine multilaterale Atomstreitmacht nach amerikanischem Plan das Dilemma löst, in dem sich die deutsche Politik befindet [erschienen in der Wochenzeitung DIE ZEIT am 13. November 1964]. Alfred Grosser, Professor für Politologie an der Fondation Nationale des Sciences Politiques, und Paul Reynaud, ehemaliger französischer Ministerpräsident und de Gaulles schärfster Kritiker, analysieren in ihren Beiträgen den politischen Hintergrund, das deutsch-französische Verhältnis mit und ohne de Gaulle [DIE ZEIT, 20. November und 3. Dezember 1964]. In der Dokumentation wird der volle Wortlaut der Erklärungen General de Gaulles und Außenministers Couve de Murvilles zur *force de frappe* und zum deutsch-französischen Verhältnis abgedruckt, der in der deutschen Öffentlichkeit bisher nicht bekannt war. Der Text des Vortrages des französischen Generalstabschefs Ailleret zeigt, wie weit die Theorie der *force de frappe* bereits in die geltende militärische Doktrin eingedrungen ist. Die bisher instruktivste Zusammenfassung der Probleme gab ein Artikel der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG vom 9. Dezember 1964.
Der Herausgeber dankt den Autoren der ZEIT und der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG, daß sie den Abdruck der Beiträge in diesem Band möglich gemacht haben.

Mai 1965 — Hans Dieter Müller

Georg Picht

Die Force de Frappe als politisches Strukturproblem[1]

1 Daß ein Autor, der bisher über Platon geschrieben hat, sich zu einer zentralen Frage der heutigen Militärpolitik äußert, bedarf wohl einer Rechtfertigung. Die Beschäftigung mit den Problemen der atomaren Rüstung gehört zu meinen Berufspflichten, seit die evangelische Studiengemeinschaft die Kommission berufen hat, deren Arbeitsergebnis in dem Band «Atomzeitalter – Krieg und Frieden» [Witten-Berlin, 3. Aufl. 1963] vorgelegt wurde. Was ich von diesen Fragen verstehe, verdanke ich einem durch viele Jahre hindurch geführten Gespräch mit Carl Friedrich von Weizsäcker, Günter Howe, Wolf Graf von Baudissin und Fritz Erler. Über die *force de frappe* konnte ich mich, abgesehen von der Literatur, durch Gespräche unterrichten, die ich mit einer Reihe von französischen Sachverständigen geführt habe: mit Raymond Aron, Alfred Grosser, General Pierre Gallois; mit den Politikern Pierre Pflimlin, Maurice Faure, Guy Mollet sowie den Mitgliedern der UNR Jacques Baumel und Christian de la Malène.

«Die Erniedrigung des Staates führt unausweichlich zur Entfremdung der assoziierten Völker, zur Verwirrung der kämpfenden Armee, zur Auflösung der Einheit der Nation und zum Verlust der Unabhängigkeit. Frankreich, das mit Problemen ringen muß, die für das Regime der Parteien zu massiv sind, ist seit zwölf Jahren in diesem Prozeß des Verderbens befangen.» Mit dieser Bilanz der IV. Republik begründete General de Gaulle in dem berühmten Communiqué vom 15. Mai 1958 seinen Anspruch, die Regierungsgewalt zu übernehmen. Wie ist es zu jenem «Prozeß des Verderbens» gekommen? Alfred Grosser gibt dafür in seinem Buch über die Außenpolitik der IV. Republik[2] eine einfache und evidente Erklärung. Er stellt fest, Frankreich sei das einzige Land gewesen, das gezwungen war, die beiden zentralen Themen der Weltpolitik in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, nämlich die Spaltung zwischen dem westlichen und dem kommunistischen Block und die Auflösung der kolonialen Imperien, zugleich als Probleme der Innenpolitik auszutragen. Die innenpolitische Auseinandersetzung mit einer starken kommunistischen Partei gibt es auch in Italien; mit dem Zusammenbruch ihrer Kolonialherrschaft hatten sich auch England, Holland und Belgien auseinanderzusetzen; aber nur Frankreich mußte die beiden großen Weltprobleme gleichzeitig in einem innenpolitischen Kampf zu bewältigen suchen, der es an den Rand des Bürgerkrieges geführt hat.

Diese Lage zu meistern, wäre selbst unter günstigen politischen Bedingungen eine kaum lösbare Aufgabe gewesen. Man macht sich in Deutschland zu wenig klar, daß auch Frankreich durch den militärischen Zusammenbruch von 1940, die Besatzungszeit und die Verwüstungen des Krieges in seinem inneren wie in seinem äußeren Bestande bis in die Fundamente erschüttert war. Es war durch die unlösbaren moralischen Konflikte zwischen den Anhängern des Vichy-Regimes und den politisch höchst heterogenen Trägern der Résistance gelähmt und gespalten [amerikanische Beobachter schätzen die Zahl der während der *libération* Liquidierten auf 120000, nach der offiziellen Angabe der Regierung beträgt sie 10000[3]]. Die Aufgabe, in einer solchen Lage das natio-

2 La IVe République et sa Politique Extérieure, Armand Collin 1961.

3 Armin Mohler, Die fünfte Republik, S. 130, Anm. 22.

nale Selbstbewußtsein wiederherzustellen, trieb Frankreich in eine Politik der Fiktionen: das vom Bewußtsein der militärischen Niederlage gezeichnete Land unternahm es, die Rolle der Siegermacht, ja als Mitglied des geforderten Viererdirektoriums die der Weltmacht zu spielen. Der Gang der Geschichte hat dann Schritt für Schritt den fiktiven Charakter dieser Politik demaskiert. Das Kernproblem, nämlich die Deutschlandfrage, lösten die Amerikaner ohne Rücksicht auf die französischen Wünsche und Konzeptionen: die Politik der USA widersetzte sich im Interesse der Stabilisierung Westeuropas dem Programm einer Zerschlagung Deutschlands in eine Gruppe von Einzelstaaten, der Abtretung des Saarlandes und der Internationalisierung des Rhein-Ruhr-Gebietes; statt dessen wurde mit amerikanischer Hilfe ein wirtschaftlich expansiver und militärisch wieder aufgerüsteter westdeutscher Staat geschaffen, der auch in seiner verstümmelten Gestalt von Frankreich als mächtiger Rivale empfunden wird. Die französische Kolonialpolitik führte auf den bitteren Etappen des Indochinakrieges, des Suezunternehmens und des Algerienkrieges zur Auflösung der in der Verfassung feierlich verankerten *Union Française*. Der Versuch, inmitten dieser Krisen und Verluste eine parlamentarische Demokratie von Grund auf neu zu etablieren, mißlang, weil er mißlingen mußte: die IV. Republik zerbrach.

In dieser Lage erschien General de Gaulle wie ein Deus ex machina. Er beendete unter Wahrung der nationalen Würde den Algerienkrieg, im Widerspruch zu den politischen Kräften, die ihn auf den Schild gehoben hatten; er erlöste das Land von der Furcht des Bürgerkrieges und eröffnete ihm zwischen den Extremen der Volksfront und des Faschismus eine dritte Alternative, die dem französischen Charakter deshalb gemäß ist, weil sie eine starke und zentrale Regierungsautorität mit einer nahezu schrankenlosen Redefreiheit vereint. Er stilisierte sich zum Symbol der französischen Größe und schuf sich eine weltpolitische Stellung, die ihm erlauben würde, sich in jedem Land der Welt – seien es die USA oder China, Rußland, Algerien oder die südamerikanischen Staaten – wie ein Triumphator bejubeln zu lassen.

Das Zentrum seiner Politik der *grandeur de la France* ist der Plan, Frankreich zur Atommacht zu machen und ihm damit den Eintritt

in den Club der Weltmächte, der ihm von Eisenhower und Kennedy verwehrt worden war, durch die Gewalt eines fait accompli zu erzwingen. Ist diese Politik das geniale Werk des letzten überlebenden Giganten aus der Epoche der großen Männer, oder vollendet sich in ihr die tragische Kette jener französischen Fiktionen? Eröffnet sich Frankreich mit der *force de frappe* eine neue Zukunft, oder konstruiert es sich mit dieser Abschreckungswaffe, die nur auf eine einzige Form des Angriffes abgestellt ist und jede operative Anpassung blockiert, eine gespenstische Replik der Maginot-Linie? An dieser Frage entscheidet sich das Geschick nicht nur von Frankreich, sondern von ganz Europa – *nostra res agitur*. Die Deutschen können sich bei diesem Prozeß nicht mit der Rolle des unbeteiligten Zuschauers begnügen; sie haben die Verpflichtung, mitzudenken und, wo sich die Gelegenheit bietet, auch mitzuhandeln.

Die Planung der *force de frappe* beruht auf einer militärischen und auf einer politischen Doktrin. Erst wenn man beide Seiten des Problems versteht, läßt sich ermessen, welche Konsequenzen das atomare Abenteuer[4] für die Gestaltung Frankreichs und Europas haben wird.

De Gaulle selbst hat sich nie darüber geäußert, ob er mit dem Aufbau der *force de frappe* eine strategische Konzeption verbindet; er hat sie immer nur politisch begründet. Es entspricht ja überhaupt seiner politischen Taktik, in eine Wolke der Unbestimmtheit gehüllt seinen Mitarbeitern gegenüber eine so große Distanz zu halten, daß er sie jederzeit desavouieren kann. Die militärische Doktrin, auf die sich die gaullistische Partei und die Regierung bei Bedarf berufen und deren Einfluß bis heute unverkennbar ist, wurde von General Pierre Gallois aus Ideen entwickelt, die vor zehn Jahren bei der amerikanischen Luftwaffe in Umlauf waren. Er hat sie mit publizistischer Brillanz in seinem Buch über die Strategie des nuklearen Zeitalters[5] und in zahlreichen Artikeln

4 Bertrand Goldschmidt, L'aventure atomique, Fayard 1962.

5 Pierre Gallois, Stratégie de l'Age Nucléaire, Calmann-Lévy 1960. Der direkte Einfluß von General Gallois ist, wie man hört, heute gering. Aber die letzten offiziellen Äußerungen – die Pressekonferenz von General de Gaulle

dargestellt. Ich gebe die Grundgedanken von General Gallois so wieder, wie er sie mir selbst in zwei mehrstündigen Gesprächen im Dezember 1962 und im Januar 1964 mit cartesischer Klarheit erläutert hat. Man muß die persönliche Faszination, die von diesem «als Soldat verkleideten Intellektuellen» [Raymond Aron] ausgeht, unmittelbar erfahren haben, um die erstaunliche Wirkung seiner Gedanken auf die französische Öffentlichkeit zu verstehen. «Leidenschaftlich, unfähig, Einwände auch nur zu verstehen, so unsicher in der Tiefe und so überzeugt an der Oberfläche, daß er denen, die anders denken als er, nur die Wahl zwischen der Dummheit und der Korruption läßt [‹entweder blöd oder von den Amerikanern bestochen›], brillant im Gespräch und ohne Bewußtsein seiner eigenen Widersprüche, bietet P. M. Gallois ein fast vollkommenes Bild des logischen Deliriums» – so schildert Raymond Aron in *Le Grand Débat*[6] seinen früheren Freund, zu dessen erstem Buch er noch das Vorwort geschrieben hatte. Es entspricht der brennenden Intelligenz dieses Mannes, daß er ein Mensch von vielen Facetten ist und die gesamte Problematik der französischen Atompolitik gleichsam personifiziert. Aber an der besessenen Aufrichtigkeit seines Denkens ist nicht zu zweifeln, obwohl er sich in eine Situation begeben hat, die, von außen gesehen, nicht ohne Zweideutigkeit ist: er befindet sich nicht mehr im aktiven Dienst, sondern ist kaufmännischer Direktor der Flugzeugwerke Marcel Dassault – jener Firma, von der die Mirage-Flugzeuge hergestellt werden, die als Träger der ersten französischen Atombomben dienen sollen.

Die Grundlage seiner Theorie bildet eine These, die mit den Gedanken von de Gaulle genau übereinstimmt. De Gaulle hat zu David Schoenbrun gesagt: «Ein Mann hat Freunde – eine Nation kann sie nicht haben» [Figaro, 10. Juli 1964]. In der Sprache von General Gallois bedeutet dies: das Atomzeitalter ist das Ende der Epoche der militärischen Allianzen. Die atomare Strategie be-

vom 23. Juli 1964 und der Vortrag des Generalstabschefs General Ailleret vor dem NATO-Defence-College [Dokumentation S. 69 und S. 104] – beruhen, wie die Analyse zeigt, noch immer auf den von ihm entwickelten Grundsätzen, die deshalb nichts von ihrer Aktualität verloren haben.

[6] Deutsch unter dem Titel «Einführung in die Atomstrategie» 1964 bei Kiepenheuer & Witsch erschienen.

ruht auf einer fundamentalen Unterscheidung: es gibt eine unüberbrückbare Grenze zwischen der «Peripherie» der politischen und militärischen Interessen und jenem Bereich, den General Gallois *le sanctuaire* – das Allerheiligste – nennt. *Le sanctuaire:* das ist der unverletzbare Bezirk, den der Gegner um keinen Preis betreten darf. Es kann nur das Territorium der eigenen Nation sein. Was außerhalb dieser Grenzen liegt, die Peripherie, ist lediglich ein strategisches Vorfeld. Nur zur Verteidigung des *sanctuaire* können atomare Waffen eingesetzt werden; denn General Gallois hält es für ausgeschlossen, daß irgendeine Regierung der Welt bloß zur Verteidigung eines Bundesgenossen die Bevölkerung ihres eigenen Landes der atomaren Vernichtung aussetzt. Wer glaubt, daß etwa die Amerikaner zur Verteidigung von Europa einen Atomkrieg riskieren würden, muß, wie mir General Gallois sagte, annehmen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten ein Verbrecher ist. Wenn aber der Einsatz atomarer Waffen zur Verteidigung von Bündnispartnern sich verbietet, so ist ein militärisches Bündnis nicht mehr möglich.

Wer eine Bestätigung für diese These sucht, braucht nach General Gallois nur die Entwicklung der amerikanischen Strategie im letzten Jahrzehnt zu analysieren. Die Amerikaner haben die Theorie der massiven Vergeltung nur solange aufrechterhalten, als Amerika selbst durch Atomwaffen nicht erreichbar war. In dem Augenblick, in dem Rußland Langstreckenraketen entwikkelt hatte, seien sie zur Theorie der gestuften Abschreckung und – so behauptet Gallois – zum Konzept einer Verteidigung Europas durch konventionelle Streitkräfte übergegangen. Dadurch wird, wie er meint, Europa militärisch zu einer *weichen Zone* gemacht; es rückt politisch auf dasselbe Niveau wie Korea oder Südvietnam. Er würde als Amerikaner ebenso handeln, aber für Europa sei diese Position unannehmbar. Die Gefahr, in der sich Europa befindet, werde noch verschärft durch die mangelnde Intelligenz der Amerikaner. Sie seien so töricht, unter Mißachtung aller Regeln der atomaren Abschreckung zu verkünden, die konventionellen Truppen sollten dazu dienen, zwischen den Ausbruch eines Konfliktes und den Einsatz der atomaren Waffen eine Pause zu legen. So würden die Russen geradezu aufgefordert, mit relativ kleinem Risiko einen klar beschränkten Vorstoß zu machen, um

dann vor Ablauf der von den Amerikanern selbst verkündeten Pause zu erklären: «Wir gehen nach Genf und wollen verhandeln.»

Wenn dies die Theorie ist, die der Aufstellung der *force de frappe* zugrunde liegt – wie steht es dann mit dem Verhältnis eines atomar gerüsteten Frankreich zu seinen europäischen Bundesgenossen? Mit der ihm eigenen Offenheit erklärte mir General Gallois, daß hier dieselbe Regel gilt, die er für das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Europa statuiert. Die Bundesrepublik zum Beispiel kann für Frankreich niemals als *sanctuaire* gelten; sie ist «Peripherie», sozusagen das Glacis der Festung Frankreich, oder, nach der Theorie von General Ailleret, der Demonstrationsraum nuklearer Abschreckung. Es sei undenkbar, daß Frankreich zur Verteidigung von Deutschland atomare Waffen einsetzen würde. Für die Bundesrepublik gibt es nach General Gallois überhaupt keine Verteidigung, es sei denn, sie würde sich eine eigene *force de frappe* unter absolut souveräner Verfügung beschaffen. Die einzige Alternative zu der Dissemination nationaler Atomrüstungen sei ein Europa, das sich selbst als «Nation», das heißt als zentralistisch regierten Einheitsstaat organisiert. Jegliche Zwischenstufe der Integration sei abzulehnen. Solange es keinen europäischen Zentralstaat gibt, müsse sich jedes «Vaterland» mit einer nationalen Atommacht ausstatten. Seine weitläufig begründete Behauptung, daß dies auch kleinen Staaten möglich sei, kann übergangen werden, weil sie niemand ernst nimmt.

Über die innenpolitische Organisation der mit einer autonomen *force de frappe* ausgestatteten «Nation» hat sich General Gallois in seinem Buch mit der gleichen schonungslosen Offenheit geäußert. Er sagt dort: «Man muß zugeben, daß eine solche Sicherheitspolitik um so wirksamer ist, je weniger die militärischen Mittel, auf die sie sich stützt, von der öffentlichen Meinung abhängig sind. Kann man sich ein westeuropäisches Volk vorstellen, das, so angegriffen, trotzdem einstimmig die atomare Vergeltung befürworten würde, auf die Gefahr hin, grauenvolle Repressalien auf sich zu ziehen? Würden nicht alle es für weiser und vernünftiger halten, den Verlust von einigen zur Demonstration atomisierten Bevölkerungszentren hinzunehmen und zu verhandeln, um den Rest zu retten? Wozu soll eine nukleare Vergeltung die-

nen, die doch den Gegner nicht der Mittel berauben könnte, sein Werk der Vernichtung zu vollenden? Wozu soll man einige der Städte des Gegners ausradieren, wenn er, entschlossen, die Zerstörungen zu rächen, das Land, das die Vergeltung gewagt hat, mit thermonuklearen Keulenschlägen zerschmettern würde? Die Vernunft würde fordern, daß man die Megatonnen wieder einpackt und über einen neuen modus vivendi diskutiert, da die Politik der Abschreckung gänzlich versagt hat.» Aber die Vernunft, die hier spricht, ist nicht die Vernunft, der sich das «logische Delirium» von General Gallois zu beugen bereit ist. Er zieht vielmehr aus diesen Sätzen den Schluß, daß die politische Organisation des Nationalstaates im atomaren Zeitalter so eingerichtet werden muß, daß die Vergeltung ohne den Rekurs auf die Vernunft rein automatisch ausgelöst wird. «Anderes Paradox dieser Epoche: die westlichen Demokratien gelangen dahin, ihre Sicherheit auf eine Politik zu gründen, die so gut wie keinen Sinn haben würde, wenn sie von der Zustimmung des Volkes abhinge. Zum Trost wollen wir sagen, daß es sich um den Mechanismus eines Uhrwerkes handelt, das die Regierung zwar mit Zustimmung der öffentlichen Meinung aufziehen würde, dessen Bewegung sich aber dann, wie der Ablauf der Uhrzeit, jeglicher Einmischung entzieht.» [7]

Auf diesen Axiomen errichtet General Gallois das Gebäude einer strategischen Theorie, deren Kernstück die These ist, daß jede Verletzung des *sanctuaire* augenblicklich den massiven atomaren Vergeltungsschlag auslösen müsse. Er klammert sich mit geradezu selbstmörderischer Hartnäckigkeit an die Gedanken der ersten Phase der atomaren Strategie, an die amerikanische Theorie der *massive retaliation*, und hält die ganze weitere Entwicklung des strategischen Denkens für ein Werk der Verblendung. Wir brauchen hier, wo es um die politischen Strukturen geht, die Theorie von Gallois nicht zu diskutieren; Raymond Aron hat sie in seinem neuesten Buch eingehend kritisiert, um nicht zu sagen: vernichtet.

Die politische Doktrin der *force de frappe* stammt von de Gaulle selbst; zwar wurde das französische Kernwaffenprogramm schon in der IV. Republik beschlossen, aber erst de Gaulle hat aus dieser

7 a. a. O. S. 172 f.

Entscheidung die politischen Konsequenzen gezogen. Seine Doktrin beruht auf einer Überzeugung, die er mit starrsinniger Monotonie seit Jahren unverändert wiederholt. Sie lautet [in der Formulierung seiner Rede vom 9. Oktober 1960 in Chambéry[8]]: «Frankreich muß seine eigene nationale Verteidigung haben, wie das bisher immer der Fall gewesen ist; auch wir müssen über die sogenannten Kernwaffen-Abschreckungsmittel verfügen, die heute der hauptsächlichste, wenn nicht der einzige Schutz der Völker sind, die frei bleiben wollen. Ohne sie wären wir keine europäische Macht mehr, keine souveräne Nation, sondern lediglich ein integrierter Satellit.» Das Grundgefühl, das sich in diesen Sätzen ausspricht, beherrscht bis zum heutigen Tag bewußt oder unbewußt den größten Teil des französischen Volkes. Sogar die Kommunistische Partei hat 1944 erklärt: «Die Unabhängigkeit Frankreichs mit der Wiederherstellung seiner Grandeur, heiliger Wunsch aller unserer Helden, muß das erste Grundprinzip der Außenpolitik von morgen sein.»[9] Alfred Grosser hat in einem Rückblick auf das erste Jahrfünft der V. Republik[10] die These entwickelt, daß sich die französische Politik nicht mehr wie früher auf das Christentum oder den Humanismus stützen kann, weil diese Kräfte nur noch kleine Minoritäten zu verpflichten vermögen. Die einzige Grundhaltung, die noch erlaube, das französische Volk zu integrieren, sei der Nationalismus, zu dem es in Frankreich keine Alternative gebe.
Mit dem Nationalismus verbindet sich bei de Gaulle eine Ideologie der Macht, die er schon 1932 in seinem Buch *Le Fil de l'Epée* in hymnischen Tönen verkündet hat: «Wiege der Staaten, Szepter der Imperien, Totengräber der dekadenten Mächte, gibt die Gewalt den Völkern das Gesetz und ihren Schicksalen die Regel.»[11] Daraus ergibt sich unmittelbar die Überzeugung, die der Vizepräsident des französischen Verteidigungsausschusses, Alexandre Sanguinetti, in seinem Buch *La France et l'Arme Atomique* ausspricht: «Die Anwesenheit der Amerikaner ist nur ein Alibi für die Schwäche und Schlaffheit der Europäer angesichts der

8 Europa-Archiv 1961, D 17.
9 Alfred Grosser, a. a. O. S. 20.
10 Réforme, 30. November 1963.
11 Grosser, a. a. O. S. 20.

moralischen und materiellen Anstrengungen, die sie zu leisten hätten, um ihre Unabhängigkeit wiederherzustellen und ihre Macht zurückzugewinnen [S. 34]. Alle, die nicht den Finger am atomaren Abzug haben, können nur Hilfsvölker sein und spielen die Rolle der marokkanischen Truppen in der französischen Armee des letzten Krieges [S. 32].»

Als ich kurz vor dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrages darüber Auskunft haben wollte, welche Konsequenzen sich aus dieser Doktrin für die zukünftige Stellung Deutschlands im Rahmen der französischen Verteidigungskonzeption ergeben würden, erhielt ich von Jacques Baumel, dem Generalsekretär der gaullistischen UNR, und von dem früheren Informationsminister Christian de la Malène, einem der Verteidigungsexperten dieser Partei, freimütige Auskunft. De la Malène gab mir in voller Offenheit zu: an eine Verteidigung der Bundesrepublik durch französische Atomwaffen sei nicht zu denken. Er verstünde sehr wohl, daß sich die Männer, auf denen die Last der Verantwortung für die deutsche Verteidigung ruhe, in einer nahezu verzweifelten Situation befänden, aber es hätte ja keinen Zweck, sich gegenseitig etwas vorzumachen. Die einzige Lösung, die er für denkbar hielte, sei, daß die Bundesrepublik sich später von Frankreich Atomwaffen kaufen könnte, um so zu einer eigenen *force de frappe* zu kommen, die Amerika und England ihr immer verweigern würden. Daß Deutschland dadurch in eine dauernde Abhängigkeit von der französischen Politik geraten würde, gestand er unumwunden zu. Aus diesem Grund lehnte er auch den Gedanken an eine direkte Beteiligung der Bundesrepublik an einer kontinentalen Atomrüstung ab. Die Bundesrepublik hätte ja auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und der Logistik noch ein weites Feld, um ihre Solidarität mit Frankreich zu bekunden. Er verstünde, daß ich den Eindruck gewinnen müßte, er vertrete nur das Interesse des nationalen Egoismus, aber so sei nun einmal die Politik, und man müsse die Realitäten sehen, wie sie sind[12]. Baumel sagte mir ergänzend, daß sich Deutschland in der Abhän-

[12] Der französische Verteidigungsminister Messmer hat vor kurzem in einem Interview für Christ und Welt [7. August 1964] diese Doktrin selbst für den Fall ganz unverkennbar bestätigt, daß es zu dem von de Gaulle vorgeschlagenen deutsch-französischen Zweibund kommen sollte.

gigkeit von Frankreich immer noch besser befinden würde als in dem Bündnis mit den Amerikanern, denn wer sich auf die Amerikaner verlasse, der sei bereits verraten und verkauft. Die beste Garantie für Deutschlands Sicherheit liege noch immer in dem Charakter von General de Gaulle. Der General hat inzwischen zu verstehen gegeben, die *force de frappe* werde auch Westdeutschland verteidigen. Aber er ist der Staatschef, dessen Polizei Flugzettel konfiszierte, die nichts anderes enthielten als seine eigenen überholten Stellungnahmen.

Das dritte Axiom der politischen Doktrin von de Gaulle heißt in seinen eigenen Worten: «Eine Politik ist eine Aktion, das heißt: ein Komplex von Entscheidungen, die man trifft, von Dingen, die man tut, von Risiken, die man auf sich nimmt, und zwar dies alles mit Unterstützung eines Volkes. Nur die Regierungen von Nationen sind fähig und tragen die Verantwortung, eine Politik zu gestalten. Natürlich ist es nicht verboten, zu hoffen oder sich einzubilden, es käme einmal ein Tag, wo alle Völker unseres alten Kontinents nur noch ein Volk bilden, und daß es dann vielleicht auch eine Regierung von Europa geben könnte. Aber es wäre lächerlich, so zu tun, als ob dieser Tag schon gekommen wäre.» [13]

Die Grundlage der Staatstheorie des siebzehnten Jahrhunderts, der souveräne territoriale Nationalstaat, ist das einzige Dogma, das dieses skeptischste aller Völker als geistiges *sanctuaire* nicht antasten läßt. Die *force de frappe* bietet die Möglichkeit, die nationalistischen Traditionen Frankreichs mit jener technokratischen Besessenheit, die heute die lebendigsten Kräfte der französischen Intelligenz beherrscht, zu kombinieren. Sie erlaubt deshalb dem alten Hexenmeister das politische Zauberkunststück, die traditionalistischen und die modernistisch-technologischen Kräfte, die sich sonst bis aufs Blut bekämpfen würden, um dieses Symbol zukünftiger Größe zu versammeln. Aber auch durch diesen Trick läßt sich nicht verhindern, daß der Prozeß der Geschichte den Nationalstaat zerstört; die *force de frappe* enthält die zugleich tiefsinnige und absurde Pointe, daß die Souveränität des Staates, die nach de Gaulle an die unabhängige Verfügung über die militärischen Machtmittel gebunden ist, sich auf die Freiheit reduziert hat, den atomaren Selbstmord zu begehen.

13 Pressekonferenz vom 23. Juli 1964, Dokumentation S. 69.

Wenn man die Politik verstehen will, die de Gaulle mit der ihm eigenen Mischung von List und Starrsinn in imponierender Geradlinigkeit verfolgt, muß man sich seine schwer verdauliche Doktrin in ihrer ganzen dogmatischen Härte stets vor Augen halten. Aber wichtiger als die Doktrin sind die Tatbestände, die er durch diese Politik geschaffen hat. Die Entscheidungen, die bereits getroffen wurden, haben einen Umfang und ein Gewicht, von dem man sich nur schwer einen Begriff macht. Das öffentliche Bewußtsein in Deutschland sträubt sich dagegen, die Geometrie des Wahnsinns für möglich zu halten und das, was in Frankreich geschieht, zur Kenntnis zu nehmen. Deshalb seien die wichtigsten Tatsachen, die uns durch eine Reihe von französischen Publikationen bekannt gemacht wurden, kurz dargestellt[14].

Die bisherige Planung der *force de frappe* umfaßt zwei Systeme oder, wie man zu sagen pflegt, zwei Generationen von Waffen. Die erste Generation besteht aus A-Bomben von etwa der dreifachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Zur Herstellung dieser Plutonium-Bomben wurde für 900 Millionen Neue Francs die Anlage in Marcoule errichtet, deren jährliche Betriebskosten NF 70 Millionen betragen. [Das Gramm Plutonium kostet NF 1000 – das ist das Vielfache der amerikanischen Herstellungskosten.] Als Träger sind fünfzig – nach der neuesten Version neunzig – Flugzeuge vom Typ Mirage IV vorgesehen; sie sollen Ende 1966 zur Verfügung stehen. Die Flugzeuge [NF 2 Milliarden], ihre Infrastruktur [NF 2 Milliarden], ihr Betrieb [jährlich NF 700 Millionen], die zum Betrieb unentbehrlichen zwölf amerikanischen Tankerflugzeuge [Typ KC 135 – Kaufpreis NF 300 Millionen, Bodenanlagen NF 300 Millionen, Betriebskosten jährlich NF 110 Millionen] verschlingen in den Jahren 1964 bis 1970 NF 9,2 Milliarden. Diese erste Generation ist aber, wie man schon heute weiß, militärisch wertlos. Für die entsprechende britische Waffe hat das General Gallois schon 1960 nachgewiesen[15]; er

14 Eine kritische Position vertreten: Raymond Aron, Le Grand Débat, Calmann-Lévy 1963; Club Jean Moulin, La Force de Frappe et le Citoyen, Edition du Seuil 1963; Esprit, Numéro spécial, Dezember 1963, La Force de Frappe; Jules Moch, Non à la Force de Frappe, Robert Laffont 1963. Die letzte Darstellung der gaullistischen Thesen gibt Alexandre Sanguinetti in: La France et L'Arme Atomique, René Julliard 1964.

15 a.a.O. S. 163 f.

konzedierte es im Gespräch auch für die *force de frappe.* Nach sachverständiger Schätzung würden bei dem gegenwärtigen Stand der Abwehrtechnik von fünfzig gleichzeitig eingesetzten Flugzeugen wahrscheinlich höchstens drei ihr Ziel erreichen. Aber der Besitz dieser nutzlosen Atomluftflotte wird mit einer lebensgefährlichen Bedrohung der französischen Sicherheit erkauft; denn sie ist höchst verwundbar und provoziert deshalb bei einem möglichen Konflikt den Gegner, sie in einem vorbeugenden Schlag [*preemptive blow*] durch Mittelstreckenraketen auszuschalten. Bei einem Gebiet von der Besiedlungsdichte Frankreichs würde ein solcher Schlag die Vernichtung des größten Teiles des Landes bedeuten. Um trotzdem eine Abschreckung zu erreichen, könnte man versuchen, sich der Ausschaltung der gesamten Luftflotte dadurch zu entziehen, daß man eine genügende Zahl von Flugzeugen ständig in der Luft hält. Aber die Kosten für die Flugstunde einer einzigen Mirage IV werden auf NF 100000 geschätzt. Während eines Jahres käme man also auf eine Summe von rund NF 800 Millionen pro Flugzeug. [Die Vereinigten Staaten haben 1960, um 20 Bomber ständig in der Luft zu halten, eine Summe von NF 9 Milliarden ausgeben müssen – das entspricht der Hälfte des gesamten französischen Militäretats.] Außerdem würde dieser Ausweg, wenn er sinnvoll sein soll, eine beträchtliche Vermehrung der Zahl der Flugzeuge erfordern. Er verbietet sich also für ein Land von der Größe Frankreichs schon allein durch die Kosten. Befinden sich die Flugzeuge aber am Boden, so reichen die Warnungszeiten nicht aus, um sie rechtzeitig aufsteigen zu lassen.

Die erste Generation der *force de frappe* ist also eines der kostspieligsten Prestige-Symbole der Weltgeschichte, aber sie ist kein Instrument der Abschreckung. Sie hat die westliche Verteidigung nicht verstärkt, sondern geschwächt, weil sie in der Stunde des Konfliktes wie ein Magnet den vorbeugenden Vernichtungsschlag anziehen würde. Militärische Unabhängigkeit hat Frankreich dadurch nicht gewonnen, denn die erste Generation der *force de frappe* ist ohne amerikanische Tankerflugzeuge, ohne das westliche Radarsystem und ohne die Infrastruktur der NATO nicht operationsfähig. Wohl aber hat sich durch die entsprechende Reduktion der übrigen Streitkräfte das militärische Gewicht Frank-

reichs im Rahmen der NATO vermindert. Die Folge war eine Aufwertung des militärischen Gewichtes der Bundesrepublik. Frankreich konnte sich den durch die *force de frappe* bedingten Verlust an militärischer Sicherheit überhaupt nur leisten, weil seine Regierung sich stillschweigend darauf verließ, daß der Schutz der Vereinigten Staaten selbst die Sabotage der amerikanischen Strategie noch decken würde.

Als zweite Generation sind, nach einer Zwischenstufe, Raketen vom Polaristyp mit Wasserstoffsprengköpfen vorgesehen, die auf atomgetriebenen U-Booten stationiert sein sollen. Für die Herstellung der thermonuklearen Sprengköpfe ist erforderlich:

1. der Bau einer Isotopen-Trennungsanlage [Prospekt Pierrelatte[16]]. Baukosten nach einer Schätzung Mitte 1962: NF 4,5–5 Milliarden, der ursprüngliche Ansatz betrug NF 600 Millionen, inzwischen rechnen französische Bankexperten mit NF 7–8 Milliarden[17]. Die Betriebskosten werden für die Zeit von 1967–1970 auf NF 2 Milliarden geschätzt.
2. Anlage zur Gewinnung von Tritium [geschätzte Baukosten NF 1 Milliarde, geschätzte Betriebskosten NF 500 Millionen].
3. eine Versuchsanlage im Pazifik [Baukosten NF 5 Milliarden, Betriebskosten NF 2 Milliarden].

Die französische Regierung hatte die Hoffnung, die EWG-Partner an dem Projekt von Pierrelatte beteiligen zu können. Aber die Produktion von Uran 235 kostet dort zehnmal soviel wie in den Vereinigten Staaten, die es für friedliche Zwecke ihren Bundesgenossen zur Verfügung stellen. Die französischen Anlagen sind also nicht wettbewerbsfähig.

Für die Entwicklung und Erprobung der Raketen haben die USA NF 10 Milliarden ausgegeben. Sie konnten sich aber eines riesigen Apparates und reicher Erfahrungen bedienen. Eine Vorausberechnung der französischen Kosten ist kaum möglich; der Club Jean Moulin setzt hier mit fraglichem Recht die amerikanischen Zahlen ein. Das gleiche gilt für die Kosten der atomgetriebenen U-Boote. In Amerika kostet ein solches U-Boot NF

[16] Walter Schütze, Pierrelatte – Schwerpunkt und Symbol der Atompolitik Frankreichs, Europa-Archiv 1962 S. 559ff.
[17] DER SPIEGEL, 2. Oktober 1963.

600 Millionen [18]. Da aber die Entwicklungskosten dazukommen, wird man die drei bis 1973 vorgesehenen französischen U-Boote auf mindestens drei Milliarden veranschlagen müssen. Insgesamt kommt der Club Jean Moulin zu dem Ergebnis, daß die Kosten von 1964 bis 1970 nach vorsichtiger Schätzung eine Summe zwischen NF 40 und 50 Milliarden betragen werden. Damit ist aber die zweite Generation der *force de frappe* noch nicht bezahlt, denn sie wird selbst nach der optimistischen Erwartung der Regierung frühestens 1973 bereitgestellt sein. Bisher sind noch nicht einmal alle technischen Probleme der Isotopentrennungsanlage in Pierrelatte gelöst; deshalb mußte sich Frankreich das für die Erprobung des U-Boot-Atomreaktors erforderliche Uran 235 von den USA zur Verfügung stellen lassen. Es ist eine offene Frage, ob die technische Entwicklung der U-Boote in der vorgesehenen Zeit gelingen wird.

Das Ziel der militärischen Unabhängigkeit ist auch mit der zweiten Generation der *force de frappe* nicht erreicht. Um operationsfähig zu sein, bedürfen die U-Boote der Navigationshilfen durch Satelliten, eines weltweiten Alarmsystems und eines unverwundbaren Kommando- und Nachrichtennetzes. Diese Bedingungen sind, wenn überhaupt, dann nur mit amerikanischer Hilfe zu erfüllen. Von drei U-Booten ist in der Regel eines auf Fahrt; die beiden anderen liegen zur Überholung in den Stützpunkten und sind dort ebenso verwundbar wie die Flugzeuge. Auch das U-Boot, das sich auf Fahrt befindet, bedarf des Schutzes, denn wenn es plötzlich auf rätselhafte Weise verschwinden sollte, gibt es für Frankreich keine militärische Antwort. Dieser Schutz ist ohne das amerikanische Abwehrsystem nicht möglich. Auch die zweite Generation hat deshalb ihren bescheidenen militärischen Nutzen nur dann, wenn sie in die atlantische Verteidigung integriert ist. Sie trägt aber zur Abwehrkraft von integrierten Streitkräften nichts bei: die Polarisraketen können wegen ihrer Zielungenauigkeit nur gegen Städte eingesetzt werden; für den strategischen Einsatz gegen Städte hat aber das amerikanische Potential längst die sogenannte *overkill-capacity* erreicht. Ein isolierter Einsatz der *force de frappe* gegen russische Städte wäre für Frankreich der Selbstmord, denn Rußland würde mit einem

[18] Interavia April 1963.

einzigen Gegenschlag ganz Frankreich in eine Atomwüste verwandeln. Die Abschreckung ist also nur glaubhaft, wenn der Gegner für möglich halten muß, der französische Staatschef könnte wahnsinnig sein.
Die Vereinigten Staaten gaben in einem Jahr [1962/63] NF 75 Milliarden allein für ihre Atomrüstung aus. Das entspricht der Höhe des gesamten französischen Staatshaushaltes. Frankreich ist in den atomaren Wettlauf mit einer Verspätung von fünfzehn Jahren eingetreten und will mit dem fünfzehnten Teil der Mittel den qualitativen Vorsprung der großen Atommächte einholen. Aber die technische Entwicklung geht rastlos weiter und steht in einem proportionalen Verhältnis zu der Höhe der eingesetzten Mittel, zu der Kapazität der beteiligten Industrien und zu der Zahl der an diesen Problemen arbeitenden Wissenschaftler, Techniker und Ingenieure. Während Frankreich die Probleme des Raketenbaues noch nicht gelöst hat, arbeiten die Amerikaner an der Anti-Rakete Nike-Zeus, deren Entwicklungskosten sie auf NF 24 Milliarden schätzen; die noch weiter fortgeschrittene Nike-X-Rakete ist in Entwicklung. Die französischen Atom-U-Boote sind noch nicht gebaut, aber es ist bereits eine offene Frage, ob nicht die U-Boot-Bekämpfung bis 1973 solche Fortschritte gemacht haben wird, daß auch die zweite Generation, wenn sie fertig ist, ebenso veraltet sein wird wie die Mirage-Flugzeuge im Jahre 1966. Der Besitz von A-Bomben oder H-Bomben und von einem veralteten Trägersystem reicht noch nicht aus, um einem Lande den Status der «Atommacht» zu geben. Eine Atommacht ist vielmehr nur ein Staat, der über die Mittel verfügt, um sich mit Aussicht auf Erfolg an dem technischen Wettlauf beteiligen zu können, der das nukleare Zeitalter von früheren Epochen der Kriegsgeschichte unterscheidet. Das übersteigt jedoch bei weitem die Kraft eines Nationalstaates klassischer Prägung, denn infolge der technischen Differenzierung verteuern sich die Waffensysteme von Generation zu Generation um das Drei- bis Zehnfache.
Die französische Regierung hat einen Grundsatz der atomaren Strategie nicht begriffen, den General Beaufre in seiner meisterhaften *Introduction à la Stratégie*[19] mit großer Klarheit ent-

19 Armand-Colin 1963; deutsche Ausgabe mit dem Titel «Totale Kriegskunst im Frieden» im Propyläen-Verlag, Herbst 1964.

wickelt hat. Er sagt: «Die neue Strategie muß die beträchtlichen Wandlungen einbeziehen, die durch die Anwendung der Wissenschaft und der industriellen Macht auf die Verteidigung der Staaten eingetreten sind ... Die Vorbereitung ist wichtiger geworden als der Einsatz, denn der Besitz überlegener Mittel ist entscheidender als die Weise, sie zu gebrauchen ... Daher nimmt der Begriff der Sicherheit, der früher an den direkten Schutz durch zwischengeschobene Kräfte gebunden war, den abstrakten Charakter eines Fortschrittes in der Vorbereitung an. An die Stelle der Vorposten ist die wissenschaftliche Spionage getreten. Der Begriff der Operation selbst wird mehr und mehr abstrakt: die Operation der Kräfte im Raum, die sich in Rot und Blau auf einer Karte mit Knöpfen und Pfeilen darstellen ließ, wird eine Operation von Potentialen in der Zeit, die sich jeder graphischen Darstellung entzieht ... In dem logistischen Krieg, der sich tatsächlich in der Zeit des Friedens abspielt, betragen die Fristen der Verwirklichung etwa fünf Jahre. Man muß also fünf Jahre im voraus Berechnungen über eine zukünftige Situation von äußerst mutmaßlichem Charakter anstellen. Die Vorausschau wird eine absolut lebenswichtige Disziplin» [S. 89/90].

Es ist heute nicht mehr möglich, die militärische Sicherheit auf ein einziges System der nuklearen Abschreckung zu stützen. Man braucht einen weiten Spielraum von Potentialen für mögliche technische Entwicklungen, um jeden Vorsprung des Gegners, gleichgültig, in welcher Richtung er erfolgen mag, auffangen zu können. Um noch einmal General Beaufre zu zitieren: «Der Charakter der jeweils erreichten Situation ist außerordentlich prekär, und die realisierten Verteidigungssysteme haben nur einen ephemeren Wert. Mindestens alle fünf Jahre stellt sich heraus, daß die Materie und die Taktiken mehr veraltet sind, als sie es früher im Abstand von einem Krieg zum anderen waren. Dieser enorme Verbrauch von Reichtümern erscheint als eine immer schwerere Auflage für die stets ungewisse Sicherheit. Ein derartiger Wettlauf kann kaum umhin, eines Tages in einem Kriege, in einem ökonomischen Bankrott oder aber in einem Vertrag über Rüstungsbeschränkung zu münden. Der Frieden kann nicht kontinuierlich durch eine Spannung dieser Größenordnung erhalten werden» [S. 86]. Der Krieg ist zum technologischen Wettlauf im Frieden

und damit weithin zum Wirtschaftskrieg geworden. Aus den vorgelegten Zahlen ergibt sich, daß Frankreich von dem ökonomischen Bankrott, den General Beaufre voraussagt, bereits bedroht wird, bevor es in den Wettlauf recht eingetreten ist. Schon im Jahre 1962 sah sich M. Pellenc, der Budget-Berichterstatter des französischen Senates, genötigt, einen alarmierenden Bericht über den inflationären Prozeß zu geben, der bereits damals durch die atomare Rüstung in Gang gesetzt war.

Einen Überblick über das erschreckende Ausmaß der Verflechtung von Rüstung, Wirtschaft und Forschung, die durch die Aufstellung der *force de frappe* erzwungen wird, gewinnt man durch einen den gaullistischen Standpunkt vertretenden Aufsatz von Albert Boyer in der *Revue de Défense Nationale*[20]. Zur Illustration genügt ein einziges Beispiel: nach einer Angabe des Generalstabschefs der Marine, Admiral Cabanier, werden an der Konstruktion des ersten atomgetriebenen U-Bootes 150000 Ingenieure, Techniker und Arbeiter aus 250 Industriebetrieben beteiligt sein. Die Propaganda der französischen Regierung behauptet, die Ausgaben für die atomare Rüstung seien rentable Investitionen, weil sie Frankreich den Anschluß an die technologische Entwicklung der Supermächte verschaffe. Aber bei einer genauen Analyse zeigt sich, daß nur der kleinere Teil der Investitionen auch für zivile Zwecke nutzbar ist; der größte Teil gilt rein militärischen Aufgaben oder der bloßen Reproduktion. Deshalb wird gerade von seiten der französischen Wissenschaft mit zunehmender Heftigkeit dagegen protestiert, daß über 60% der insgesamt für Forschung aufgewendeten Mittel für militärische Zwecke ausgegeben werden. Es ist ein Alarmzeichen, daß der Direktor der CEA [Commission d'Energie Atomique], M. Baïssas, auf dem ersten Kongreß Foratom 1962 erklärt hat: «Die Herrschaft des Staates über die Forschung ist, wenn sie wirksam ist, nicht ohne Gefahr, denn die Wissenschaft sucht die Wahrheit, der Staat sucht die Macht. Ein Staat, der die volle Herrschaft über die Forschung hat, kann sie auf Wege lenken, die er politisch für rentabel hält, obwohl sie wissenschaftlich falsch sind.»[21]

20 Aspects scientifiques et économiques de la construction d'un armement nucléaire par la France, Oktober 1963.
21 Esprit a. a. O. S. 803.

Was sind die strategischen Konsequenzen, die sich aus der Aufstellung der *force de frappe* ergeben? Strategische Atomwaffen können abschrecken; sie können, wenn die Abschreckung versagt, vergelten. Aber sie können einen Staat nicht verteidigen. Ein kleines und relativ dicht besiedeltes Land wie Frankreich vernichtet sich selbst, wenn es sie einsetzt. Da es nicht möglich ist, bei jedem begrenzbaren und lokalen Konflikt zu einer Waffe zu greifen, die nicht *ultima ratio*, sonder *ultima dementia* ist, sagt General Beaufre mit Recht: «Es stellt sich ein neues Gleichgewicht her, aber im Widerspruch zu gewissen modernistischen Propheten läßt dieses Gleichgewicht die Notwendigkeit bedeutender klassischer Kräfte bestehen.»[22] Dieser Logik konnte sich auch die Planung der neuen französischen Armee nicht ganz entziehen. Es ist eine operative Streitmacht von insgesamt fünf vollmotorisierten Divisionen vorgesehen, deren Kampfkraft durch Verdreifachung der Panzerausstattung und taktische Atomartillerie verstärkt werden soll. Außerdem soll eine territoriale Verteidigung zur Abwehr von Luftlandeoperationen und innerer Sabotage aufgestellt werden. Aber diese Kräfte reichen nicht aus, um im Rahmen der NATO, von der sich auch Frankreich nicht unabhängig machen kann, einen Verteidigungsbeitrag zu leisten, der der gestellten Aufgabe einerseits, der Bedeutung Frankreichs andererseits genügen würde.

Frankreich hat sich durch seine atomare Rüstung die Freiheit erobert, jederzeit einen Akt des Wahnsinns begehen zu können. Aber es hat sich dadurch zugleich weithin der Möglichkeit beraubt, über ein ausreichendes Potential von militärischen Kräften zu verfügen, mit denen sich vernünftig operieren ließe. Zu seiner Verteidigung ist es auf die amerikanischen und deutschen Truppen angewiesen, die in der Bundesrepublik stehen; Frankreich wird, wenn überhaupt, dann in Deutschland verteidigt. Es kann aber auf die Planung dieser Verteidigung nur einen geringen Einfluß ausüben, weil sein Beitrag zur NATO sich auf zwei Divisionen beschränkt. Waffen, die man nicht anwenden kann, sind keine Mittel der Macht. Frankreichs militärisches und politisches Gewicht wird durch ein solches Instrument des Bluffs nicht gestärkt, sondern empfindlich geschwächt, weil die präzisen Bedingungen

[22] a.a.O. S. 90.

nicht erfüllt werden können, die eine atomare Abschreckung glaubwürdig machen. Auch das rhetorische Genie von de Gaulle hat nicht vermocht, seine europäischen Verbündeten davon zu überzeugen, daß sich im Schutz der *force de frappe* sicher leben läßt. Tatsächlich ist der General ganz offensichtlich an den militärischen Konsequenzen der nationalen Atomrüstung nicht interessiert. Er huldigt, wie seine letzte Pressekonferenz beweist, dem gefährlichen Glauben, zwischen Amerika und Rußland bestünde ein stabiles Gleichgewicht der atomaren Abschreckung. Im Schutze dieses Schirmes glaubt er, ohne Risiko mit dem gefährlichsten Instrument der Welt ein politisches Spiel um hohe Einsätze spielen zu können. Die *force de frappe* ist in seinen Augen ein Mittel der politischen Erpressung großen Stiles. Aber seine Erwartungen beruhen auf einem falschen Kalkül, denn auch die Erpressung ist nur wirksam, wenn der militärische Wert dieser Rüstung überzeugt. Frankreich wird mit den neuen Waffen weder die Weltmachtstellung, die es erstrebt, noch die Hegemonie in Westeuropa erringen. Das Opfer dieses gigantischen Bluffs ist Frankreich selbst[23].

Der Nutzen der französischen Atomrüstung liegt allein darin, daß die besessene Konsequenz, mit der dieses Land das Modell eines nuklearen Nationalstaates zu verwirklichen sucht, die übrige Welt und einen wachsenden Teil der politischen Intelligenz in Frankreich selbst[24] dazu zwingt, in eine strukturelle Analyse der weltpolitischen Gesetze des atomaren Zeitalters einzutreten. Was haben die Erfahrungen der zwei Jahrzehnte seit der Explosion der ersten Atombombe gelehrt?

1. Die neuen Waffensysteme sind nur funktionsfähig, wenn sie sich technischer Apparaturen von planetarischer Ausdehnung bedienen können. Ohne weltweite Nachrichten- und Warnsysteme,

23 Ein dramatisches Zeugnis für diese Erkenntnis ist die leidenschaftliche Kritik an der Außenpolitik von de Gaulle durch seinen früheren Protektor Paul Reynaud: La Politique Etrangère du Gaullisme, Julliard, Paris 1964; deutsche Ausgabe «Ehrgeiz und Illusion. Die Außenpolitik de Gaulles», Droemer Knaur, München 1964.

24 Es ist der französische Geist, dem wir die bedeutendste Analyse der Weltpolitik im atomaren Zeitalter verdanken: Raymond Aron, Paix et Guerre entre les Nations. Calmann-Lévy 1962; deutsche Ausgabe «Frieden und Krieg», S. Fischer 1963.

ohne ein weitverzweigtes Netz von Stützpunkten und Versorgungsbasen und ohne Satelliten der verschiedensten Funktionen ist eine rationale Form der atomaren Strategie nicht möglich[25]. Nur die sogenannten Supermächte verfügen über die geographischen, wirtschaftlichen, technischen, personellen, wissenschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten, um solche Waffensysteme aufzubauen und ständig weiterzuentwickeln. Der nationale Territorialstaat alten Stiles und eine atomare Rüstung, die strategischen Sinn haben soll, schließen sich wechselseitig aus.

2. In der Zeit der absoluten atomaren Überlegenheit der Vereinigten Staaten hat Rußland seine Grenzen bis an die Elbe vorgeschoben und wurde China eine kommunistische Großmacht; weite Gebiete in Südostasien gingen verloren; der größte Teil von Afrika hat sich emanzipiert und damit zugleich dem westlichen Einfluß entzogen; die Position der Vereinigten Staaten in Süd- und Mittelamerika wurde unterminiert. Rußland wurde in dieser Epoche zur atomaren Weltmacht, ohne daß die USA es hätten verhindern können. Sie haben sogar in ihrem eigenen Einflußbereich, wie gerade das Beispiel Frankreichs zeigt, nicht die Macht, ihre politischen und strategischen Konzeptionen durchzusetzen. Derselbe Prozeß vollzog sich im Bereich des russischen Imperiums. Nachdem Rußland seine Atomrüstung vollendet hatte, ereignete sich der Abfall von Albanien und China, die Aufspaltung der kommunistischen Welt und die wachsende Emanzipation der Ostblockländer wie Polen, Ungarn und Rumänien. Auch Rußland ist, wie man sieht, trotz seiner atomaren Rüstung nicht mehr in der Lage, den kommunistischen Ländern seinen Willen aufzuzwingen. General de Gaulle, der sonst den Polyzentrismus lehrt, hat noch in seiner letzten Pressekonferenz behauptet, die Integration in das atlantische Rüstungssystem würde Frankreich der amerikanischen Hegemonie unterwerfen. Tatsächlich beweist er durch seine eigene Politik, daß atomare Übermacht kein Mittel ist, um eine Hegemonie zu begründen.

[25] Eine eindrucksvolle Übersicht gibt «Developments in Military Technology and their impact on United States Strategy and Foreign Policy. A study prepared at the request of the committee on Foreign Relations, United States Senate, by the Washington Center of Foreign Policy Research». The John Hopkins University, die sogenannte Staff study No. 8, Dezember 6, 1959.

Es sei wiederholt: Waffen, die man nicht anwenden kann, sind kein Mittel der Macht. Die große Lehre der vergangenen zwanzig Jahre ist die Erfahrung von der Machtlosigkeit der auf die Spitze getriebenen Gewalt.

3. Unter dem Schirm der nuklearen Abschreckung haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg Verschiebungen des weltpolitischen Gleichgewichtes ergeben, die der westlichen Welt Verluste zugefügt haben, deren quantitative und qualitative Folgen bei weitem die früher durch Kriege bewirkten Erschütterungen der etablierten Machtverhältnisse übertreffen. «Alle diese Resultate sind aber nicht ausschließlich das schicksalhafte Ergebnis der historischen Entwicklung, sondern sie sind das Resultat einer scharfsinnigen Ausnutzung der natürlichen Entwicklungstendenzen durch genau kalkulierte Operationen einer höchst präzisen Strategie», nämlich der «indirekten Strategie» oder der Strategie des Kalten Krieges. Die «indirekte Strategie» ist *«die Kunst, den engen Spielraum der Handlungsfreiheit, der sich der Abschreckung durch atomare Waffen entzieht, möglichst gut ausbeuten zu können und dort entscheidende Erfolge zu erzielen, die ihr Gewicht haben, trotz der bisweilen extremen Begrenzung der militärischen Mittel, die dabei verwendet werden können»* [26]. Da militärische Operationen großen Stiles durch das bloße Vorhandensein der atomaren Rüstung verhindert wurden, hat sich die Kriegführung auf ein anderes Feld verlagert: die Grenze zwischen Krieg und Frieden ist aufgehoben; der Krieg erscheint nun in der maskierten Gestalt des Wirtschaftskrieges, der Subversion, der psychologischen Kriegführung und der künstlich erzeugten, zugleich aber sorgfältig in Grenzen gehaltenen *Krisen*. Mit gewissen Aspekten dieser Kriegführung hat gerade Frankreich in Algerien die bittersten Erfahrungen gemacht; der Besitz einer *force de frappe* hätte an dem Verlauf des algerischen Krieges nicht das geringste geändert. Auch der Kalte Krieg erfordert riesige Mittel und erzwingt den Einsatz der letzten Reserven. Sogar die Supermächte müssen aufs sorgfältigste kalkulieren, wieviel sie für die militärische Ausrüstung im engeren Sinne und wieviel für die indirekte Kriegführung, einschließlich der Entwicklungshilfe, aufwenden können. Die oben aufgezählten Verluste des Westens sind eine unmittel-

[26] Beaufre a. a. O. S. 97 ff.

bare Folge davon, daß der größte Teil der überhaupt verfügbaren Mittel durch das gigantische Unternehmen der nuklearen Rüstung gebunden war. Ein kleines Land wie Frankreich kann nicht gleichzeitig atomar rüsten und die Mittel für jenes Feld der Kriegführung aufbringen, auf dem sich das Schicksal Europas vermutlich entscheiden wird.

4. In der bisherigen Kriegsgeschichte ließen sich Abschreckung und Verteidigung zur Deckung bringen; dieselben Waffen, die der Abschreckung dienten, wurden auch zur Verteidigung eingesetzt. Auch nukleare Waffen können im Rahmen einer Strategie, die der Bekämpfung militärischer Ziele dient *[counter-force-strategy]*, ein Instrument der Verteidigung sein. Aber selbst die radikalsten Anhänger der französischen Atomrüstung haben nie behauptet, daß es möglich sei, mit ihrer atomaren Liliputwaffe die militärischen Basen des Gegners zu bekämpfen; die *force de frappe* ist nur für den Einsatz gegen feindliche Städte *[counter-city-strategy]*, also nur als Instrument zur Abschreckung geplant. Wenn hingegen die Abschreckung versagt, bedeutet der Einsatz dieser Waffen nicht Verteidigung, sondern Selbstvernichtung. Im Rahmen einer auf dieses Waffensystem gestützten Strategie geraten also Abschreckung und Verteidigung zueinander in Widerspruch, ja, sie schließen sich gegenseitig aus. Damit wird aber auch die Abschreckung unglaubwürdig; der Selbstmord ist kein mögliches Ziel der Strategie.

Daher erklärt es sich, daß die Theoretiker der französischen Atomrüstung, einschließlich General Ailleret, nicht einmal den Versuch gemacht haben, neben ihrer fragwürdigen Theorie der Abschreckung eine Konzeption der Verteidigung Westeuropas zu entwickeln. Selbst ein vereinigtes und atomar voll aufgerüstetes Westeuropa wäre zu einer autonomen Verteidigung mit strategischen Atomwaffen nicht fähig; die Geographie schließt jede solche Möglichkeit aus. Nur weiträumige, dünn besiedelte Superstaaten wie Rußland und die Vereinigten Staaten können ihr strategisches Potential so im Raume verteilen, daß es sich rational einsetzen läßt; nur über die Ozeane hinweg sind bekanntlich jene Warnzeiten noch möglich, ohne die eine nukleare Verteidigung undenkbar ist. In einem mit strategischen Atomwaffen geführten Krieg kann Westeuropa, wenn überhaupt, nur unter der Bedin-

gung verteidigt werden, daß die strategischen Zentren der Verteidigung auf der anderen Seite des Atlantik liegen. Eine atomare Verteidigungsstrategie ist nur im Rahmen eines atlantischen Systemes möglich. Das wird von besonnenen Gaullisten auch zugegeben. Dann ist es aber ein offener Widersinn, dieses System, auf das man angewiesen ist, politisch und militärisch zu sabotieren.
«Ein Mann hat Freunde; eine Nation kann sie nicht haben» – dieser schon oben zitierte Grundsatz von General de Gaulle kann zum Verhängnis von Europa werden, wenn es den Bundesgenossen Frankreichs nicht gelingt, den Panzer von Eis allmählich aufzuschmelzen, in den das französische Selbstbewußtsein eingefroren ist. Daß internationale Solidarität und nationale Größe vereinbar sind, ja, daß sie sich bedingen, war einstmals eine der großen Ideen der französischen Zivilisation. Der Weg in die atlantische Gemeinschaft wäre die Rückkehr Frankreichs zu sich selbst.

Carl Friedrich von Weizsäcker

Die MLF – Keine Alternative: Politische Fragen zur multilateralen Atomstreitmacht

In der Bundesrepublik ist die öffentliche Debatte über Nutzen und Nachteil des Planes einer multilateralen Atomstreitmacht [MLF] bisher nicht voll in Gang gekommen. Experten haben geschrieben, Regierung und Opposition haben vorerst Positionen bezogen, die nicht weit auseinanderliegen; der öffentlichen Meinung ist die Frage offensichtlich bisher zu schwierig, zu technisch, zu lästig, als daß sie hätte Leidenschaft erregen können. Leidenschaft sollte wohl in der Tat vermieden werden, das Nachdenken über die Frage aber nicht. Mehr in unserer Zukunft kann von ihrer Entscheidung abhängen, als wir uns heute klarmachen. Die ersten Schritte der neuen britischen Regierung haben eine Verzögerung der Entscheidung zur Folge gehabt. Diese Verzögerung gibt uns eine Atempause, die wir zum Nachdenken nutzen sollten.

Der militärische Wert der MLF ist nicht Gegenstand der Fragen, die ich hier formulieren will. Er ist in fachmännischen Kreisen, soviel ich sehe, in Wirklichkeit noch umstritten. Ich kann aber von diesem Streit hier absehen, aus einem einfachen Grund. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der militärische Nutzen der geplanten fünfundzwanzig Überwasserschiffe mit je acht Polarisraketen, deren jede eine thermonukleare Sprengladung tragen soll, nicht abnehmen würde, wenn diese Flotte nicht multilateral, sondern als eine rein amerikanische Streitmacht innerhalb der NATO errichtet werden sollte; zu vermuten ist höchstens, daß die Vereinigten Staaten in diesem Fall noch einmal prüfen würden, ob sie nicht eine militärisch effektivere Form der Einschiffung ihrer Raketen erreichen könnten. Die Frage, die uns beschäftigen muß, ist also nur, ob diese Streitmacht als multilaterale, europäisch-amerikanische errichtet werden soll. Dies ist eine politische Frage. Ich gliedere sie in drei Fragen auf:

1. Trägt die MLF zur europäischen Einigkeit bei?
2. Trägt die MLF zur Festigung des amerikanisch-europäischen Bündnisses bei?
3. Trägt die MLF zur Sicherheit der Bundesrepublik und zur Lösung der deutschen Frage bei?

Der ursprüngliche Plan war eine Streitkraft, an der alle NATO-Staaten beteiligt sein sollten. Das offensichtliche Ziel dieses Planes war, die europäische Einheit zu fördern. Die amerikanischen Urheber des Plans hofften insbesondere, durch ihn vielleicht Frankreich noch im Bereich atomarer Rüstung bei der Stange zu halten. Heute ist gewiß, daß Frankreich sich nicht beteiligen wird. England erweckt den Eindruck, sich nur deshalb nicht ganz von dem Plan distanziert zu haben, um einen amerikanisch-deutschen Alleingang zu verhindern. Von fünfzehn NATO-Ländern werden nach heutigem Stand höchstens acht beteiligt sein. Die Presse meldet aber immer wieder, daß selbst ein Anfang von den USA und der Bundesrepublik allein erwogen werde.

Trägt der so reduzierte Plan zur Einheit Europas bei? Oder würde seine Verwirklichung den Beginn des endgültigen Zerfalls der NATO bezeichnen?

Ich stelle diese Fragen ohne Schärfe. Die Entscheidungen sind schwer, die Zukunft ist ungewiß. Mir scheint aber, daß die MLF in der heute geplanten Gestalt zur Desintegration Westeuropas beitragen würde, es sei denn, eine sehr pessimistische oder eine sehr optimistische These wäre wahr. Die pessimistische These ist, daß der Zerfall der westeuropäischen Einheit schon besiegelt sei; dann könnte die neue Spaltung in MLF-Teilnehmer und Nichtteilnehmer schon gar nichts mehr zerstören, weil die Einheit bereits zerstört ist. Diese These scheint mir viel zu pessimistisch, und solcher Pessimismus ist gefährlich. Die optimistische These ist, die MLF festige das amerikanisch-europäische Bündnis und werde dadurch indirekt auch Europa einigen helfen. Das führt zur zweiten Frage.

Die amerikanischen Urheber des Planes wollten ohne Zweifel Europa enger an Amerika binden. Sie verzweifelten daran, die Entstehung nationaler europäischer Kernstreitkräfte zu verhindern, wenn den Europäern kein Anteil an der amerikanischen Atomrüstung gegeben würde. In bezug auf Frankreich hat der Plan seine Wirkung verfehlt. Die engere Bindung Englands ist auch schon durch Einbringung der englischen Kernstreitkraft in die NATO zu erreichen. Im jetzigen Augenblick ist die atlantiküberbrückende politische Wirkung der reduzierten MLF zweifelhaft. Was verspricht uns die Zukunft?

Dies hängt von manchen Faktoren ab, sicher aber auch von der

Entwicklung, die die Kommandostruktur der MLF nehmen würde. Es handelt sich vor allem darum, ob das amerikanische Veto bezüglich des Einsatzes der MLF-Raketen auf längere Sicht beibehalten bleibt oder nicht.
Sollte in irgendeinem zukünftigen Zeitpunkt eine amerikanische Regierung bereit sein, auf das Veto zu verzichten, so wäre die Wirkung auf das atlantische Bündnis mit großer Wahrscheinlichkeit desintegrierend. Dann hätten die europäischen MLF-Mächte ja die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wann ein europäischer Konflikt zum Einsatz thermonuklearer Waffen aufsteigen sollte. Wären amerikanische Truppen in einem solchen Konflikt beteiligt, so hinge es von den Europäern ab, ob sie Amerika in einen nuklearen Konflikt verwickeln wollten. Es scheint kaum denkbar, daß Amerika auf eine solche Gefahr anders reagieren würde als mit dem Versuch, sich die souveräne Entscheidung über den Zeitpunkt des eigenen Eintritts in einen nuklearen Konflikt wieder zu verschaffen; dafür hätte es dann wohl keinen anderen Weg mehr als den Rückzug aller seiner Truppen aus Europa. Die Folgerung scheint mir unausweichlich: Eine MLF ohne amerikanisches Veto kann nur wollen, wer den Abzug der Amerikaner aus Europa will. Wer das will, will jedenfalls nicht die Festigung des atlantischen Bündnisses.
Eben aus diesem Grund wird oft gesagt, Amerika werde das Veto nie aufgeben. «Nie» ist freilich ein starkes Wort. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß meiner Überzeugung nach Amerika heute nicht daran denkt, einen Rückzug aus Europa auch nur zu erwägen, und daß auf alle vorhersehbare Zukunft ein solcher Rückzug so wenig im Interesse Amerikas wie in dem Europas liegen kann. Nur das Mißtrauen der europäischen NATO-Nationen gegen ihren großen Verbündeten kann Situationen schaffen, welche den Amerikanern diesen Rückzug nahelegen würden. Das ist die entscheidende politische Gefahr des französischen Planes einer unabhängigen nationalen Atomstreitmacht.
Die MLF ist gedacht als Mittel, diese Gefahr aufzufangen. Sie soll Amerika stärker an Europa, Europa stärker an Amerika binden. Dieses Ziel, meine ich, können wir nur gutheißen. Die Frage ist nur, ob die Erreichung dieses Ziels durch dieses Mittel gefördert oder gefährdet wird.

Eine MLF ohne amerikanisches Veto wäre dieselbe politische Gefahr wie Frankreichs *force de frappe*, aber womöglich, wegen ihrer größeren militärischen Schlagkraft, in noch verstärktem Maß. Und kennen wir die politische Situation, die in fünfzehn Jahren bestehen wird? Die Schiffe der MLF-Flotte zu bauen, ist eine mühsame und nicht billige Arbeit. Schwimmen sie aber einmal auf dem Meer, so kostet die Aufgabe des Veto keine materielle Anstrengung mehr, sondern nur einen politischen Entschluß eines Menschen und vielleicht einer Kongreßmehrheit, die beide wir heute nicht kennen, unter dem Einfluß heute noch weniger vorhersagbarer politischer Akte der europäischen Nationen.
Solange aber das Veto besteht, stellt sich die Frage, ob der multilaterale Charakter der MLF mehr als eine symbolische Bedeutung hat. Die Vereinigten Staaten haben noch andere Waffensysteme; ein europäisches Veto gegen MLF-Einsatz würde sie wohl doch nur wenig behindern. Die Europäer haben aber dann eine Waffe, die sie ohne den Seniorpartner nicht benutzen können. Die militärische Situation wäre nicht wesentlich anders, als wenn die ganze Flotte rein amerikanisch wäre, nur etwas komplizierter. Sind wir damit nicht, politisch gesehen, in der Tat auf das multilaterale Symbol reduziert?
Symbole sind nicht unwichtig. Andererseits lassen sich Mächte, die reale Interessen vertreten, nicht immer mit Symbolen zufriedenstellen. Selbst wenn die MLF auf die Dauer nicht wie heute ein Symbol der europäischen Gespaltenheit, sondern wirklich ein Symbol atlantischer Zusammenarbeit würde, fragt sich, welche wirklichen Probleme der Politik dieses Symbol lösen helfen wird.
Ein neuralgisches Problem der internationalen Politik ist der heutige, reduzierte MLF-Plan durch seine besondere Beziehung zu Deutschland und der deutschen Frage. Die Bundesrepublik ist das einzige europäische Land, das nach außen den Eindruck erweckt, diesen Plan wirklich zu wollen. Das muß dem auswärtigen Beobachter plausibel erscheinen. England und Frankreich haben in bescheidenem Umfang eigene Atomwaffen. Die schwächeren NATO-Partner können den Traum eigener Atomwaffen bis auf weiteres nicht träumen. Daß in der Bundesrepublik niemand diesen Traum träume, das glaubt man im Ausland nicht.

Die MLF erscheint als der einzige Weg, wie die Bundesrepublik der Verfügungsgewalt über thermonukleare Waffen nahe kommen könnte. Die Bundesrepublik ist zugleich das einzige Land im zentraleuropäischen Bereich, das offen territoriale Ansprüche erhebt. Die Bundesregierung versichert in voller Aufrichtigkeit, daß sie diese Ansprüche nur friedlich durchsetzen will. Es liegt nicht in ihrer Macht, das Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit dieser Versicherung auszurotten. In dieser Lage kann es nicht anders sein, als daß die ganze, auch die westliche Welt, auf eine Annäherung der Bundesrepublik an eine thermonukleare Schlagkraft nervös reagiert.

Diese nervöse Reaktion ist zunächst nichts als einer der vielen Faktoren im politischen Kräftespiel. Militärisch kann man leicht einsehen, daß, selbst wenn die ganze MLF – was nie geschehen wird – eine rein deutsche Waffe würde, damit die Bundesrepublik sehr weit davon entfernt wäre, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu führen, ja nur mit ihm glaubwürdig drohen zu können. Dies scheint uns in der Bundesrepublik so selbstverständlich, daß wir oft gar nicht verstehen, warum andere vor uns Angst haben. Damit begehen wir einen psychologischen Fehler. Die Angst vor Ausbrüchen deutscher Irrationalität sitzt für unser Jahrhundert unseren Nachbarn im Blut. Und viele werden sich sagen, was die MLF noch nicht vermag, werde in zehn Jahren ein nächster Schritt deutscher Bewaffnung möglich machen. Das psychologische Problem ist real. Was bedeutet es politisch?

Kernwaffen haben in wachsendem Maße nicht unmittelbar militärische, sondern politische Wirkungen. Die beiden Weltmächte haben gelernt, daß es unmöglich ist, sie ohne selbstzerstörende Wirkung einzusetzen, und suchen nach einer Politik, die ihnen selbst Sicherheit gegen diesen Einsatz gibt. Das komplizierte Gewebe der Abschreckungsdoktrinen kann ich hier nicht beschreiben. Am äußersten herabhängenden Rand dieses Gewebes und doch politisch nicht ohne Wirkung ist die Meinung de Gaulles und anderer angesiedelt, nur Mitgliedschaft im nuklearen Klub bedeute Großmachtstatus. Die politische Frage für Deutschland ist: Kann unser Anteil an Atomwaffen durch die MLF dazu beitragen, unsere großen, ungelösten Schicksalsfragen zu lösen? Es scheint hierzu notwendig, unsere außenpolitische Situation zu

überprüfen. Ich beschränke mich auf knappste Andeutungen dessen, was unsere spezielle Frage betrifft.
In den letzten Jahren ist die Bundesrepublik weltpolitisch immer mehr in eine Isolierung geraten. Die Ursachen dafür liegen nicht in erster Linie bei uns, sondern in der weltpolitischen Entwicklung; man kann nur sagen, daß es uns noch nicht gelungen ist, unsere eigenen Ziele und Verhaltensweisen dieser Entwicklung anzupassen. Die Jahre von 1946 über 1960 hinaus waren vom weltpolitischen Gegensatz der zwei Blöcke bestimmt. In dieser Lage blühte die Bundesrepublik als freiheitlicher Staat wirtschaftlich auf in immer engerem Kontakt mit Westeuropa und Amerika. Der Preis, der dafür gezahlt werden mußte, war die Unmöglichkeit der Wiedervereinigung. Ich vermute, daß wir keine Wahl hatten und daß uns selbst der Versuch einer neutralistischen Politik die Wiedervereinigung in der Welt der zwei Blöcke nicht gebracht hätte. Der Aufstieg der außereuropäischen Länder, die Risse im kommunistischen Block und die eigenwillige Politik Frankreichs sind Symptome einer möglichen, wenngleich langsamen und unvollständigen Veränderung dieser Lage. Vielleicht das schwerwiegendste Moment ist die objektive Nötigung, unter der Amerika und Rußland stehen, Spielregeln ihres Kampfes um die Welthegemonie zu finden, unter denen dieser Kampf nicht in nuklearen Krieg umschlagen kann. Als Folge hiervon taucht eine West und Ost umfassende, mehr oder weniger lockere Einheit Europas in manchen politischen Kombinationen auf. Ob sie sich je realisieren wird, ist völlig ungewiß.
Die Außenpolitik der Bundesrepublik, die das Problem der Wiedervereinigung nie außer acht lassen kann, gerät hierdurch in eine zunächst verwirrende Lage. Der bisherige Ansatz zur Wiedervereinigung basierte auf der Nichtanerkennung des Staates der Unfreiheit, der sich DDR nennt. Dieser Ansatz blieb – und wir alle wußten das – ein aufbewahrter, bis auf weiteres unrealisierbarer Anspruch auf künftige freiheitliche Einheit. Ihn in dieser Form festzuhalten, bringt uns in letzter Zeit unablässig in mühsame Spannungen mit unserem besten Freund, den USA. Die Nötigungen, unter denen die Politik der Bundesrepublik steht, zwingen uns, den amerikanischen Versuch, sich mit Rußland über die europäischen Probleme zu einigen, zu erschweren, vielleicht zu

blockieren. Es ist nicht die Aufgabe dieses Aufsatzes, zu prüfen, ob vielleicht gerade in einem besseren amerikanisch-russischen Verhältnis diejenige Öffnung Europas möglich wäre, die uns die erste reale Chance schrittweiser Wiedervereinigung eröffnen würde. Diese Chance mag bestehen oder nicht; sicher sind wir in unserer gegenwärtigen Haltung gezwungen, die ganze Welt unablässig zu irritieren, indem wir Schritte der Annäherung der beiden Großen erschweren.

Die Konsequenz für das MLF-Problem möchte ich nur in die Gestalt einiger Fragen bringen. Besteht Aussicht, daß wir durch unseren MLF-Anteil eine Rückendeckung erhalten, die uns gestattet, unsere Anliegen auch gegen die Weltmeinung durchzusetzen? Oder gefährden wir unsere Aussichten, indem wir der Welt das Bild des gefährlichen Mannes bieten, das der auf die Bundesrepublik konzentrierte MLF-Versuch wohl unweigerlich erweckt? Oder wäre es schließlich denkbar, das MLF-Projekt gegen gewisse bescheidene Fortschritte im deutschen Problem einzutauschen?

Alfred Grosser

Freundschaft ohne Illusionen

Es gibt keinen deutsch-französischen Konflikt im überlieferten Sinne. Seit dem Luxemburger Abkommen zwischen Adenauer und Guy Mollet von 1956 gibt es kein Streitobjekt zwischen Frankreich und Deutschland. Es gibt aber einen längst bestehenden, nun ans Licht gerückten Unterschied in der Deutung der Weltpolitik und vor allem in der Selbstauffassung beider Länder.
Wenn sich auch dieser Unterschied unter de Gaulle und Erhard zum offenen Gegensatz entwickelt und die deutsch-französischen Beziehungen erschüttert hat, so würde er doch fortbestehen, wenn die französische Außenpolitik von Gaston Deferre, Maurice Faure oder René Pleven und die deutsche von Willy Brandt, Eugen Gerstenmaier oder von Karl Theodor zu Guttenberg bestimmt würde.
Als de Gaulle 1958 wieder an die Macht kam, glaubte man in Bonn an eine Abkühlung mit Paris und an eine Neubelebung der *Entente cordiale* zwischen Frankreich und England. Genau das Gegenteil trat ein, nicht nur weil der Kanzler und der General in Colombey auf den ersten Blick Freundschaft füreinander empfanden, sondern auch weil die Hauptziele der gaullistischen Außenpolitik mit der wichtigsten Erbschaft der Vierten Republik – ein auf die deutsch-französische Annäherung aufgebautes Sechser-Europa – völlig vereinbar waren. England hingegen stand diesen Zielen teilweise im Wege, eben weil seine Ziele weitgehend dieselben waren: Einfluß in Afrika zu behalten [nach Beendigung des algerischen Krieges] und vor allem eine Sonderrolle in der westlichen Allianz zu spielen.
In George Orwells Buch *1984* gibt es Leute, die gleicher sind als die anderen. De Gaulle kämpft seit 1958 um die Gleichheit innerhalb der NATO, das heißt um die Gleichstellung Frankreichs mit den beiden, die «gleicher» sind als die anderen Verbündeten. Dazu braucht er Unterstützung. Die Bundesrepublik könnte sie ihm geben. Als Gegenleistung würde sie einen festen Rückhalt für ihre Interessen im Osten erhalten: so ungefähr sah das ungeschriebene *gentlemen's agreement* zwischen Adenauer und de Gaulle aus. Es wurde auch eingehalten.
In der Berlin-Frage, in der Nichtanerkennung des Ulbricht-Regimes ist de Gaulle viel konsequenter gewesen als die Engländer. Und wenn er laut ausgesprochen hat, was alle westlichen

Politiker ausnahmslos denken, nämlich, daß die Oder-Neiße-Linie ein unabänderliches Faktum ist, so mit der von Adenauer gebilligten Grundeinstellung, daß man eben deshalb mit dem Osten über die deutsche Frage nicht verhandeln kann: entweder kommt eine solche Verhandlung zu keinem Resultat oder sie führt zu einseitigen Konzessionen des Westens, weil jede Veränderung des Status quo [Berlin-Statut, Natur der DDR, Oder-Neiße-Linie] ein Opfer ohne Gegenleistung bedeuten würde. Als allerdings der deutsche Partner sich von der französischen Atlantik- und Europapolitik allzu sehr zu trennen schien, zeigte de Gaulle sofort, daß er auch eine andere Sprache sprechen konnte: In seiner Neujahrsansprache vom 31. Dezember 1963 nannte er Pankow unter anderen Hauptstädten totalitärer Staaten. Totalitär – aber ein Staat.

Das soll nicht heißen, daß für de Gaulle die deutsch-französische Annäherung nur Mittel zum Zweck war oder ist. Er hat zunächst eine große Leistung vollbracht: nach den Pionieren der ersten Nachkriegsjahre, nach den «Europäern» von 1950 bis 1957 hat er die Mehrzahl der noch zögernden oder sogar feindseligen Franzosen von dem Wert und der Notwendigkeit dieser Annäherung überzeugt, und er hat der deutschen Bevölkerung gezeigt, daß es Frankreich und nicht nur einigen mutigen Franzosen mit der Versöhnung ernst war.

Für de Gaulle sollte der Vertrag vom 22. Januar 1963 [der übrigens – was man in Deutschland oft vergißt – nur auf Wunsch der deutschen Seite zu einem Vertrag und nicht zu einem einfachen Protokoll wurde] ein Anfang werden. Es war aber ein Höhepunkt – wenn nicht ein Abschluß. Die Erklärung hierfür muß in der Europa- und der Atlantikpolitik gesucht werden.

Die Diskussion um die europäische Einigung ist heute deswegen so kompliziert, weil jeder Partner das will, was er will und zugleich das Gegenteil von dem, was er will. 1. Den Eintritt Großbritanniens, 2. die Schaffung eines politischen Europas, in dessen Rahmen man die gemeinsame Politik mit Mehrheitsbeschluß bestimmt, 3. die Verwirklichung einer Wirtschaftsgemeinschaft, die mehr sei als ein gemeinsamer Markt: Wer will das? Die Holländer und die Belgier streben alle drei Ziele an, obwohl sie wußten, daß das integrierte Europa für England unannehmbar

war und bleibt. Heute sind sie konsequenter: die niederländische Regierung hängt mehr an England als an der Integration und Paul-Henri Spaak mehr an der Integration als an England.

Die Bundesregierung ist – ohne sich des Widerspruchs ganz bewußt zu werden – für die politische Integration und für ein «großes Europa». Aber nicht für die Wirtschaftsgemeinschaft. Nicht nur wegen der Agrarpolitik, sondern auch aus Furcht, von den EFTA-Ländern abgetrennt zu werden und vor allem, weil Wirtschaftsgemeinschaft gemeinsame Wirtschaftspolitik, wenn nicht sogar Planung bedeuten würde. Hallstein steht hier den Franzosen näher als seinen Landsleuten.

Die französische Haltung ist noch widerspruchsvoller. Beim «Nein» an England wurden die Tonart, die Methode mehr kritisiert als der Inhalt. Das hat René Pleven als einer der Sprecher der Opposition in der letzten Parlamentsdebatte am 3. November wieder bestätigt. Die Wirtschaftsgemeinschaft wird von allen Seiten bejaht – Regierung und nichtkommunistische Opposition, Landwirte, Industrielle, Gewerkschaften. Und alle sehen ein und sagen, daß eine solche Gemeinschaft letzten Endes politische Entscheidungen zu treffen hat. Aber de Gaulle, weil für ihn die Nationen sozusagen lebendige autonome Wesen sind, will die politische Integration nicht. Die französischen Unterhändler in Brüssel waren daher Ende Januar 1963 in der unglücklichen Lage, England im Namen Europas abzuweisen, das sie selbst ablehnten. Sie wußten aber dabei, daß die wirklichen Gründe de Gaulles einen anderen Ursprung hatte.

de Gaulles Irrtum

Als Macmillan den französischen Präsidenten im Dezember 1962 besuchte, glaubte de Gaulle zu verstehen, Großbritannien sei bereit, bei seiner Hochzeit mit Europa die britische Atomkraft als Mitgift einzubringen. Dann fuhr Macmillan zu Kennedy, und de Gaulle fühlte sich durch das Bahama-Abkommen verraten: England betrog Europa auf dem atomaren Gebiet mit den Vereinigten Staaten. So verfuhr de Gaulle nach altbürgerlichem Gebrauch: keine Mitgift, keine Ehe. Und es hieß sogar, Groß-

britannien wäre zum Trojanischen Pferd Amerikas in Europa geworden.
Hier lag de Gaulles schwerwiegender außenpolitischer Irrtum. Er brauchte einige Monate, bis er merkte, daß das Trojanische Pferd der Vereinigten Staaten nicht Großbritannien, sondern die Bundesrepublik war.
Erhard und die französische nichtkommunistische Opposition können de Gaulle mit Recht vorwerfen, er wolle ein starkes Europa und verhindere doch zugleich aus nationalistischen Gründen die Entstehung dieses Europas. Aber de Gaulle wirft Erhard vor, nur ein Schatteneuropa zu wollen – und hier steht die französische Opposition nicht auf Erhards Seite. Wozu braucht man ein Europa, wenn dieses Europa keine eigene Politik, keinen eigenen Willen haben soll, wenn es nur ein integrierter Teil einer von Amerika geleiteten atlantischen Gemeinschaft ist?
Im Februar 1964 gebrauchte Premierminister Georges Pompidou eine sehr aufschlußreiche Wendung in einer Rede vor den englisch-amerikanischen Pressekorrespondenten: Frankreich sei «gezwungen, die Rolle Europas zu spielen». Nicht etwa «eine Rolle in Europa zu spielen» oder «auf Europa zu setzen», sondern «die Rolle Europas zu spielen». Wenn die anderen fünf nicht verstanden haben, worin diese Rolle besteht, oder vielmehr, daß es eine solche Rolle überhaupt gibt, muß Frankreich allein – auch gegen seine europäischen Partner – diejenige Politik treiben, die Europa erlaubt, seiner Eigenart und seiner Weltaufgabe gerecht zu werden.
Natürlich ist das nicht das beste Mittel, um ein gemeinschaftliches Europa aufzubauen. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß nicht nur in Frankreich die deutsche Bereitwilligkeit, eine atlantische Gemeinschaft zu schaffen, auf wenig Begeisterung stößt. Man könnte sogar behaupten, daß die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik die beiden einzigen Staaten sind, die an eine solche Gemeinschaft glauben. Die Vereinigten Staaten, weil sie die Stärkeren sind und es für sie seit 1949 nie einen Konflikt zwischen amerikanischen Interessen und Interessen der antikommunistischen Allianz gegeben hat. Die Bundesrepublik, 1. weil ihr dringendstes nationales Anliegen – der Schutz der Freiheit der Westberliner – wirklich ein echtes Anliegen der Allianz ist, und 2. weil

die überwältigende Mehrheit der Westdeutschen die ideologische Solidarität der nationalen vorzieht: lieber keine Wiedervereinigung als irgendeine Form der Wiedervereinigung, die auch die geringste Gefahr eines kommunistischen Einflusses auf das wiedervereinigte Deutschland mit sich bringen würde.

Für Frankreich und für England hingegen hat es in den letzten fünfzehn Jahren genügend Konflikte gegeben zwischen dem, was die atlantische Allianz forderte und dem, was man gern in Afrika oder Asien getan hätte – oder getan hat. Nach der verfehlten Suez-Expedition veröffentlichte die französische satirische Wochenzeitung *Le Canard Enchaîné* eine Karikatur, die in einem Käfig einen alten Hahn und einen zerzausten Löwen zeigte. Auf dem Käfig lehnte sich ein peitschender Tierbändiger, der Eisenhowers Züge trug. Der Löwe sagte zum Hahn: «Erinnerst du dich an Waterloo?» Worauf der Hahn antwortete: «Das waren die guten, alten Zeiten!»

Der Traum von der Weltmacht

Im Vergleich zu 1945 ist die Bundesrepublik, innerhalb einer von Amerika geleiteten atlantischen Allianz, in einem wahrhaft paradiesischen Zustand der Gleichberechtigung. England und Frankreich empfinden ihre Abhängigkeit stärker. Es handelt sich dabei zugleich um eine Art psychologischen Traumas von Staaten, die sich nicht damit abfinden können, nicht mehr Weltmächte zu sein, und es handelt sich um ein sehr nüchternes Verlangen, weiterhin an der Weltpolitik beteiligt zu sein. Die Bundesrepublik hingegen denkt nur an die deutsche Frage [und auch an den deutschen Handel] und macht ihre Einstellung zu den afrikanischen Regierungen von deren Einstellung zum Deutschland-Problem abhängig.

De Gaulle hat oft gesagt, die atlantische Allianz sei gegenwärtig notwendig. Um dieses «gegenwärtig» zu verstehen, braucht man nur seine Pressekonferenz über China zu lesen. Er spricht darin von dem «Regime, das gegenwärtig China beherrscht». Solange es ein Lager der Freiheit und ein Lager der Unterdrückung gibt [und Couve de Murville hat in seiner Parlamentsrede wieder

betont, wie sehr dies noch der Fall ist], braucht man die Allianz, die eine gewisse Abhängigkeit von Amerika mit sich bringt. Man braucht sie leider. Und man sollte sich davor hüten, diesen Zustand durch die Schaffung einer atlantischen Gemeinschaft zu verewigen, die Europas Zukunft verbauen würde.
Europa, das heißt hier «bis zum Ural». Nicht im Sinne einer Rückeroberung, einer «Verwestlichung», sondern im Sinne einer Hoffnung auf eine immer tiefer greifende Liberalisierung in einem Osten, der auch zu Europa gehört. Hier spricht de Gaulle weitgehend für alle Franzosen. In der Bundesrepublik hat man manchmal den Eindruck, Karl Marx sei ein in Nischnij-Nowgorod geborener Slawe gewesen. Für die Franzosen gehört der Kommunismus zu den guten oder bösen Abwandlungen einer gemeinsamen geistigen Überlieferung. Man kann sich vor dem Osten schützen, ohne sich als Inbegriff der Kultur gegenüber der Barbarei zu empfinden, ohne vor allem in dem Ost-West-Konflikt das ein für allemal gegebene Rückgrat der Weltpolitik sehen zu wollen.
Aus schlechten Gründen [Unkenntnis, machtpolitische Minderwertigkeitskomplexe, kulturelle Überheblichkeit], aber auch aus besseren, betrachten die meisten Franzosen Europa als ein Zwischending zwischen der amerikanischen und der «östlichen» Zivilisation. Gaston Defferre hat es ausdrücklich in seiner Programmrede vor seiner Partei erklärt. Und Maurice Faure, Schöpfer des Gemeinsamen Marktes und Wortführer der «europäischen» Opposition, hat am 3. November in der Nationalversammlung erklärt: «Sie [er sprach zur Regierung] wollen ein unabhängiges Europa? Aber glauben Sie denn, daß diejenigen, die als erste die Einheit unseres alten Kontinents wollten, es nicht gerade darum taten, damit dieser alte Kontinent seine Kraft wiederfände, seine Originalität, die Autonomie seiner Politik stärker betonen und gewissermaßen sein Schicksal wieder in seine eigenen Hände nehmen könne?»
Der Seufzer «Ach, wenn es doch keinen Ost-West-Konflikt mehr gäbe», klingt aus jeder demoskopischen Untersuchung in Frankreich. Und auch die Überzeugung, daß sich die Weltsituation seit 1949 verändert hat. Notwendigerweise sind hier die meisten Deutschen, im Hinblick auf die Mauer und auf Ulbricht, anderer Meinung. Die meisten, aber nicht alle. Einige – darunter die drei

ZEIT-Journalisten, welche die «Reise in ein fernes Land» gemacht haben – glauben, daß nur aus der veränderten Weltlage eine Chance zur Wiedervereinigung entstehen kann und daß man daher, wie es die meisten Franzosen glauben, alles tun muß, um diese Weltlage zu verändern.

Dies ist gerade das Paradoxe an der deutsch-französischen Diskussion: die deutschen «Gaullisten» deuten die Weltpolitik nicht nur anders als de Gaulle, sondern haben auch ein anderes Zukunftsbild als de Gaulle und die Franzosen, wohingegen die deutschen «Antigaullisten» der ZEIT der französischen Interpretation der weltpolitischen Entwicklung näherstehen.

Aber die Differenzen unter den Deutschen sind nur nebensächlich im Vergleich zu der tiefen Überzeugung, daß es eine Drohung und daß es eine unterdrückte Bevölkerung im Osten gibt. Die Verteidigung ist eine sehr ernste Aufgabe, und da können nur die Amerikaner helfen. Das weiß man seit dem Winter 1948/49. Die Franzosen hingegen, die keine Landsleute in einem totalitären Staate haben und für die ein Kommunist zunächst einmal ein freundlicher Nachbar oder Kollege ist, glauben nicht allzu sehr an eine Drohung. Und selbst wenn sie daran glauben, glauben sie nicht voll und ganz an die amerikanische Garantie.

Die Wurzel des Mißtrauens

De Gaulle ist hier noch mißtrauischer als andere. Das läßt sich teilweise aus Kriegserfahrungen erklären: Dezember 1944. Die deutsche Ardennen-Offensive. General Eisenhower befiehlt General Delattre Tassigny, Straßburg zu evakuieren, was die Rückkehr von SS und Gestapo für die Einwohner bedeutet hätte. De Gaulle als Regierungschef befiehlt Delattre, dem alliierten Befehlshaber nicht zu gehorchen. Eisenhower gibt schließlich nach. Straßburg ist gerettet – und Eisenhower schreibt in seinen Memoiren, daß er nicht verstehen könne, warum de Gaulle so sentimental gehandelt habe. Wie soll da de Gaulle glauben, daß ein Amerikaner wirklich eine europäische Stadt wie eine amerikanische betrachtet.

Das soll nicht heißen, daß die *force de frappe* etwas Gutes ist,

daß sie überhaupt zur Sicherheit Frankreichs viel beitragen wird. Das soll nur heißen, daß weder de Gaulle noch seine deutschen Kritiker die volle Tragik der atlantischen Situation anerkennen wollen. Einerseits kann das atomare Pokerspiel nur gewonnen werden, wenn ein Mann im westlichen Lager die Karten hält – und das kann nur der amerikanische Präsident sein. Andererseits müßte es für jeden europäischen Staatsmann ein Alptraum sein, das Leben seiner Landsleute in den Händen eines, wenn auch befreundeten Fremden zu wissen... Einen Ausweg gibt es hier kaum. Auch die MLF ist keiner: Entweder haben mehrere wirkliche Entscheidungsgewalt, und das ist für die Vereinigten Staaten unannehmbar, oder das neue Projekt ist eine bloße Verschleierung der gegenwärtigen Lage.
Für de Gaulle sind jedoch die militärischen Gründe nicht entscheidend. Was er der MLF vorwirft, ist vor allem etwas Politisches: es handelt sich wieder um atlantische Integration unter amerikanischer Führung, daß heißt um ein Verspielen der Chancen für ein sich selbstbestimmendes Europa.
De Gaulle glaubt gewiß zu sehr an die Möglichkeit einer eigenen Politik Frankreichs und Europas. Aber Harold Wilson hat aus dieser Möglichkeit für England den Hauptpunkt seiner Wahlkampagne gemacht: Es kann nicht genug betont werden, wie groß die Ähnlichkeit ist zwischen der englischen und der französischen Außenpolitik. Die Bundesrepublik will aus guten und aus schlechten Gründen nicht an jene Selbständigkeit glauben; sie will sich dem Vorwurf nicht aussetzen, daß Deutschland wieder «autonom» handeln wolle [und hier beschwört de Gaulle wirklich schlimme Geister in Deutschland], und sie kann sich nur schwer vorstellen, daß man auch mit einem stärkeren Partner diskutieren könnte.
Zu weit sollte man es nicht treiben: de Gaulle hat seine eigenen Ideen und seinen eigenen Stil, insbesonders in seinem Unvermögen, mit Partnern anders umzugehen als zur Zeit der alten «Realpolitik»; Erhards Zögern und Schweigen und der Wirrwarr innerhalb der CDU/CSU sind keine notwendigen Bestandteile der deutschen Politik. Aber im wesentlichen darf man doch behaupten, daß die heutigen deutsch-französischen Schwierigkeiten jenseits der Konjunktur liegen, und zwar in der Verschiedenheit

nicht so sehr der *Weltanschauungen* als der *Weltauffassungen.* Aus historischen, politischen, ideologischen Gründen sieht man diesseits und jenseits der Grenze die heutige Welt mit verschiedenen Augen.

Man sollte aber daraus nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß sich Frankreich und die Bundesrepublik nicht verstehen können. Es muß lediglich gesagt werden, daß die beiden Länder sich nur dann verstehen können, wenn man die Schwierigkeiten da sieht, wo sie sind, und nicht die Umrisse der Differenzen in der Tagespolemik verwischt.

Paul Reynaud

Europa ohne de Gaulle

Auf der Szene Europas gibt es drei Persönlichkeiten. Zur Linken ein Arbeiterführer, der Premierminister Englands Harold Wilson. In der Mitte ein deutscher Christdemokrat, der Kanzler Erhard. Zur Rechten der General de Gaulle.

I

Jung, intelligent, angriffslustig, wie er ist, hat der britische Premier mit gutem Grund die absolute Mehrheit gegen die Konservativen und etliche Liberale gewonnen. Diese wollen ihn übrigens unterstützen – außer in seiner Absicht, die Schwerindustrie zu verstaatlichen. Der Premierminister hatte also freie Hand, dazu auch die Entschlußkraft, zu handeln. Aber er stand einer schwierigen Situation gegenüber, die durch das Defizit im Zahlungsausgleich seines Landes entstanden war. Die irritierende Zollerhöhung von fünfzehn Prozent auf die Einfuhr gewisser Waren mißfiel dem Ausland. Übrigens: Den Export zu unterstützen ist gut. Aber die Zollmauern zu erhöhen – ist dies ein Mittel, die Industriellen zu veranlassen, ihre Kostenpreise zu senken? Die Ankündigung sozialer Ausgaben und neuer Steuern war der Funke, der eine Vertrauenskrise entzündete. Und die Krise war so schwer, daß der 25. November ein *Black Wednesday* wurde. Das Fieber stieg von Stunde zu Stunde. Die Dementis zur Pfund-Entwertung und zur Bildung einer «Koalitionsregierung» trugen zur Panik bei. Man ging geradenwegs einer Pfund-Entwertung entgegen. Der Dollar sah sich bedroht. Schon war das Finanzgebäude der freien Welt in Gefahr. Der Premierminister mußte in diesen beängstigenden Minuten feststellen, daß tatsächlich die finanzielle Gefahr die Achillesferse sozialistischer Regierungen ist. Seit fünf Uhr morgens telephonierten die Leiter der Bank von England an die der anderen Emissionsbanken, an die Bundesbank vor allem. Die *Federal Reserve Bank* intervenierte bei der *Export-Import-Bank* und bei der Internationalen Ausgleichsbank in Basel. Rund drei Milliarden Dollar wurden vereinigt. Das ist eine Summe! Bei der Eröffnung der Börse hat diese Nachricht das Pfund gerettet. Es wird endgültig erst dann gerettet sein, wenn die wirtschaftliche Situation gesundet ist, wenn die britische In-

dustrie sich leistungsfähiger erweist, so wie der *Gemeinsame Markt* den Industriellen besonders in Frankreich und Italien Leistungsfähigkeit auferlegt hat.

Dies also waren die ersten beängstigenden Tage des neuen britischen Premierministers. Er wird sich nicht, wie er's erträumt hatte, einem frisch-fröhlichen Krieg gegen die Tories widmen können. Denn: triebe er eine unvorsichtige Politik, schon würde er eine erste Temperatursteigerung hervorrufen und wäre verdammt, das Leben eines Krankenwärters zu führen, die Augen fixiert auf das Thermometer. Mehr produzieren und weniger verbrauchen – eine Parole, die aus dem Munde von Labour-Ministern wenig verführerisch klingt.

Das politische Leben ist pittoresk. Wer hätte bei Kriegsende glauben können, das gespaltene Deutschland mit seiner zweigeteilten Hauptstadt, dieses Deutschland, das wegen der Schrecken des Naziregimes verachtet wurde, werde seinem britischen Sieger noch einmal die wichtigste europäische Hilfe leisten, nämlich seine Währung retten.

Auf dem Gebiet der Verteidigung empfindet Wilson als Chef eines Landes, dessen Haltung während des Krieges heroisch war, keinerlei Minderwertigkeitskomplexe gegenüber den Vereinigten Staaten. Er findet es normal, daß sein amerikanischer Verbündeter ihn zukünftig schützt. Er ist gefühllos gegenüber dem Wahn, den die Konservativen hegten, man müsse eine *force de frappe* haben.

Er wird die traditonelle englische Politik einer engen Verbindung und «spezieller Beziehungen» zu den Vereinigten Staaten fortsetzen, was ihn denn auch während seines Besuches in Washington nach einem Kompromiß in der MLF-Frage suchen ließ, obwohl er die multilaterale Atomwaffe im Prinzip verurteilt.

II

Im Zentrum der Bühne steht eine Persönlichkeit, die seit dem Kriege den erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland dirigiert hat. Ludwig Erhard ist obendrein eine typisch deutsche Erscheinung mit jener dicken Zigarre

im Munde, die zu einem kostbaren Wahlfaktor geworden ist. Sein Vorgänger, Konrad Adenauer, und das deutsche Volk ganz allgemein sind loyal in die große demokratische Familie eingetreten.

Erhard gedenkt, treu in dieser Familie zu verbleiben. Er gibt die Tatsache zu, daß sein Land dem sowjetischen Gegner preisgegeben sei, wenn ihm die Protektion des mächtigen Amerika ermangeln sollte. Und er zieht die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis. Er ist vom Herzen her nicht so stark – wie es sein Vorgänger war – dem französisch-deutschen Freundschaftsvertrag verbunden; er realisiert besser als Adenauer, daß jener Vertrag, wie die einstimmig im Bundestag beschlossene Präambel zeigte, auf Widerspruch stieße.

Er hat sich die Aufgabe gesetzt, die Bande zu Amerika enger zu knüpfen, und er hat Erfolg gehabt. Als er in den Vereinigten Staaten war, um an der Beerdigung des Präsidenten Kennedy teilzunehmen, hat er einer amerikanischen Fernseh-Station erklärt: «Deutschland ist überzeugt, daß seine Existenz, seine Sicherheit, seine Zukunft auf der atlantischen Allianz begründet sind.» Und sein Besuch auf der Ranch des Präsidenten Johnson, der ihm einen großen Texashut aufsetzte, während die deutsche Version des Liedes *Deep in the Heart of Texas* gesungen wurde, bewies die Übereinstimmung der beiden Männer so vollständig und überzeugend, daß die *Sunday Times* in London Grund zur Eifersucht gegeben sah und von Deutschlands Streben nach den «besonderen Beziehungen mit den USA» schrieb.

Nach Bonn zurückgekehrt, sagte Erhard mit dem ihm eigenen Humor in der Parlamentsdebatte über das Budget: «Wir sind kein amerikanisches Protektorat, aber ich bin bereit, den Ausdruck zu akzeptieren, wenn er sich darauf beschränkt zu sagen, daß unsere Sicherheit von den Vereinigten Staaten abhängt.»

III

Zur Rechten auf der Szene Europas erscheint eine hohe Gestalt – jene historische Persönlichkeit, die gut zu kennen ich wohl behaupten kann: General de Gaulle. Man kann ihm nicht vor-

werfen wie dem Marschall Pétain, daß er 1940 den Kampf aufgegeben habe, denn er war die Seele des Widerstandes; dies ist sein Ruhmestitel. Er ist mit außerordentlichem Schriftsteller- und Rednertalent begabt. Aber gerade darin besteht für ihn eine Gefahr. Denn seine Erfolge lassen ihn die Isolierung nicht begreifen, in die Frankreich zufolge seiner Politik geraten ist, und nicht die Macht einschätzen, über die er tatsächlich verfügt.
Ich habe mit großer Überraschung aus der Feder von Alfred Grosser, gelesen: «Es gibt keinen deutsch-französischen Konflikt ... es gibt aber einen längst bestehenden, nun ans Licht gerückten Unterschied in der Deutung der Weltpolitik, vor allem in der Selbstauffassung beider Länder ...»
Die Wahrheit ist leider sehr anders.
Der General de Gaulle hat sein Wesen und seine Absichten am 31. Januar letzten Jahres selbst definiert. Er ist «offensichtlich der einzige, der die Staatsautorität hochhalten und delegieren kann». Und als der einzige – so lebt er im «höchsten Bereich», der ihm zusteht. Und so ist er auch der einzig Verantwortliche in unserer Außen- und unserer Militärpolitik.
Feindschaft gegenüber England und den Vereinigten Staaten – eine Gegnerschaft, die aus Konflikten mit Churchill und Roosevelt in der Zeit entstand, als de Gaulle in London war. Diese Konflikte sind allgemein bekannt, seit die amerikanische Regierung die Telegramme veröffentlichte oder veröffentlichen ließ, die zwischen den beiden großen Chefs gewechselt wurden und de Gaulle betrafen.
Unser König Ludwig XII., der vorherige Herrscher von Orléans, hat einmal gesagt: «Der König von Frankreich rächt sich nicht für Beleidigungen, die dem Herzog von Orléans angetan wurden.» De Gaulle ist diesem Beispiel nicht gefolgt. Seit er am Ende des Krieges nach Frankreich zurückgekehrt ist, hat de Gaulle nicht aufgehört, ein Europa anzustreben, das von England und den Vereinigten Staaten getrennt sein soll.
Das aber ist die Umkehr der traditionellen Politik Frankreichs, die doch gerade auf einer engen *Freundschaft* mit den beiden großen Demokratien begründet war, deren Hilfe zweimal unser Land gerettet hat. De Gaulle sprach einmal von einem Europa, das zum «Schiedsrichter zwischen den Riesen» werden würde,

ein andermal von einem «Europa vom Atlantik zum Ural». Beides unvernünftige Träume!
Als er sie – diese Träume – aufgeben mußte, wuchs seine Verbitterung gegen die Vereinigten Staaten derart, daß er im September 1963 auf seiner Reise durch den Südwesten Frankreichs erklärte: «Wir wollen nicht, daß der Riese im Westen uns dirigiert, nicht einmal, daß er uns beschützt.» Wir sahen: Es ist dies eine Position, die derjenigen des Kanzlers Erhard direkt entgegengesetzt ist!

IV

Doch sprechen wir von Europa: Bevor er zur Macht kam, ist de Gaulle zunächst Förderer einer europäischen *Konföderation*, ja sogar einer *Föderation* gewesen, aber schließlich hat er die europäische Montanunion, die Robert Schuman mitbegründete, und den Gemeinsamen Markt abgelehnt. Sein Schicksal zwang ihn dann, die EWG gemeinsam mit unseren fünf Partnern voranzutreiben.
Und doch hat de Gaulle dann Europa auf seinem Weg zur Einheit gestoppt. Am 15. Mai 1962 erklärte er, als er den von unseren Partnern abgelehnten «Fouchet-Plan» erläuterte: «Während die Mehrzahl unserer Partner [im Gemeinsamen Markt] wünschten, daß diese Revision [der zukünftigen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft] in Richtung auf Übernationales vor sich ginge, hält Frankreich stets an der Formel einer bloßen Zusammenarbeit fest.» Seither endeten die französisch-deutschen Konferenzen, die im Rahmen des Freundschaftsvertrages stattfanden, auch jedesmal mit einem Mißerfolg: Jeder kam mit seinen Akten und plädierte für die These seines eigenen Nationalinteresses, die niemand teilen wollte – und das alles im Namen Europas!
In seiner Pressekonferenz vom 23. Juli 1964 zählte de Gaulle die acht Punkte auf, in denen es, wie er feststellte, im Rahmen des französisch-deutschen Freundschaftspaktes keine Übereinstimmung gab. Nun, diese acht Punkte sind das Wesentliche der heutigen Außenpolitik. Keine Übereinstimmung gibt es nach den Worten de Gaulles

- über «Pläne gemeinsamer Verteidigung»;
- über die «Organisation, die man der atlantischen Gemeinschaft geben sollte»;
- über «die Haltung, die gegenüber dem Osten einzunehmen sei, und die Handlungen, die vorzunehmen wären»;
- über «die Frage der Grenzen und Nationalitäten in Zentral- und Osteuropa»;
- über «die Anerkennung Chinas»;
- über «die Befriedung Asiens, insbesonderes in Indochina und Indonesien»;
- über «die Hilfe für die Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika»;
- über «das Zustandekommen des gemeinsamen wirtschaftlichen Marktes ...»

Die Uneinigkeit über die Art und Weise, in der die *atlantische Allianz* organisiert werden soll, betrifft besonders unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Man weiß, daß Frankreich und Deutschland in diesem kapitalen Punkte zwei diametral entgegengesetzte politische Standpunkte vertreten. Résumé: absolute Gegensätzlichkeit auf allen Gebieten.

V

Ich habe in meinem Buch *Et après* [1964 bei Plon erschienen] den fundamentalen Antagonismus der Politik de Gaulles und Deutschlands aufgezeigt. Und also kann ich die Versicherung des Professors Alfred Grosser nicht bestätigen, daß es keinen französisch-deutschen Konflikt im eigentlichen Sinne des Wortes gäbe ...

Ganz im Gegenteil befindet sich die Politik de Gaulles im Konflikt mit den Absichten Deutschlands, und dies auf allen wesentlichen Gebieten, ob es sich um die Verteidigung Europas und die Rolle handelt, welche die Vereinigten Staaten dabei spielen sollen, oder um die zukünftige Konstruktion Europas. Was will man denn sonst noch?

Ich kann auch den Pessimismus des Professors nicht akzeptieren, der behauptete, daß – wenn die gegenwärtige Opposition in

Frankreich an die Macht käme – die gleichen Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland weiterbestünden. Ich glaube im Gegenteil, es würde in allem Wesentlichen eine vollständige Übereinstimmung geben. Denn – abgesehen von der ärgerlichen Anerkennung Rotchinas – sind die Gegner de Gaulles *einer* Meinung mit den Deutschen über *alle* großen Probleme.

Nehmen wir das Problem des vereinigten Europas! Warum hat de Gaulle die von ihm selbst gegebene Verfassung verletzt – wie dies der Verfassungsrat und der Staatsrat festgestellt haben? Weil 293 Abgeordnete [die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung betrug 240] am 12. Juni 1962 einen Entwurf unterschrieben, den ich in meinem Buch *Ehrgeiz und Illusion, die Außenpolitik de Gaulles* veröffentlicht habe; dort nämlich versicherten sie, ein integriertes Europa zu bauen, von dem wir sahen, daß de Gaulle es nicht will.

De Gaulle hatte an jenem Tag begriffen, daß die Abgeordneten dieser starken Mehrheit seelenruhig der Wahl im Jahre 1963 entgegensehen könnten. Denn sie, die «europäische Mehrheit», würde wiedergewählt werden. Weil er aber wußte, daß er die Nationalversammlung nicht am Tag nach der Wahl würde auflösen können – denn sie hätte dann ja gerade erst das Vertrauen des Volkes empfangen –, blieb ihm nichts anderes übrig, als «sich zu unterwerfen oder sich selbst hinauszuwerfen». Zwei Lösungen, die ihm beide nicht gefielen.

Darum hat er das Parlament des Rechts beraubt, als erste Instanz zu entscheiden, wie die Verfassung es vorschrieb. Es geschah also, weil de Gaulle wußte, daß die Nationalversammlung ihre Gegenstimme erheben und es unter diesen Umständen erst gar nicht zu einem Referendum kommen würde. Eben darum packte er das Volk direkt – auf dem Wege über ein Referendum und verlangte vom Volke die Entscheidung, ob zukünftig der Präsident der Republik direkt in allgemeiner Wahl bestimmt würde. Das war dem Geist der parlamentarischen Verfassung, die er selber dem Lande gegeben hat, genau entgegengesetzt.

Die «europäischen» Abgeordneten, auf diese Weise provoziert, leisteten diesem Verfahren, das die Juristen einen «Staatsstreich» nannten, Widerstand und brachten ein Mißtrauensvotum ein. Damit taten sie ihre Pflicht. Um sie zu bestrafen, sprach de Gaulle

die Parlamentsauflösung aus und gab es den Wählern auf, zwischen den «Europäern» und ihm zu wählen, wobei er mit seinem Rücktritt drohte und ihnen andeutete, daß – ginge er wirklich – man zur Verfassung der IV. Republik zurückkehren würde, zu jenem «Rundlauf» der Minister, die kamen und gingen und wie Kaskaden übereinanderstürzten.
Diese Prophezeiung stimmt übrigens nicht. Aber er siegte. Zwischendurch sei gesagt, daß das Referendum, die Auflösung des Parlaments durch den Staatschef und die Präsidentenwahl durch allgemeine Abstimmung jene drei Punkte der Weimarer Verfassung waren, die dazu beigetragen haben, Hitler in den Sattel zu heben, so daß das demokratische Deutschland nach dem letzten Kriege diese Bestimmungen nicht wieder eingeführt hat. Es blieb de Gaulle vorbehalten, sie wieder aufzugreifen – die letzte sogar mit Hilfe eines Staatsstreiches, den ich soeben geschildert habe.
Die Wahrheit ist, daß, wenn de Gaulle von der politischen Szene verschwände, eine republikanische Mehrheit gewählt würde, die «europäisch» gesinnt ist und die von der Notwendigkeit überzeugt sein würde, daß man zur Verteidigung Europas auf die traditionelle Politik Frankreichs zurückgreifen und mit den Vereinigten Staaten und Deutschland zusammenarbeiten müsse. Dann aber würden sofort die Konflikte zwischen dem offiziellen Frankreich von heute und Deutschland verschwinden, oder aber sie würden leicht zu lösen sein.
Die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern wären das, was sie sein sollten: Beziehungen des Vertrauens auf *erstens* eine gemeinsame Politik zur militärischen Verteidigung Europas, *zweitens* eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und *drittens* eine kontinuierliche Entwicklung in Richtung auf die europäische Föderation, der auch England eines Tages angehören könnte; in Richtung, also auf eine *Partnerschaft* mit Amerika, wie sie dem Präsidenten Kennedy vorschwebte, und zwar ohne das Ziel der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands aus den Augen zu verlieren.

DOKUMENTATION



Die Dokumente Nr. 1, 2 und 3 sind in der von der französischen Botschaft in Bad Godesberg zur Verfügung gestellten Übersetzung abgedruckt.

Dokument Nr. 1

Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle am 23. Juli 1964

General de Gaulle: Meine Damen und Herren, es freut mich, Sie wiederzusehen, und auch dieses Mal werden wir bei dem Austausch von Fragen und Antworten so vorgehen, wie es zwischen uns gewissermaßen schon zu einem Ritus geworden ist. Das heißt, daß ich hier bin, um den einen und den anderen Auskünfte über die Fragen zu geben, die sie mir zu stellen beabsichtigen, und ich bitte Sie deshalb, damit gleich zu beginnen. Wie üblich, werden wir sie nach Themen zusammenfassen, und ich werde dann versuchen, darauf zu antworten.
[Die Journalisten stellten ihre Fragen.]
General de Gaulle: Wenn Sie damit einverstanden sind, wollen wir vorerst bei diesen Fragen bleiben.
[...]

Europa und der deutsch-französische Vertrag

Frage: Herr Präsident, wie stellen Sie sich nach Ihren kürzlichen Gesprächen mit Bundeskanzler Erhard in Bonn die weitere politische Einigung Europas vor?
Frage: Herr Präsident, zu welchen Ergebnissen hat der deutsch-französische Vertrag auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet geführt? Erachten Sie diese Ergebnisse als zufriedenstellend, enttäuschend oder ganz einfach als unzureichend?

General de Gaulle: Wir werden zuerst die allgemeine Frage nach Europa beantworten, wie es jetzt darum steht, wie es weitergehen soll, und danach die spezielle Frage des deutsch-französischen Vertrages, wenn Sie damit einverstanden sind.
Nach wie vor denkt und spricht man viel über Europa. Das ist völlig natürlich. Wenn man sich mit Europa beschäftigt, wenn man

sich eine klare Vorstellung von seinem künftigen Bild machen will, muß man sich stets vor Augen halten, wie die Welt aussieht.
Europas Möglichkeiten begannen mit dem Drama des Zweiten Weltkrieges, denn die Länder, die sich bekämpft hatten, hatten den Kampf eingestellt und alles drängte zur Einigung. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Kräfteverteilung auf der Erde so einfach und zugleich so brutal wie nur möglich. In Jalta wurde das plötzlich sichtbar. Nur Amerika und Rußland besaßen noch wirkliche Macht, und zwar um so beträchtlicher, als alle anderen erschüttert waren, die Besiegten im Abgrund ihrer bedingungslosen Niederlage, die europäischen Sieger völlig zugrunde gerichtet.
Für die Länder der freien Welt, vor allem aber für diejenigen, die sich durch den Ehrgeiz der Sowjets bedroht sahen, war die Hinnahme der amerikanischen Führung so gut wie unausweichlich. Unter allen war die Neue Welt der große Sieger des Krieges. Die Atlantische Allianz unter dem Kommando der Vereinigten Staaten, die im Besitz der Atombombe waren, diese Atlantische Allianz gewährleistete ihre Sicherheit. Dank dem Marshall-Plan erlebten sie die Wiedergeburt ihrer Wirtschaft. Die Kolonialmächte, die dabei waren, unter mehr oder weniger qualvollen Bedingungen die Überleitung ihrer Souveränität an eigenständigen Regimes zu vollziehen, spürten überall direkt oder indirekt den Druck Washingtons. Und gleichzeitig übernahm Amerika die Führung der politischen und strategischen Geschäfte in allen Teilen der Welt, in denen die freie Welt Berührung mit den direkten oder indirekten Aktionen der Sowjets hatte. Amerika tat dies entweder unilateral oder über örtliche internationale Organe, die ihm zur Verfügung standen: in Europa die NATO, in Westasien die CENTO, in Südostasien die SEATO, in Amerika die OAS. Im Nordpazifik machte Amerika es unmittelbar durch seine Überlegenheit. Und schließlich bediente es sich noch der diplomatischen und manchmal auch der militärischen Intervention, insbesondere in Korea, im Kongo und in der Suez-Krise, auf dem Wege über die Vereinten Nationen, die es dank seiner Vormachtstellung dominierte.
Selbstverständlich haben die Dinge sich inzwischen geändert. Die westlichen Länder unseres alten Kontinents haben ihre Wirtschaft

wieder aufgebaut und sind im Begriff, ihre Streitkräfte wieder aufzubauen. Eines von ihnen, Frankreich, ist dabei, Atommacht zu werden. Vor allem sind sie sich der gegenseitigen Bindungen bewußt geworden. Deshalb scheint Europa fähig zu sein, eine wesentliche Gesamtheit zu bilden, reich an Werten und Mitteln, imstande, sein eigenes Leben zu führen, wohlverstanden nicht in Gegnerschaft zur Neuen Welt, sondern an ihrer Seite.

Gleichzeitig beginnt der Monolithismus des ganzen totalitären Blocks, wie wir ihn erlebt haben, zu zerfallen. China, von Moskau getrennt, tritt auf die Weltbühne, kolossal durch seine Menschenmassen, seine Bedürfnisse und seine Mittel, begierig auf Fortschritt und Beachtung. Und das sowjetische Imperium, die größte und wahrscheinlich letzte Kolonialmacht unserer Zeit, sieht seine Herrschaft über weite Landstriche Asiens bestritten, in erster Linie durch die Chinesen, und erlebt, wie, nach und nach, die europäischen Satelliten von ihm abrücken, die es sich durch Gewalt unterworfen hat. Gleichzeitig verzeichnet das kommunistische Regime trotz der gewaltigen Anstrengung, die es in Rußland seit einem halben Jahrhundert entfaltet hat, und trotz der Ergebnisse, die es bei gewissen gewaltigen Unternehmungen erzielte, einen Mißerfolg auf dem Gebiet des Lebensstandards, der Zufriedenstellung und Würde der Menschen, gemessen an dem Regime, das in Westeuropa praktiziert wird und bei dem sich Dirigismus mit Freiheit paart. Und schließlich werden die Staaten der dritten Welt durch große Bestrebungen und große Schwierigkeiten erschüttert.

Aus allen diesen neuen komplizierten und miteinander verflochtenen Gegebenheiten folgt, daß die Aufteilung der Welt in zwei Lager unter der Führung Washingtons bzw. Moskaus nicht mehr der eigentlichen Lage entspricht. Gegenüber der immer rissiger werdenden totalitären Welt, dem China-Problem, den Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, die sich in der Entwicklung befinden, wie auch hinsichtlich der dadurch erforderlich werdenden Reform der Vereinten Nationen und der Wandlungen aller Art in der Welt scheint Europa, vorausgesetzt es hat den Willen dazu, berufen zu sein, seine eigene Rolle zu spielen. Natürlich muß es weiterhin das Bündnis mit Amerika, im nordatlantischen Bereich, an dem, solange die sowjetische Bedrohung andauert,

beide ein Interesse haben, aufrechterhalten. Aber für Europa entfallen Tag für Tag die Gründe, die dieses Bündnis zu einer Unterordnung werden ließen. Europa muß *seinen* Teil der Verantwortung tragen. Im übrigen spricht alles dafür, daß dies auch im grundlegenden Interesse Amerikas liegen würde, was immer sein Wert, seine Macht, und seine guten Absichten sein mögen, denn die Vielzahl und die Komplexität der Probleme sind so groß, daß sie künftig seine Möglichkeiten und seine Fähigkeiten, vielleicht sogar in einem gefährlichen Maße, übersteigt. Das ist übrigens auch der Grund, warum Amerika erklärt, es wünsche, daß Europa sich einige und aufbaue, während gleichzeitig von den Galliern, Germanen und Lateinern viele nach der Schaffung Europas rufen.
Aber welches Europa? Das ist es, worum es geht. In der Tat sind die eingebürgerten Bequemlichkeiten, die zähen Hintergedanken, die gemachten Zugeständnisse nicht leicht abzuschaffen. Nach Ansicht von uns Franzosen gilt es, Europa zu schaffen, damit es ein eurupäisches Europa ist. Europäisches Europa, das bedeutet, daß es durch sich selbst und für sich selbst bestehen und inmitten der Völker der Welt seine eigene unabhängige Politik haben muß. Das aber gerade wird bewußt oder unbewußt von vielen derjenigen abgelehnt, die andererseits vorgeben, seine Schaffung zu wollen. Die Tatsache, daß Europa keine Politik besäße und somit der vom anderen Ufer des Atlantiks unterworfen wäre, scheint jenen, heute noch, normal und befriedigend. Daher erlebte man, daß eine Anzahl von Denkern, sehr oft durchaus anzuerkennende und aufrichtige, sich nicht für eine unabhängige europäische Politik aussprachen, die sie sich gar nicht vorstellen können, sondern für eine Organisation, die unfähig ist, eine solche Politik zu haben und die in dieser Hinsicht wie auch auf dem Gebiet der Verteidigung und der Wirtschaft einem atlantischen, d. h. amerikanischen System angegliedert, und dem, was die Amerikaner ihre «Leadership» nennen, untergeordnet ist.
Sie haben vorgeschlagen, daß dieser als föderalistisch firmierte Aufbau auf zwei Grundpfeilern ruhen soll: einem Areopag, der seine Kompetenzen unabhängig von den Staaten ausübt und «Exekutive» genannt wird, sowie einem Parlament ohne nationale Qualifikationen, mit der Bezeichnung Legislative. Jedes dieser

drei Elemente hätte sicher das geben können, wozu es geeignet ist, d. h. der Areopag Studienarbeiten und das Parlament Debatten, doch mit Sicherheit hätte keines von ihnen das geben können, was man eben nicht wollte, nämlich eine Politik. Wenn auch bei der Politik Debatten und Studien berücksichtigt werden müssen, so ist sie doch etwas ganz anderes als Studien und Debatten.
Politik ist Handeln, d. h. eine Gesamtheit von Entschlüssen, die gefaßt werden, Dinge, die getan werden, Risiken, die man auf sich nimmt, und das alles mit der Unterstützung eines Volkes. Nur Regierungen von Nationen sind fähig und besitzen die Verantwortung, eine Politik zu machen. Es ist natürlich nicht verwehrt zu hoffen und sich vorzustellen, daß einmal der Tag kommt, an dem die Völker unseres Kontinents ein einziges bilden werden, und es dann vielleicht eine Regierung Europas geben kann. Doch es wäre lächerlich, wenn man so tun wollte, als ob dieser Tag bereits gekommen sei.
Deshalb hat Frankreich, das nicht will, daß Europa steckenbleibt, daß es selbst in einem künstlichen Unterfangen steckenbleibt, das die Staaten ihrer Verantwortung beraubt, die Völker verwirrt und die Unabhängigkeit Europas verhindert, deshalb hatte Frankreich seinen fünf Partnern der Römischen Verträge einen Beginn der Organisation ihrer Zusammenarbeit vorgeschlagen. Auf diese Weise hätte man angefangen, zusammenzuleben, in der Erwartung, daß allmählich im Zuge der Entwicklung und mit Hilfe der Gewohnheit die Bindungen enger werden. Wie man weiß, hatte der französische Plan für die europäische Zusammenarbeit die grundsätzliche Zustimmung der deutschen Regierung erhalten. Es ist auch bekannt, daß man auf einer Tagung der sechs Staaten in Paris und dann auf einer weiteren in Bonn auf dem Wege zu sein schien, zu einem Ergebnis zu gelangen, daß Rom sich aber weigerte, das entscheidende Gespräch anzusetzen, und seine Einwände zusammen mit denen in Den Haag und in Brüssel so stark waren, daß alles zum Stillstand kam. Man weiß auch, daß die Gegner sich zweier übrigens sehr widerspruchsvoller Argumente bedienten. Das erste Argument lautete: Der französische Plan, der den Staaten ihre Souveränität beläßt, entspricht nicht unseren Vorstellungen von einem Europa, das eine Expertenkommission als Exekutive und ein von den nationalen Realitäten

abgeschnittenes Parlament als Legislative besitzt. Das zweite: Obwohl England erklärt, daß es sich niemals bereitfinden würde, seine Souveränität aufzugeben, werden wir in keine europäische politische Organisation hineingehen, der es nicht ebenfalls angehört.

Da der französische Plan für die Zusammenarbeit damals von Italien und dem Benelux abgelehnt wurde, da andererseits die Integration nur zu einem amerikanischen Protektorat führen konnte, und da schließlich England im Verlauf der endlosen Brüsseler Verhandlungen zeigte, daß es nicht in der Lage war, die gemeinsamen wirtschaftlichen Bedingungen anzunehmen, und durch das Abkommen von Nassau zu erkennen gab, daß seine Verteidigungsstreitmacht, besonders auf atomarem Gebiet, keine europäische sein würde, da sie gegenüber den Vereinigten Staaten nicht selbständig ist, erschien es der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik möglich, daß eine zweiseitige Zusammenarbeit von Nutzen sein könnte. Und so wurde damals auf Vorschlag der deutschen Regierung der deutsch-französische Vertrag geschlossen, den ich die Ehre hatte, hier mit Bundeskanzler Adenauer zu unterzeichnen.

Nach etwa achtzehn Monaten seiner Anwendung kann man nicht sagen, daß bisher, außer gewissen Teilergebnissen auf einigen Gebieten, außer den Kontakten, die regelmäßig zwischen Regierungen und Verwaltungen hergestellt werden konnten und von denen wir meinen, daß sie sehr nützlich und auf jeden Fall sehr angenehm sind, kann man nicht sagen, daß der französisch-deutsche Vertrag bis zur Stunde zu einer gemeinsamen Haltung geführt hat. Selbstverständlich gibt es keinen eigentlichen Gegensatz zwischen Bonn und Paris, und es kann ihn nicht geben. Aber ob es sich um die Solidarität Deutschlands und Frankreichs hinsichtlich ihrer Verteidigung handelt, um die in diesem Zusammenhang vorzunehmende Reform an der Atlantischen Allianz, um die dem Osten, besonders den Satelliten Moskaus gegenüber einzunehmende Haltung und zu unternehmenden Schritte oder in Verbindung damit um die Probleme der Grenzen und der Nationalitäten in Mittel- und Osteuropa, ob es um die Anerkennung Chinas und um die wirtschaftspolitischen wie auch die diplomati-

schen Möglichkeiten, die sich Europa gegenüber diesem großen Volk anbieten, um die Fragen des Friedens in Asien und insbesondere in Indonesien und in Indochina, um die Entwicklungshilfe in Asien, in Afrika und in Lateinamerika oder um die Schaffung des gemeinsamen Agrarmarktes und also um die Zukunft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geht, in allen diesen Dingen kann man nicht sagen, das ist wahr, daß sich bis zur Stunde Deutschland und Frankreich auf eine gemeinsame Politik hätten einigen können. Man kann nicht bestreiten, daß das daran liegt, daß Deutschland im Unterschied zu unseren Vorstellungen bisher noch nicht meint, daß die europäische Politik, die Politik Europas europäisch und unabhängig sein muß.

Wenn die Dinge nun ewig in dieser Ungewißheit verharren sollten, würden auf die Dauer sicher im französischen Volk einige Zweifel, und im deutschen Volk einige Beunruhigungen aufkommen, während bei ihren vier Partnern des Vertrages von Rom eine verstärkte Neigung entstehen würde, die Dinge so zu lassen, wie sie sind, bis alles dann vielleicht einmal auseinanderfällt.

Doch in der Welt setzt sich die Kraft der Dinge durch. Wenn Frankreich anstrebt und vorschlägt, ein Europa aufzubauen, das seine eigene, eine europäische und unabhängige Politik besitzt, dann ist es überzeugt, damit dem Gleichgewicht, dem Fortschritt und dem Frieden in der Welt zu dienen. Und außerdem ist Frankreich gefestigt und seiner selbst sicher genug, um Geduld üben zu können, wohlverstanden sofern nicht schwerwiegende äußere Geschehnisse alles in Frage stellen und es veranlassen würden, seinen Kurs mehr oder weniger zu ändern. Übrigens hat der deutsche Bundeskanzler bei der letzten Zusammenkunft unserer Regierungen in Bonn eine baldige deutsche Initiative angekündigt. Bis darüber Klarheit herrscht, verfolgt Frankreich allein mit seinen eigenen Mitteln das, was nach seiner Ansicht eine unabhängige europäische Politik sein kann und sein soll. Es ist eine Tatsache, daß alle Völker froh darüber sind und daß es ihnen dabei nicht schlecht geht.

Das ist es, was ich auf die Europa betreffenden Fragen zu antworten habe.

Frage: Ich wollte Sie bitten, ob Sie uns sagen könnten, auf welchem Stand sich zur Zeit die Entwicklung der französischen Atomstreitmacht befindet und diesbezüglich, was Sie von der Tatsache halten, daß die MLF und andere internationale Bemühungen keine Fortschritte machen.

General de Gaulle: Nun, ich verstehe, daß man in Frankreich und anderswo neugierig darauf ist, auf welchem Stand sich diese ernste Sache befindet. Ich werde etwas sehr weit ausholen, denn das ist meine Art, meine Gewohnheit, um eine Frage richtig zu erklären.
Vor nun neunzehn Jahren hat die erste Atombombe in Hiroshima hunderttausend Menschen getötet. Und in Nagasaki hat danach eine zweite Bombe genauso viele Menschen getötet. Und siehe da, die Japaner, die zweifellos ungewöhnlich mutig sind und damals noch über mächtige militärische Mittel verfügten, haben plötzlich kapituliert, obwohl die Natur des Landes und der Nationalcharakter der Japaner für eine Verteidigung bis zum letzten ganz besonders geeignet gewesen wären. Es hat bedingungslos kapituliert und sich von seinem Feind ganz besetzen, beherrschen und selbst umformen lassen.
Damals hat sich in der Geschichte unseres Universums ein völlig neues Kapitel hinsichtlich der Sicherheit der Staaten und folglich auch ihrer Politik und ihrer Beziehungen untereinander aufgetan. Man kann sagen, daß ein Land, welches über eine Atomwaffe verfügt, in der Lage ist, eine Nation, die sie nicht besitzt, sich auf Gnade und Barmherzigkeit zu unterwerfen. Und man kann weiterhin sagen, daß ein Land, welches die Atomwaffe hat, damit über das Mittel verfügt, eine andere Nation, die sie ebenfalls besitzt, von einem Angriff abzuhalten, weil er für sie darauf hinausliefe, den Tod zu verbreiten, gleichzeitig aber selber mit in den Tod gerissen zu werden.
Amerika und die Sowjetunion haben eine Atomrüstung, die zwischen ihnen eine Art automatisches Abschreckungsgleichgewicht herstellt. Aber dieses Gleichgewicht gewährt direkten Schutz nur ihnen selber; es schützt nicht die anderen Länder der Welt, auch

nicht einmal die, die an die eine oder die andere dieser beiden Großmächte gebunden sind. In der Tat ist es sehr gut möglich, daß die Anliegen und Integrität irgendeines dieser Länder seinem großen Verbündeten gegebenenfalls nicht wichtig genug erscheinen, um ihretwegen zu riskieren, bei der Vernichtung des Rivalen selber vernichtet zu werden.

Es gibt Leute, die glaubten, die Gefahr eines atomaren Konfliktes sei so schrecklich, daß die Vereinigten Staaten und Rußland im gegenseitigen Einverständnis auf diese Waffen verzichten würden. Die zur Zeit stattfindende vergebliche und endlose Genfer Konferenz ist von dieser Illusion ausgegangen. Bei der augenblicklichen weltpolitischen Lage ist die Hypothese jedoch unwahrscheinlich. Die Tatsache, daß Amerika und die Sowjetunion ihre Atomrüstung besitzen, gibt ihnen eine solche Sicherheit und gibt ihnen andererseits innerhalb des jeweiligen Blocks ein so starkes Mittel für die Ausübung ihrer Hegemonie, daß sie nicht auf sie verzichten werden. Kein anderer Staat würde an ihrer Stelle darauf verzichten, wie seine Ideologie, seine Natur und seine Propaganda auch beschaffen sein mögen. Daraus ergibt sich, daß die Länder, die keine Atomrüstung besitzen, gezwungenermaßen glauben, eine strategische und folglich politische Abhängigkeit von derjenigen der beiden Riesenmächte akzeptieren zu müssen, die sie nicht bedroht.

Frankreich hat es zwar bedauert, daß die beiden in Frage stehenden Riesenreiche nicht abrüsten – außer natürlich in Form eines provisorischen Abkommens, das lediglich auf eine gewisse Verlangsamung der Produktion abzielte, ihnen jedoch auch weiterhin die Aufrechterhaltung und Steigerung ihres ungeheuren Zerstörungspotentials gestattet. Sobald Frankreich über sich selbst wieder verfügen konnte, hielt es es für notwendig, die erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um seinerseits Atommacht zu werden. Es muß daher allerdings die Folgen einer langen Verspätung aufholen, die durch den Krieg, die Gesetzgebung und den Wiederaufbau von all dem, was zerstört war, verursacht wurde – aber auch die Verzögerung seines politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufstiegs mit in Kauf nehmen. Außerdem kann Frankreich nur auf die französischen Möglichkeiten zählen, während die Vereinigten Staaten und Sowjetruß-

land sich seinerzeit die Hilfe europäischer Wissenschaftler und Techniker zunutze machen konnten und Großbritannien weitgehend von den amerikanischen Versuchen profitieren konnte. Natürlich erreicht die Gesamtheit unserer wissenschaftlichen, technischen, industriellen und finanziellen Mittel bei weitem nicht die Gesamtheit der Mittel der beiden Riesenmächte. Und doch haben wir mit dem Werk begonnen und machen Fortschritte. Zugleich beleben die Anstrengungen auf dem Gebiet der Forschung, der Erfindungen und der praktischen Verwirklichungen, welche die Atomrüstung als solche mit sich bringen, unser wissenschaftliches, technisches und industrielles Leben sehr wirksam. Und so erreichen wir gerade jetzt das Stadium praktischer Ergebnisse. Die erste atomare Luftwaffeneinheit Frankreichs wird noch in diesem Jahr einsatzbereit sein. Im Jahre 1966 werden wir über genügend ‹Mirage IV› und Tankflugzeuge verfügen, um auf einmal mehrere Tausende von Kilometern weit Bomben zu transportieren, deren gesamte Kraft die von 150 Hiroshima-Bomben übertreffen wird. Andererseits sind wir dabei, von den A-Geschossen, den Fissionsgeschossen, zu den H-Geschossen, den Fusionsgeschossen überzugehen, die vom Boden abgeschossen werden. Heute noch wird der Premierminister abreisen, um die weit entfernt liegenden einsamen Plätze zu inspizieren, wo wir unter den für Durchführung und Sicherheit günstigsten Bedingungen die erforderlichen Versuche machen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß in sechs Jahren die Zerstörungskraft der Abschreckungswaffe Frankreichs in ihrer Gesamtheit die von 2000 Hiroshima-Bomben übertreffen wird. Und das nennen nun einige offensichtlich voreilige Opponenten das ‹französische Bömbchen›. So eröffnet sich vor uns die Aussicht auf unsere künftige Rolle als Abschreckungsmacht; denn ein Angriff auf Frankreich wäre – für wen auch immer – gleichbedeutend mit furchtbaren Zerstörungen. Gewiß werden wir nicht so viele Megatonnen einsetzen können wie die Amerikaner oder Russen. Von bestimmten atomaren Möglichkeiten ab hat jedoch die Proportion der Mittel für die direkte Verteidigung eines Landes keinen absoluten Wert mehr. Denn da ein Mensch und ein Land nur einmal zugrunde gehen können, besteht die Abschreckung, sobald man die Möglichkeit hat, den eventuellen Angreifer tödlich zu verwunden,

wenn man dazu entschlossen ist, das zu tun, und wenn der eventuelle Gegner davon überzeugt ist. Aus diesem Grunde ist die Atommacht für Frankreich nicht nur eine unvergleichliche Sicherheitsgarantie, sondern sie stellt in einer gefährlichen Welt auch einen neuen und mächtigen Faktor der Weisheit und Umsicht dar.

Natürlich stößt das Aufrücken Frankreichs in die Reihe der Atommächte bei uns auf gewisse Widerstände. Gegen diese neue Macht ersteht die klassische Allianz von Demagogie und Routine. Diese Allianz hatte uns einmal gehindert, angesichts der Ambitionen Bismarcks unsere Armee zu reformieren, und trug daher viel zu unserer Niederlage von 1870 bei. Die gleiche Allianz beraubte uns vor 1914 der schweren Artillerie. Weil diese uns fehlte, waren während des Ersten Weltkrieges unsere Verluste bei weitem höher als die des Feindes; erst nach drei Jahren erschöpfender Kämpfe verfügten wir endlich über die nötigen Kanonen. Diese Allianz hielt Regierung und Oberkommando davon ab, die mechanisierten Panzerverbände aufzustellen, während sich die Deutschen mit jenen ‹Panzerdivisionen› ausrüsteten, deren Auswirkungen bekannt sind. Und diese gleiche Allianz beklagt sich heute mit lautem Geschrei über die angeblichen ‹schwindelerregenden Kosten› dieser neuen Rüstung, während diese Kosten in Wirklichkeit im Jahr nicht ein Hundertstel unseres Nationaleinkommens erreichen, nicht ein Viertel unserer Militärausgaben und nicht die Hälfte der Summe, die wir für die staatlichen Ruhestandsgehälter und Pensionen ausgeben, auch nicht die Summe dessen, was wir in Form von Sozialleistungen den Bauern zukommen lassen. Gleichzeitig gestatten uns besagte Kosten jedoch, die Truppenstärke unserer Armee und die Dauer des Militärdienstes um die Hälfte zu verringern.

Diesmal entspringen jedoch die Widerstände nicht einer simplen Ablehnung der Reformen. In Wirklichkeit sind sie von den Leuten inspiriert, die zwar zwei entgegengesetzte Auffassungen vertreten, die aber beide darauf hinauslaufen, Frankreich zu einem Land minderen Grades zu machen und der Hegemonie dieser oder jener ausländischen Macht zu unterstellen. Es sind einmal die Leute, die bei uns gerne eine totalitäre Diktatur errichten würden und folglich wünschen, daß wir gegenüber dem Osten

nicht über die Mittel verfügen, uns zu verteidigen; zum anderen sind es Befürworter des amerikanischen Protektorats, die von der Aussicht auf ein gegenüber seinen Verbündeten eigenständiges Frankreich beunruhigt sind. Ich glaube jedoch weniger denn je, daß diese Widerstände, die aus zwei verschiedenen Richtungen kommen, die aber in ihrem Wunsch nach einer untergeordneten Rolle für Frankreich einig sind, die französische Nation zu überzeugen vermögen. Darum werden wir unsere Anstrengungen auf dem Gebiet der atomaren Rüstung auf kurze, mittlere und lange Sicht fortsetzen, in der Überzeugung, damit der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklung des Landes zu dienen, unsere Armee an Körper und Geist zu erneuern, so wie es die neue Zeit verlangt, und vor allem damit Frankreich die Mittel zur Gewährleistung seiner Sicherheit und Unabhängigkeit und damit zu seiner Arbeit zugunsten des Gleichgewichts und Friedens der Welt zu geben.

Dokument Nr. 2

Erklärung des Außenministers Couve de Murville vor der Nationalversammlung am 3. November 1964

«Die außenpolitische Debatte, die jetzt vor der Nationalversammlung mit der Erklärung eröffnet wird, die ich die Ehre habe, im Namen der Regierung abzugeben, erfolgt in einem internationalen Zusammenhang, der von den jüngsten Ereignissen bestimmt ist oder von Situationen, von denen jeder weiß, daß sie auf die nächste und vielleicht auch auf die fernere Zukunft entscheidende Auswirkungen haben werden. Aus den ersten, und besonders denjenigen, die Rußland und China betreffen, werde ich versuchen, einige Schlüsse zu ziehen, um bei dieser Gelegenheit an die großen Linien unserer Außenpolitik zu erinnern. Über die zweiten, d. h. über den gegenwärtigen Stand Europas und der Europapolitik, werde ich ausführlicher sprechen und dabei versuchen, die Haltung der Regierung und die unmittelbarsten Ziele, die sie sich gesteckt hat, so genau wie möglich darzulegen. Den Staatshaushalt werde ich in einer anderen Erklärung behandeln, in der ich die mir gestellten Fragen beantworten, und besonders – soweit es notwendig ist – Erläuterungen über die neuen Bestimmungen hinsichtlich der kulturellen Beziehungen, der technischen Zusammenarbeit und des Informationswesens geben werde.»

Regierungswechsel in Großbritannien

«Von den jüngsten Ereignissen ist der Regierungswechsel in Großbritannien dem Datum nach das erste. Ich kann es natürlich nur streifen und hinzufügen, daß wir jedenfalls mit diesem Lande, unserem Nachbarn und unserem sehr alten Verbündeten, vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten wünschen. In dieser Hinsicht haben die in London kürzlich getroffenen oder angekündigten Maßahmen natürlich eine große Erregung bewirkt. Es steht mir nicht zu, über die Auswirkungen

zu sprechen, die das Aufgeben des ‹Concorde›-Projektes auf unsere Luftfahrtindustrie haben könnte. Aber wir können nur zutiefst bedauern, die Hoffnungen bedroht oder vielleicht enttäuscht zu sehen, die dieses große Unternehmen sowohl für die Aufrechterhaltung in Europa einer für die Entwicklung moderner Techniken lebenswichtigen industriellen Tätigkeit als auch für eine wirksame französisch-britische Zusammenarbeit hatte aufkommen lassen. Was die Maßnahmen auf dem Handelssektor betrifft, die schon zur Durchführung gelangt sind, so werden ihre ersten Folgen auf den Austausch nicht ausbleiben. Es sind schon internationale Besprechungen im Gange, und es ist noch zu früh, sich ein endgültiges Urteil zu bilden oder über die zu treffenden Maßnahmen zu beschließen.»

Lage in Rußland

«Der Regierungswechsel in Rußland ist gewiß weniger erwartet worden als in England, und er hat deshalb sowie aus anderen Gründen zu verschiedenen Kommentaren und Auslegungen Anlaß gegeben. Die neuen sowjetischen Machthaber haben uns sogleich, und gleichzeitig den meisten anderen Ländern der Welt, mitgeteilt, daß das Ausscheiden von Herrn Chruschtschow keine Änderung der Moskauer Außenpolitik bedeute, besonders hinsichtlich dessen, was man dort als friedliche Koexistenz zu bezeichnen pflegt, d.h. die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen mit anderen Staaten. Wir haben das wie alle anderen zur Kenntnis genommen, in dem Wunsch, den auch wir haben, mit den Sowjets normale Beziehungen zu unterhalten und, nach Maßgabe der gegenseitigen Interessen, unsere wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Beziehungen zu entwickeln. Die Regierung hat übrigens soeben mit der sowjetischen Regierung ein langfristiges Handelsabkommen geschlossen, aus dem sich ein wesentlicher Anstieg unserer Ausfuhren, besonders unserer Investitionsgüterexporte ergeben dürfte.
Mit Hinblick auf die eingetretenen Ereignisse und die Umstände, unter welchen sie sich vollzogen haben, kann man nicht umhin, sich einige Fragen über das Wesentliche der Lage dieses riesigen

Staates zu stellen, ich meine was seine Strukturen, seine Wirtschaft und seine Beziehungen mit dem Ausland betrifft.

Was die Strukturen betrifft, so ist es klar, daß die mit der sogenannten Entstalinisierung eingeleiteten politischen Veränderungen noch lange nicht abgeschlossen sind. Die Entwicklung, die sich unabwendbar fortsetzen wird, selbst wenn sie noch gewisse Wandlungen erfahren sollte, wird zwangsläufig weitgehende Folgen haben, auch auf die anderen kommunistischen Parteien und nicht nur die sowjetische Partei.

Was die russische Wirtschaft betrifft, so ist man immer über das Anhalten der Schwierigkeiten der Landwirtschaft erstaunt, d.h., um es klar zu sagen, über das Anhalten der unzureichenden Ernten. Man ist auch erstaunt über die chronische Unzulänglichkeit der leichten Industrien und der Verbrauchsgüterindustrie. Das scheint mit dem starren Wirtschaftsregime zusammenzuhängen, das dem Menschen und seinen natürlichen Reaktionen, die gesund und schöpferisch sein können, keinen Spielraum läßt. Auch in dieser Hinsicht sind Veränderungen unvermeidlich, und ihre Auswirkungen auf politischem Gebiet werden nicht ausbleiben.

Was schließlich seine Beziehungen mit dem Ausland betrifft, so scheint für Rußland alles noch von dem Konflikt mit China beherrscht zu sein. Was auch immer in den nächsten Monaten kommen mag, die nationalen Oppositionen, die Machtkämpfe innerhalb der kommunistischen Welt, die unvermeidlichen Unvereinbarkeiten einer relativ begüterten Nation, wie die Sowjetunion, mit der zahllosen proletarischen Masse Chinas werden noch lange bestehen bleiben und folglich jegliche Zusammenarbeit sehr ungewiß machen.

Die hintereinander erfolgten Ankündigungen über die erste chinesische Atomexplosion und einen neuen nuklearen Versuch in Rußland unterstreichen noch die Lage, auch wenn natürlich die Bedeutung des einen und des anderen Ereignisses nicht mit dem gleichen Maßstab gemessen werden kann. Die Explosion von Sinkiang ist nur hinsichtlich des Zeitpunktes eine Überraschung. Die Regierung von Peking hat selbst niemals ein Geheimnis aus ihren Absichten und Plänen gemacht. Doch die vollendete Tatsache ist immer von Bedeutung. China ist nunmehr zur fünften

Atommacht geworden. Selbst wenn der Weg noch weit ist, den es zurücklegen muß, um wirklich über die Atomwaffe zu verfügen, so macht es sich auf politischer Ebene schon bemerkbar, daß sich die Dinge auch für China geändert haben. Der Eindruck ist in der ganzen Welt so stark, daß man wieder einmal die ganze Tragweite der atomaren Tatsache allein ermißt, selbst wenn es noch einer langen Zeit bedarf, bis sich diese Tatsache zu einer effektiven Macht auswirkt.»

Problem der Kernwaffen

«Damit ist das Weltgewissen erneut vor die Frage der Kernwaffe, d. h. vor die Frage ihrer Abschaffung gestellt. Es wird jetzt mit Hinweis auf China, ebenso wie früher mit Hinweis auf Frankreich, viel von der Verbreitungsgefahr gesprochen und von der Notwendigkeit, alles dringend zu unternehmen, um dies zu verhindern. Die Regierung war immer der Meinung, daß dieses Problem schlecht angefaßt wurde. Gewiß könnte man einer Aktion, die darauf ausginge, den Zutritt neuer Staaten zum Kreis der Atommächte zu verhindern, voll zustimmen, jedoch nur dann, wenn dieser gleichzeitig auch sein eigenes Verschwinden betriebe. Wie will man anderen verbieten – wenn sie nicht selbst freiwillig darauf verzichten –, was man sich selbst erlaubt? Die Erfahrung hat übrigens bewiesen, daß dies nicht gelingt, es sei denn, daß man mit Gewalt vorgeht, was, soviel mir bekannt ist, niemals ins Auge gefaßt wurde. Die Lösung, die einzige Lösung liegt in der totalen Vernichtung der vorhandenen Waffen und in dem Verbot jeder neuen Herstellung, beides unter einer wirksamen Kontrolle. Wir haben verzeichnet, daß sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen in diesen Tagen gleichfalls in diesem Sinne ausgesprochen hat. Er hat gleichzeitig direkte Verhandlungen zwischen allen gegenwärtigen Atommächten angeboten. Das hat die französische Regierung seit jeher verlangt, denn es gibt keine andere praktische Methode, einen Fortschritt zu erzielen, sofern zumindest der Wille zu einem Fortschritt vorhanden ist.»

Gleichgewicht der Welt

«Das trifft auf die Atomrüstung ebenso zu wie auf das allgemeine Gleichgewicht in der Welt, d.h. auf die Bedingungen einer friedlichen Organisation der internationalen Beziehungen. Man muß sich dazu durchringen – und das geschieht übrigens nach und nach –, die Fragen und Tatsachen als solche zu betrachten und nicht durch die Brille einer bestimmten Denkweise, gewisser Bequemlichkeiten oder bestimmter Einflüsse. Frankreich ist überzeugt, daß wenn auch grundlegende Meinungsverschiedenheiten, und zwar noch für lange Zeit, zwischen den Ländern der freien Welt und jenen des Totalitarismus weiterbestehen, die Zeiten einer strikten Teilung in starr organisierte Blöcke vorbei sind. Im Lager der totalitären Staaten sind die Dinge schon ziemlich weit vorangeschritten. Die Emanzipation nimmt präzise Formen an, sie verwandelt sich sogar in einem wesentlichen Fall in einen heftigen Antagonismus. Die freien Länder werden niemals in diese Extreme verfallen. Ihre gegenseitigen Beziehungen waren seit jeher anderer Natur. Es ist jedoch natürlich und übrigens unvermeidlich, daß sich diese Beziehungen wandeln im Sinne der Wiederentdeckung der eigenen Verantwortung eines jeden. Aus dieser Umwandlung, aus jener der kommunistischen Welt und aus der Erlangung der vollen Souveränität der zahlreichen früher kolonisierten Länder, von denen gewisse von großer Bedeutung sind, muß in der Welt ein neues Gleichgewicht erstehen, das stabiler ist als jenes des kalten Krieges, weil es natürliche Fundamente haben wird, und dessen endgültige Form sich vielleicht schon in gewissen beginnenden regionalen Umgruppierungen erkennen läßt. Das läßt sich zumindest für Europa sagen und für Lateinamerika annehmen.»

Lateinamerika

«Ich habe von Lateinamerika gesprochen. Der Herr Präsident der Republik hat im Laufe dieses Jahres die meisten Länder dieses riesigen Kontinents besucht, Mexiko im Frühjahr, die zehn Staaten Südamerikas im September und Oktober. Es waren zwei

Reisen, deren außerordentliche Bedeutung offenkundig ist. Jeder kennt auch den unvergeßlichen Empfang, den alle besuchten Länder ohne Ausnahme General de Gaulle und Frankreich bereitet haben. Nach und nach werden sich die tiefen Folgen dieser riesigen Kundgebung der Freundschaft und des Verstehens auf politischem und auf allen anderen Gebieten auswirken. Schon heute kann man daraus einige Schlüsse ziehen.

Der erste ist natürlich der, daß es sich für Frankreich nach seiner Abwesenheit während des letzten Weltkrieges, und auch nach einer relativen Abwesenheit, die auf den Ersten Weltkrieg zurückgeht, d.h. während fünfzig Jahren, um eine Rückkehr nach Lateinamerika handelte. Der unglaubliche Elan an Sympathie und selbst Zuneigung, der dabei zutage trat, hat in eklatanter Weise gezeigt, daß die Gefühle trotz dieser Prüfungen erstaunlich treu geblieben sind, daß unsere politische und kulturelle Anwesenheit nicht ernstlich Schaden erlitten hat und daß Frankreich dort noch immer erwartet und entsprechend empfangen wurde, weil der Sinn seiner menschlichen Sendung überall verstanden wird. Es stand uns natürlich nicht zu, anläßlich eines solchen Besuches auch dieses Europa zu repräsentieren, das in Südamerika die Quelle aller Zivilisation war. Doch es war klar, daß Frankreich und Europa bei dieser Reise in spontaner Weise verbunden waren, und daß Europa durch Frankreich immer gegenwärtig war.

So verschieden die einen und die anderen auch sein mögen und wie stark auch die Eigenpersönlichkeit eines jeden von ihnen zur Geltung kommen mag, diese Länder haben grundlegende Probleme gemein: das der politischen und wirtschaftlichen Stabilität und das der Ausbildung ihrer Menschen. Mit anderen Worten, sie müssen die Fundamente ihrer Nation und ihres Staates durch tiefgreifende Reformen konsolidieren, ethnische und soziale Fragen lösen, vor allem aber das Agrarproblem, denn es gilt, den Schwankungen des Nationaleinkommens ein Ende zu setzen, die durch eine allzu große Abhängigkeit – vor allem bei den Monokulturländern – von den schwankenden internationalen Kursen hervorgerufen werden, und schließlich müssen die Menschen technisch ausgebildet werden, denn ohne sie wäre es zwecklos, von Entwicklung und Fortschritt zu sprechen. Diese dreifache Aufgabe kann nur von den Ländern selbst unter ihrer vollen Verant-

wortung unternommen und mit Erfolg durchgeführt werden. Doch es kann ihnen mit jeder Art von Zusammenarbeit, die ihre nationale Unabhängigkeit und Würde nicht antastet, geholfen werden. Wer erkennt nicht, daß Frankreich ganz natürlich berufen ist, um sich an einer solchen Hilfe zu beteiligen? In politischer Hinsicht bietet es seine Gedanken, das Beispiel seiner eigenen Anstrengungen und eine Freundschaft ohne Hintergedanken und Zwang. In wirtschaftlicher Hinsicht ist es zweifellos die einzige der großen Mächte, die sich auch noch in jüngster Zeit auf der großen Welthandelskonferenz in Genf der Frage der Stabilisierung der Rohstoffkurse angenommen hat, ebenso wie es innerhalb des Gemeinsamen Marktes für eine wirkliche Organisation der Agrarmärkte auf der Basis vernünftiger Weltmarktpreise eingetreten ist. Die Ausbildung der Menschen schließlich ist sein besonderes Anliegen.
Das ist auch im Laufe dieser Reise gesagt worden, und jetzt kommt es darauf an, daß wir die Aktion fortsetzen und entwikkeln. Das wird für unsere Freunde in Lateinamerika von Nutzen sein, es wird aber auch für Frankreich gut sein. Einmal wird seine Lage in der Welt dadurch gestärkt, und zum anderen würde ein erstarktes stabileres und wohlhabenderes Lateinamerika ein lebenswichtiges Element für das allgemeine Gleichgewicht werden. Deshalb würde übrigens alles, was für Lateinamerika und für uns gut ist, ebenso allen anderen zum Nutzen gereichen, weil sich dies auf den Frieden günstig auswirken würde.»

Europapolitik

«In diesem Sinne hat Frankreich auch seit jeher die Europapolitik aufgefaßt, d. h. die Aussichten, eine wirkliche Union Westeuropas auf allen Gebieten zu bilden, sowohl auf dem Gebiet der Politik wie der Wirtschaft, der Verteidigung und der Kultur. Die Schaffung einer solchen Union mit ihrer eigenen Wirtschaft, mit einer eng verschwisterten Kultur, einer Union, die bemüht wäre, eine gleiche Außenpolitik festzulegen und zu verfolgen, die es fertig brächte, ihre Verteidigungsanstrengungen zu koordinieren, wäre das nicht das erstrebenswerte Unternehmen, das uns vorschwebt

und geeignet wäre, Europa den verlorenen Platz wiederzugeben, weil seine Möglichkeiten dadurch verzehnfacht und in der Welt einen unersetzlichen Faktor des Gleichgewichts, der Vernunft und des Friedens bilden würden? Das sind schon seit Jahren und das sind auch heute noch unsere Ziele und unsere Hoffnung. Viel ist auf einem wichtigen Gebiet, dem des Handelsaustausches und der Wirtschaft, d. h. des Gemeinsamen Marktes, schon verwirklicht worden. Doch man muß zugeben, daß das Wesentliche noch zu tun übrigbleibt, nicht nur, weil die schwierigsten Fragen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch zu regeln sind, sondern auch, weil auf dem Gebiet der Politik und Verteidigung das Problem praktisch noch ganz offensteht.
Es ist nicht schwer, die Gründe hierfür zu finden. Solange man sich auf der Ebene der Allgemeinheiten bewegt – besonders wenn sie verlockend sind –, ist die Einmütigkeit leicht zu erreichen, selbst wenn jeder in Europa oder außerhalb sich eine eigene Auslegung vorbehält. Doch wenn man dann an das Konkrete herangeht, ist alles anders. Das ist das Stadium, an dem Europa angelangt ist. Sogleich sind die wirklichen Schwierigkeiten aufgetreten, diejenigen, die sich einmal aus der Infragestellung – im Namen der Gemeinschaft – wesentlicher nationaler oder als solche betrachteten Interessen ergeben, und zum anderen aus den Einwirkungen, welche die Entwicklung dieser Gemeinschaft selbst nicht nur hinsichtlich des Handelsaustausches, sondern auch der Politik und der Verteidigung auf die Interessen oder die Politik anderer Länder, vor allem der befreundeten Länder haben kann.
Hier zeigt sich natürlich, daß das Unternehmen sich entwickelt, denn man stößt erst auf Schwierigkeiten, wenn man Fortschritte macht. Das Schlimmste wäre, es verbergen zu wollen, selbst auf die Gefahr hin, in der Zweideutigkeit zu verharren, denn dadurch würde man sich aller Mittel berauben, gemeinsam eine Lösung zu finden. Eine solche Politik der Bequemlichkeit würde vielleicht bei vielen Anklang finden. Das würde sicherlich für die Skeptiker und all die zutreffen, die im Grunde ihres Herzens nicht wünschen, daß das geeinte Europa eines Tages dasjenige wird, welches ich vorher zu definieren versuchte, ich meine ein wirklich geeintes und wirklich europäisches Europa.
Jeder ist oder war zumindest lange Zeit überzeugt, daß die Wie-

derversöhnung und dann die Errichtung einer freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland eine unerläßliche Voraussetzung für eine solche Politik ist. Das war und ist noch immer das ehrliche Gefühl der Regierung, und für sie gibt es für das Bestehen des Vertrages vom Januar 1963 keinen anderen Grund.

Die Wiederversöhnung ist verwirklicht. Die Vernunft der beiden Völker hat sie übrigens niemals in Frage gestellt. Die Zusammenarbeit hat sich wie im Vertrag vorgesehen eingespielt. Zwischen den Verwaltungen beider Seiten besteht eine gute Zusammenarbeit, und die Regierungskontakte finden regelmäßig statt. Doch auch hier wäre es sinnlos, sich der Zweideutigkeit hinzugeben: die Festlegung einer gemeinsamen Politik sowie die systematische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung sind nicht verwirklicht. Auch hierfür gibt es die gleichen Gründe: sobald man sich auf die Ebene der entscheidenden Realitäten begibt, erheben sich Schwierigkeiten, die sich nicht nur in der verschiedenartigen Beurteilung der Lage und der Blickrichtung, sondern auch in gegensätzlichen Interessen oder in einer verschiedenen Auffassung der Beziehungen nach außen ausdrücken. Ich werde später einige Erläuterungen über die politischen und militärischen Aspekte dieser Frage geben. Doch ich möchte schon jetzt sagen, daß die Schwierigkeiten vor allem wegen der Vervollkommnung des Gemeinsamen Marktes, d.h. wegen der Agrarpolitik seit langem aufgetreten waren und sich seit sechs Monaten deutlicher abgezeichnet haben.

Die Regierung zieht hieraus keineswegs den Schluß, daß die Konzeption des Vertrages schlecht war, selbst wenn er seinerzeit auf den Widerstand zahlreicher Kreise stieß, die uns seit langem die Wiederversöhnung predigten und dann weniger Wert darauf zu legen schienen, als sie sich zu verwirklichen begann. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist notwendiger denn je. Wenn sie auf Schwierigkeiten stößt, so ist es nicht der Vertrag, der abgeschafft werden muß, sondern es müssen vielmehr die Schwierigkeiten beseitigt werden. Wir sind fest entschlossen, uns dafür einzusetzen.»

«Das betrifft vor allem den Gemeinsamen Markt, denn hier handelt es sich im Augenblick um die einzige europäische Realität. Am 28. April d. J. habe ich vor der Nationalversammlung festgestellt, daß ‹bei Jahresende die Gemeinschaft wieder lebendig und gestärkt war, da sie es verstanden hatte, sich über den zweiten Teil ihrer gemeinsamen Agrarpolitik zu einigen›. Ich sagte weiter, ‹so hat dieses Jahr unter guten Vorzeichen begonnen: es verzeichnet eine positive und fest umrissene Haltung für die großen Tarifverhandlungen der Kennedy-Runde ... Die Zollunion wandelt sich allmählich zu einer wirklichen Wirtschaftsunion›.
Inzwischen sind sechs Monate vergangen, sechs Monate, während welcher die Ereignisse unseren Erwartungen leider nicht entsprochen haben. Deshalb muß ich die Nationalversammlung darüber aufklären, wie die Regierung heute sich gezwungen sieht, die Lage zu beurteilen. Es geht natürlich auch hier um die gemeinsame Agrarpolitik und die Genfer Tarifverhandlungen, also die Kennedy-Runde. Auf industriellem Gebiet haben sich die Dinge normal entwickelt. Man kann zwar bedauern, daß die Zollunion schnellere Fortschritte macht als die Wirtschaftsunion, doch es handelt sich hier um komplizierte Probleme, von denen man hoffen kann, daß die Mitgliedsländer mit ihnen mit der Zeit fertig werden.
Doch auf landwirtschaftlichem Gebiet haben wir allen Grund, ernstlich beunruhigt zu sein. Wir stellen fest, daß die Brüsseler Arbeiten nach der am Ende des vergangenen Jahres vollbrachten Anstrengung keinen Fortschritt mehr machen. Die Europäische Gemeinschaft hat noch keine Marktordnungen für den Zucker und die Ölfrüchte fertiggestellt. Hätte sie es getan, würden diese Regelungen die lange Liste derjenigen vervollständigen, die schon angenommen worden sind, aber die große Frage des gemeinsamen Preises würde sich auch hier wie für die anderen Erzeugnisse stellen.
In Ermangelung der gemeinsamen Preise hat die in Brüssel seit 1961 geleistete bedeutende Arbeit kaum eine wirtschaftliche Tragweite. Es ist zweifellos ein Rahmen von hohem technischem Wert,

doch es ist nur ein Rahmen, innerhalb dessen, in Ermangelung dieser für die sechs Mitgliedsländer gemeinsamen Preise, sich eine wirkliche gemeinsame Agrarpolitik entwickeln kann. Weit mehr noch, es ist ein Rahmen, innerhalb dessen die Gefahr besteht, daß nicht eine gemeinsame Agrarpolitik, sondern eine oft übertrieben protektionistische Politik betrieben wird. Es ist ein Rahmen, innerhalb dessen sich unrentable Produktionen auf Kosten normaler Absatzgebiete der wettbewerbsfähigeren Partner des Gemeinsamen Marktes entwickeln: der Hähnchenkrieg hat es deutlich bewiesen. Damit ist die Notwendigkeit ausgesprochen, für die Milch einen gemeinsamen Richtpreis festzusetzen, für das Rindfleisch einen Mindest- und einen Höchstpreis, und selbst, wenn möglich, zumal hierin schon eine Verzögerung eingetreten ist, einen einheitlichen Richtpreis.

Da die gemeinsame Agrarpolitik auf dem Gedanken beruht, daß, wenn die sechs Länder aus Drittländern Lebensmittel einführen, statt diejenigen zu verbrauchen, die an Ort und Stelle erzeugt werden, die so künstlich erzeugten Überschüsse eine gemeinsame finanzielle Last sind, ist es selbstverständlich, daß die in der Nacht zum 14. Januar 1962 angenommene Finanzregelung in gewissen Teilen nur bis zum 30. Juni 1965 gültig ist und rechtzeitig vervollständigt werden muß.

Bleibt noch die schwierigste Frage, die Festsetzung eines gemeinsamen Getreidepreises. Die Nationalversammlung weiß, daß die EWG-Kommission vorgeschlagen hat, diesen Preis sofort festzusetzen und die Anpassung der nationalen Preise in einem Zug zu vollziehen, und nicht durch schrittweise Angleichungen, wie es die Regelung von 1962 vorsieht. Sie weiß auch, daß gewisse vorübergehende Kompensationen ins Auge gefaßt worden sind, um den Schwierigkeiten Rechnung zu tragen, auf welche die Regierungen stießen, deren Landwirte infolge des gemeinsamen Preises niedrigere Verkaufserlöse erzielen würden. Man nennt dies den Mansholtplan. Es ist selbstverständlich, daß der gemeinsame Preis ein mittlerer Preis sein soll, und zwar aus Gründen der allgemeinen Wirtschaftspolitik und um aus dem Europa der Sechs nicht eine systematisch überschüssige Zone zu machen.

Die deutsche Regierung ließ verlauten, daß es ihr unmöglich sei, jetzt in der Frage der Getreidepreise eine Entscheidung zu tref-

fen, ohne übrigens irgendeine Garantie dafür zu geben, daß sie sich später entscheiden wird oder kann.

Was sich nun im Laufe des Jahres 1964 ereignet hat, gibt zu denken Anlaß. Die Bundesregierung wollte zuerst in der Tat die Preise festsetzen, damit die Gemeinschaft in der Lage sei, in Genf über die Landwirtschaft zu verhandeln, hat dann aber auf diesen Plan verzichtet, als sich herausstellte, daß die Vereinigten Staaten in Wirklichkeit nicht über die Stützungsbeträge nach der von den sechs Staaten vorgeschlagenen Formel, derzufolge gemeinsame Preise unerläßlich wären, verhandeln wollen, sondern über quantitative Garantien für die Einfuhr in den Gemeinsamen Markt der Sechs. Diese Schwankungen zeigen, daß eine Festsetzung gemeinsamer Preise noch nicht einmal im Jahre 1966 sicher ist.

Unter diesen Umständen muß man heute feststellen, daß sich eine anläßlich der Ratifizierungsdebatte über den Vertrag von Rom von der Nationalversammlung 1957 eingehend erörterte Hypothese bewahrheitet, nämlich, daß die Agrarpolitik, weil sie im Vertrag selbst nicht festgelegt worden ist, nie verwirklicht würde. Es wurde damals in der Tat behauptet, daß während die Öffnung der Grenzen auf industriellem Gebiet automatischen Charakter habe, wir eines Tages kein Druckmittel auf unsere Partner haben würden, wenn sie zögern sollten, den entscheidenden Schritt für die Schaffung der europäischen Einheit zu tun, der in der gemeinsamen Agrarpolitik besteht. Muß man also feststellen, daß hier die Europäische Gemeinschaft versagt hat und ihre Existenz selbst in Frage stellt?

Alles, was ich Ihnen sagen kann, ist, daß wir beobachten werden, wie sich die Verhandlungen in Brüssel entwickeln, nicht nur in der Frage des Getreidepreises, sondern auch, was die Milcherzeugnisse, das Fleisch, die Finanzregelung und die Marktordnungen für weitere Produkte, die noch festzulegen sind, betrifft.

Inzwischen muß Frankreich entsprechend den Zerfallsrisiken handeln, die das Verhalten gewisser Partner in Betracht zu ziehen uns zwingt und was bis zur Vervollkommnung der gemeinsamen Agrarpolitik auch weiterhin eine Belastung sein dürfte. Das bedeutet, daß wir die nun kommende Periode nur als eine Wartezeit betrachten können, an deren Ende, wenn unsere Hoffnungen

verwirklicht werden, die Europäische Gemeinschaft erst ihre volle Bestätigung finden würde.

Besonders hinsichtlich der von der Kommission vorgelegten oder von den Mitgliedsländern erwogenen Beschleunigungspläne bewirken die von mir erwähnten Vorsichtsmaßnahmen die Ablehnung jeder Maßnahme, die im striktesten Sinne im Vertrag nicht vorgesehen ist. Ich meine besonders die Inkonsequenz, die auf unserer Seite mit der Zustimmung zur Beschleunigung des Zollabbaus innerhalb der Gemeinschaft zu verzeichnen wäre, und dadurch die Festsetzung eines unwiderruflichen Zeitpunktes für die Beendigung der Übergangsperiode, während das Schicksal der gemeinsamen Agrarpolitik noch immer im Ungewissen bliebe.»

Kennedy-Runde

«Was die Tarifverhandlungen in Genf betrifft, so haben wir am 23. Dezember vorigen Jahres der von Herrn Hallstein geleiteten Kommission, der in dieser Hinsicht der Sprecher der Gemeinschaft ist, wie es der Vertrag vorsieht, unsere Vollmacht gegeben. Diesem Mandat bleiben wir treu. Es ist offenkundig, daß dieses Mandat auf landwirtschaftlichem Gebiet nur dann zu positiven Ergebnissen führen kann, wenn die Gemeinschaft in der Lage ist, gemeinsame Preise aufzuweisen. Ist die Gemeinschaft dazu nicht in der Lage, so kann die Schuld nicht Frankreich zugeschoben werden. Es kann also nicht zu einem Abschluß kommen, denn wir sind nicht geneigt, die gemeinsam angenommenen Beschlüsse zu ändern, aus dem einfachen Grund, weil die deutsche Regierung zögert, ihre Verantwortungen zu übernehmen.

Auf industriellem Gebiet werden die soeben von der britischen Regierung getroffenen Maßnahmen durch Errichtung eines zusätzlichen Zolls von 15 % auf alle industriellen Einfuhren sicher von einschneidendem Einfluß sein und das Unternehmen selbst in gewisser Hinsicht zum Irrealen stempeln. Andererseits verbietet uns die Ungewißheit, die weiterhin in der EWG herrschen wird, solange man nicht weiß, woran man sich in der Frage der gemeinsamen Preise halten soll, unwiderrufliche Verpflichtungen einzugehen, selbst wenn wir uns nicht weigern, ohne gegenseitige Ver-

pflichtungen zu prüfen, wie eine vernünftige Lösung gefunden werden könnte. Zu diesen Gründen, die an sich schon ausreichen, kommt noch folgender, mir wichtig erscheinender Grund: die Schwierigkeiten, auf welche der Versuch der politischen Zusammenarbeit der sechs Länder stößt, berechtigen zur Annahme, daß der Tag noch nicht gekommen ist, an dem in einem festerrichteten Gemeinsamen Markt jene großen europäischen Unternehmen zustande kommen würden, die in der Lage wären, der Konkurrenz der Riesenunternehmen, wie sie die wichtigsten Betriebe der Vereinigten Staaten sind, gleichberechtigt zu begegnen. Deshalb scheint eine starke Senkung des gemeinsamen Außenhandelstarifs unter solchen Umständen unbestreitbare Risiken zu enthalten.
Die Regierung wünscht, daß der Vormarsch eines denkwürdigen Unternehmens bald wieder aufgenommen werden kann, eines Unternehmens, das sich bis jetzt für alle Mitglieder segensreich ausgewirkt hat und – entgegen gewisser Behauptungen – auch auf die Drittländer. Doch es soll niemand an der Festigkeit unserer Entschlossenheit zweifeln. Wenn die grundlegenden Interessen der Nation in Frage gestellt sind und die Regierung glaubt, daß die in der Agrarpolitik aufgetretenen Schwierigkeiten solche grundlegende Interessen und sogar das Gleichgewicht der vor acht Jahren in Rom getroffenen Vereinbarungen in Frage stellen, muß man wohl feststellen, daß das Maß voll ist. Wir sind bereit, die Zukunft offen zu halten und wir hoffen, daß sie günstiger sein wird, aber wir sind nicht bereit, die Trümpfe Frankreichs aus der Hand zu geben.»

Politische Union

«Ich sprach vorhin von den Schwierigkeiten, auf die der Versuch einer politischen Zusammenarbeit der sechs Staaten stößt. Das ist die andere Seite des Bildes der Europapolitik. Frankreich hatte seinerzeit, d. h. 1961 und 1962, Vorschläge unterbreitet. Von den einen angenommen und von den anderen abgelehnt, blieben sie einfach auf der Strecke. Dann erfolgte der Abbruch der Verhandlungen mit Großbritannien und die harten Prüfungen der zweiten Etappe der Agrarpolitik, die schließlich im Dezember

1963 überwunden werden konnten. Wenn diese seither unter den von mir dargelegten Umständen kaum Fortschritte gemacht hat, so sind hingegen die Probleme der politischen Union wieder aktuell geworden. Seit drei Monaten sind sie Gegenstand zahlreicher Kommentare und Erklärungen.

Es gibt hierfür, glaube ich, zwei Gründe. Einerseits haben sich die Ansichten über die Einigung oder den Willen Großbritanniens, heute wirklich an der Schaffung Europas teilzunehmen, in einem zunehmend pessimistischen Sinne entwickelt. Andererseits scheint man jetzt die von uns früher vorgetragenen Gedanken objektiver zu beurteilen, nämlich die Gedanken, denen zufolge man nur beginnen kann, indem man von dem ausgeht, was vorhanden ist, d. h. mit den Ländern und ihren Regierungen, die man in einer gut organisierten Zusammenarbeit zusammenfassen muß, bis man die schließlich notwendigen Einrichtungen schaffen kann.

Bis heute ist keine Verhandlung darüber eingeleitet worden, jedenfalls nicht von Frankreich. Wir haben in letzter Zeit nur interessante Gespräche mit einigen qualifizierten Vertretern der Bundesrepublik und Belgiens geführt, die uns über den gegenwärtigen Stand ihrer Überlegungen unterrichtet haben. Wir hoffen, diesbezüglich bald mit Italien ins Gespräch zu kommen. Doch wir glauben, daß man eine neue Etappe nur mit Vorsicht angehen muß, denn ein neuer Mißerfolg würde die Gefahr mit sich bringen, ihn nicht wieder gutmachen zu können. Wir glauben auch, daß man diese Frage nicht für sich allein, sondern in einem größeren politischen Zusammenhang betrachten muß, denn es wäre sinnlos, sie davon loslösen zu wollen. Dieser Zusammenhang besteht gegenwärtig aus zwei Elementen. Der eine ist die Agrarpolitik. Über sie habe ich mich hinlänglich geäußert. Das zweite ist die Einmütigkeit über die Ziele. Diese sind für Frankreich, ich habe es schon gesagt, einerseits die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung, die auch zu einer gemeinsamen Politik führen könnte. Eine gemeinsame Außenpolitik heißt eine Europapolitik. Es wird von Europa oft gesagt, daß es seinen Platz in einer atlantischen Welt finden muß, deren anderer Pfeiler die Vereinigten Staaten von Amerika wären. Zwischen beiden würde sich ein Dialog anbahnen, der Dialog zwischen Kontinenten.

Ich sage dazu nicht nein; doch wenn es zu einem Dialog kommen

soll, so bedeutet das, daß es zwei Arten von Politik gibt, von denen die eine in Europa und die andere in Washington festgelegt würde. Die zwei Arten von Politik wären grundsätzlich weder feindlich noch widersprechend noch miteinander unvereinbar. Doch es müssen zwei Arten von Politik sein, da aus dem Dialog sonst ein Monolog wird.»

Verteidigung – NATO – MLF

«Was die Verteidigung anbetrifft, so sagte man uns vor nicht allzu langer Zeit, daß die NATO sich ihrer annimmt und es nicht nötig wäre, daß sich die Europäer um sie sorgten. Auch in dieser Hinsicht haben sich die Vorstellungen in unserem Sinne entwickelt und entwickeln sich weiter. Aber es bestehen noch weiter Zweideutigkeiten. Nehmen wir z. B. die Frage der nuklearen Streitmacht, der sogenannten multilateralen Atomstreitmacht. Niemand hat uns noch gesagt, welche wirklichen Ziele sie hat. Alle sind sich darin einig, daß ihre Bedeutung vom militärischen Standpunkt bei weitem nicht erwiesen ist. Worin bestünde also vom politischen Standpunkt gesehen ihre Nützlichkeit? Es ist verständlich, daß Deutschland daraus vielleicht psychologisch einige Genugtuung ziehen könnte. Man sieht, daß die Sowjets, zu Recht oder Unrecht, darüber beunruhigt wären. Man spürt, daß sich daraus innerhalb der NATO eine Spaltungsursache entwickeln könnte, deren Schuld man schwerlich Frankreich aufbürden könnte. Vor allem aber, und das ist für uns vielleicht das Wesentliche, welche Folgen hätte es für die Schaffung einer wirklichen europäischen Union?
All das läßt uns perplex, solange die unerläßlichen Erläuterungen nicht erfolgt sind. So sehen wir uns in diesem Punkt wie in dem der Verteidigung im allgemeinen und der Konzeption einer europäischen Politik zu der Meinung veranlaßt, daß wir mit unseren Partnern sprechen müssen, versuchen müssen, einander zu verstehen und wenn möglich zu verständigen. Das ist die Vorarbeit, die geleistet werden muß, wenn wir alle zusammen den Willen haben, den Weg einer politischen Union einzuschlagen.
Frankreich ist dazu bereit. Es glaubt, daß dann die Verfahrens-

und Organisationsfragen als das, was sie wirklich sind, erscheinen werden, d. h. als relativ sekundär und leicht lösbar, sobald zwischen den Partnern eine grundlegende Einmütigkeit über die Ziele vorhanden ist. Vielleicht benötigt dies Zeit. Es wäre keine verlorene Zeit, besonders, wenn inzwischen der Gemeinsame Markt wieder auf den Weg des Fortschritts gelangt.

Das sind, in dieser lebenswichtigen Frage Europas, die gegenwärtige Lage, die Standpunkte und die Haltung der Regierung. Ich habe der Nationalversammlung von den eingetretenen Schwierigkeiten nichts verschwiegen, denn wenn so wesentliche Interessen auf dem Spiel stehen, darf man keine Illusionen unterhalten noch eine zweideutige Lage schaffen. Die Regierung selbst hat sich seit jeher gehütet, es zu tun, und ich glaube, daß man ihr nicht vorwerfen kann, ihre Absichten jemals verborgen zu haben oder daß es ihr an Entschlossenheit gefehlt hat. Die Union Europas liegt im Interesse Frankreichs. Das liegt in gleichem Maße im Interesse unserer Partner, Deutschland an erster Stelle, denn wer könnte dafür garantieren, daß andere nicht eines Tages ohne sie über ihr Schicksal entscheiden? Europa ist um seiner selbst willen notwendig. Das sind zwei gute Gründe, die vielleicht die Schwierigkeiten erklären, die es auf seinem Wege antrifft, die aber auch unsere Hoffnungen rechtfertigen.»

Dokument Nr. 3

Ansprache General des Gaulles in Straßburg
am 22. November 1964
anläßlich des zwanzigsten Jahrestages der Befreiung Straßburgs

«Diese großartigen Feiern in Straßburg sind dem Jahrestag völlig angemessen, den wir heute begehen. Allen denen, die durch ihre Gegenwart oder im Gedenken daran teilnehmen, danke ich im Namen Frankreichs!

Der Monat November 1944 brachte die siegreiche Rückkehr unserer Streitkräfte in unser Elsaß. Zweifellos haben die Folgen des Zusammenbruchs von 1940 die Mannschaftsstärke und Bewaffnung unserer Streitkräfte, die wir an die Front werfen konnten, stark vermindert. Unsere Anstrengung im Osten mußte also in diesem Augenblick hauptsächlich darauf gerichtet sein, die uns teure Provinz zurückzugewinnen. Freilich war dazu eine weitgehende Unterstützung durch unsere amerikanischen Verbündeten notwendig. Andererseits erforderte die völlige Befreiung des Ober- und Unter-Elsaß lange und harte Kämpfe, in deren Verlauf man sich an bestimmten Tagen sogar fragen konnte, ob der Feind diese heilige Erde nicht zurückerobern würde. Aber letzten Endes war es die französische Armee, die bei der Befreiung und dann der Verteidigung der elsässischen Erde die Hauptrolle gespielt hat. Von allen Erfolgen, die sie in dieser entscheidenden Phase errang, ist die Befreiung Straßburgs bestimmt der hervorragendste.

Am 14. November begann die allgemeine Offensive. In wenigen Tagen erreichte die französische I. Armee den Bonhomme-, Schlucht- und Bussang-Paß, eroberte Belfort, Mülhausen, Altkirch und stieß bei Rosenau und Saint Louis bis zum Rhein vor. Gleichzeitig zerschlug die amerikanische VII. Armee längs der Achse Lunéville-Blamont die erste deutsche Stellung. Jetzt stellte sich die Frage, ob, wann und wie der Feind aus der elsässischen Hauptstadt vertrieben werden könnte, und welcher Kampfverband damit beauftragt würde.

Offen gesagt, es sind rechtzeitig alle Vorbereitungen getroffen

worden, damit diese Chance einer großen französischen Einheit zufiel. Genau zu diesem Zweck war die 2. französische Panzerdivision der VII. amerikanischen Armee angegliedert worden. Am 18. November war General Patch im Westen der Vogesen durchgebrochen und beauftragte nun General Leclerc, durch das Vogesen-Gebirge hindurch diesen Erfolg auszunutzen und Saverne einzunehmen, das den Weg nach Straßburg freigab.
Wenn es auch stimmt, daß Kriegern nur selten eine schönere Gelegenheit geboten worden ist, so ist es doch im gleichen Maße wahr, daß der Kampfgeist, die Kühnheit und die Manövrierfähigkeit der Männer, die diese Gelegenheit ergriffen, niemals übertroffen wurden. Die Division Leclerc – unterteilt in die vier Gruppen Langlade, Dic, Rémy und Guillebon – durchquerte in ständigem Kampf die Vogesen über Oirey, Voyer, Rehtal und Dabo und wählte dabei die schwierigsten Wege, um den Gegner immer wieder zu überraschen. Sie trieb ihre Panzer, Kanonen und Lastwagen mitten in die deutschen Verteidigungslinien vor, in die völlig verblüfften Einheiten des Gegners und in seine auf der Flucht befindlichen Kolonnen. Damit hat sie ein wahres militärisches Meisterstück vollbracht.
Nachdem Saverne und Phalsburg am 22. November erobert waren, brachte der folgende Tag die Krönung dieser außergewöhnlichen Waffentat.
Am 23. November stießen unsere in fünf Kolonnen gegliederten Truppen quer durch die Ebene über eine Entfernung von 35 Kilometern auf Straßburg vor, eroberten die Stadt, erreichten den Rhein, ohne daß die auf mächtige Festungswerke gestützte deutsche Besatzung in der Lage gewesen wäre, sie an irgendeiner Stelle aufzuhalten. Noch ehe der Abend hereinbrach, war die Hauptstadt des Elsaß unter dem unbeschreiblichen Jubel der Bevölkerung Frankreich zurückgegeben.
In fünf Tagen hatte die Division Leclerc um den Preis von 120 Toten und Verwundeten 13 000 Gefangene gemacht – ebensoviele, wie sie selber Soldaten zählte – 2000 Feinde getötet und ungeheure Materialmengen vernichtet oder erobert.
Mit einem Wort: dank der Stärke, der Schnelligkeit und der Tüchtigkeit dieser Panzereinheit wurde der Feind nun seinerseits in diesem Sektor durch die gleiche unheilvolle Überraschung zu

Boden geschmettert, welche uns die ‹Panzerdivisionen› im Jahre 1940 bereitet hatten.

So bejammernswert für uns der Kriegsbeginn auch war, so beschränkt jetzt auch die Stärke unserer Waffen war, so bewies doch eine ruhmreiche Episode erneut, daß die tiefliegenden Quellen unserer soldatischen Tapferkeit keineswegs versiegt waren. Dies hatten ja auch in den schwersten und dunkelsten Stunden Heldentaten bewiesen, die für das gedemütigte Vaterland so trostreich waren, wie dies bei Massoua, Bir-Hacheim oder im Fezzan der Fall war. Dies zeigte sich dann auch bei militärischen Erfolgen, wie der Befreiung Korsikas, dem Durchbruch über den Garigliano, der Eroberung der Insel Elba, der Wiedereroberung von Toulon und Marseille oder der Befreiung von Paris. Und dies bewies dann etwas später unser Sieg von Kolmar, die Erstürmung der deutschen Igel-Stellungen an der Atlantikküste bei Pointe-de-Grave, Royan, La Rochelle und schließlich die Überschreitung des Rheins und der Vorstoß bis zur Donau.

In der Durchführung der Aufträge, welche ihnen entweder direkt von verantwortlicher französischer Seite oder mit deren ausdrücklicher Zustimmung, doch in Verbindung mit unseren Alliierten erteilt wurden, aber im Rahmen einer nationalen, einheitlichen und planmäßig gelenkten Kriegsanstrengung, zählten unsere Truppen jener Zeit zu den besten, die wir jemals hatten. Und was ihre Führer: Koenig, Leclerc, d'Ardentieu, Larminat, Monclar, de Lattre, Juin, Béthouart, Monsabert usw. betrifft, so verstanden sie es in dem Maße, in dem sie selbst zum Zuge kamen, im Dienste Frankreichs die Ehre und den Ruhm der militärischen Führung wiederherzustellen.

Die Motive zum nationalen Stolz, den uns diese aus der Tiefe des Abgrundes her unternommenen und zu Ende geführten Ruhmestaten gaben, wollen wir pflegen. Ein Beweis dafür ist die heutige Feier.

Gewiß haben die Befreiung Frankreichs und dann seine Teilnahme am interalliierten Sieg in unserem Gebiet die Erinnerung an die Greuel der erlittenen Prüfungen verwischt. Gewiß gab uns die Tatsache, daß unsere Freunde von der anderen Seite des Atlantik schließlich in den Konflikt eingegriffen haben, von dem wir selbst zuerst überflutet worden waren, im Augenblick den Eindruck

erhöhter Sicherheit. Gewiß veranlaßten uns andere am Horizont aufgetauchte Drohungen dazu, uns dank einer ungeheuren moralischen Anstrengung unseres Volkes über das, was die beherrschende Tatsache der Vergangenheit gewesen war, hinwegzusetzen – ich meine damit das feindselige Mißtrauen gegenüber unserem germanischen Nachbarn. Doch diese Neuorientierung darf uns nicht die Irrtümer oder die Verzichte vergessen lassen, in denen wir beinahe zu Grunde gegangen wären, noch die erstaunliche Wiederaufrichtung, die unser Wohl gewährleistet.

Umgekehrt aber enthält die Treue, mit der wir das moralische Kapital Frankreichs lebendig erhalten, nichts, was dem umfassenden politischen Versuch widerspräche, den wir in Angriff genommen haben. Wer wüßte nicht, daß dieser, hinsichtlich der Gefühle Deutschland gegenüber, darauf hinzielt, die Abneigung in Verständnis umzuwandeln, und den Geist der Rache in Freundschaft?

Wer könnte im übrigen verkennen, daß wir bei der Schaffung der Bundesrepublik, bei der Aufhebung der Beschränkungen, die ihrer Kohle- und Stahlindustrie auferlegt worden waren, bei ihrer Zulassung zur Organisation der Atlantischen Allianz, bei der Rückgliederung der Saar, bei der Schaffung und dem Ausbau der Bundeswehr durch entscheidende Handlungen unsere Absichten zu erkennen gegeben haben? Wer könnte die Bedeutung verkennen, die *wir* dem Vertrag über die Zusammenarbeit beimessen, der im vergangenen Jahr ohne Einschränkung und ohne Präambel durch die Regierungen von Bonn und Paris unterzeichnet worden war? Doch für einen so vollständigen und verdienstvollen Wandel der Gesinnung, der Haltung und der Handlungsweise, die unsere Einstellung notwendigerweise während drei Jahrhunderten bedingt hatten, muß es eine angemessene Rechtfertigung geben. Und welche, wenn nicht, daß wir ganz einfach mit Deutschland ein gemeinsames, schon sehr altes, aber auch neues Ziel anstreben, nämlich die Schaffung eines europäischen Europas, d. h. eines unabhängigen, mächtigen und einflußreichen Europas im Schoße der freien Welt.

Ja, diese Zusammenarbeit der beiden großen versöhnten Völker wird von unserem Land gewünscht, aus dem einfachen Grunde, weil sie die einzige Grundlage ist, auf der die Einheit des west-

lichen Europas verwirklicht werden kann. Darum mißt Frankreich den bevorstehenden Terminen eine kapitale Bedeutung bei, die zeigen werden, ob es den Unterzeichnerstaaten des Vertrages vom Rom möglich ist oder nicht, gemeinsam eine echte Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen, indem sie auch die Landwirtschaft einbeziehen, d. h. indem sie für alle Sechs gleichmäßig die Marktordnungen und die Preise festsetzen.

Deshalb halten wir Franzosen es für unerläßlich, daß die Mitgliedsstaaten sobald wie möglich auf politischem Gebiet, d. h. vor allem auf dem der Verteidigung, eine Organisation ins Leben rufen, die zwar mit der neuen Welt verbündet ist, die aber ganz ihre eigene ist mit eigenen Zielsetzungen, eigenen Mitteln und eigenen Verpflichtungen. Es hieße, eine große Hoffnung schwer erschüttern, wenn der eine oder andere tatsächlich auf diese Union verzichtete und in der Rolle einer Hilfsmacht sein Leben einer Macht anvertraute, die gewiß befreundet ist, die aber ihren Standort in einer ganz anderen Welt hat und deren Schicksal aus Gründen der Natur und der Geschichte nicht mit demjenigen Europas identifiziert werden kann. Im übrigen gibt es in dieser Zeit der Atombedrohung und der nuklearen ‹Eskalade›, um im Ernstfall den Schutz des alten Kontinentes sicherzustellen und damit auch die Atlantische Allianz zu rechtfertigen, keinen anderen Weg als die Organisation eines insbesondere auf dem Gebiet der Verteidigung selbständigen Europas.

Und was schließlich die Zukunft angeht, so liegt angesichts der Entwicklung, die der totalitäre Ostblock vielleicht in innenpolitischer und außenpolitischer Hinsicht unter dem elementaren Druck der Menschen, die auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs danach streben, ihre Würde wiederzuerlangen, und die Völker, die versuchen, über ihr nationales Schicksal selbständig zu entscheiden, nehmen kann, in dieser Organisation Westeuropas vielleicht der einzige Weg, um eines schönen Tages die Zusammenführung ganz Europas möglich zu machen, um die Annäherung ganz Europas in Aussicht stellen zu können, eines im Gleichgewicht befindlichen Europas, das seine Probleme selbst regelt und seine reichen Mittel für den Fortschritt und den Frieden einsetzt.

Wie unglückselig die Vergangenheit auch gewesen sei, so nimmt

doch Frankreich eine vor zwanzig Jahren vollbrachte Waffentat wie diejenige, deren wir heute gedenken, gewiß nicht zum Anlaß zu Vermessenheit, sondern zu berechtigtem Selbstvertrauen. Welche Zweifel auch heute vorhanden sein mögen, so hofft es doch, nachdem die Kämpfe am Rhein der Geschichte angehören, daß die gegenseitige Anziehungskraft und Achtung, die die europäischen Völker innerlich füreinander empfinden, die Völker, die schon früher einmal unter Rom und dann unter Karl dem Großen geeint waren, die in der Folgezeit aber durch zentrifugale Illusionen und Einmischung von außen entzweit wurden, daß das Bewußtsein ihres kollektiven Wertes und ihrer Solidarität, das diese Völker haben müssen, daß das sich ihnen bietende ehrgeizige Ziel, zusammen eine große Rolle zum Wohle der Menschheit zu spielen, sie letzten Endes doch bestimmen werde, sich zusammenzuschließen, um zu handeln. Diese Hoffnung, dieser Wille, diese Politik, die uns beflügeln, wo könnte Frankreich sie besser zum Ausdruck bringen, als hier in Straßburg?
Es lebe Elsaß, es lebe die Republik, es lebe Frankreich!»

Dokument Nr. 4

Gedanken zur westlichen Strategie. Vortrag von General Charles Ailleret, Chef des französischen Generalstabes, vor dem NATO-*Defence-College*[1]

Es ist nicht leicht, die Probleme der «flexible response» [flexible Reaktion] in kurzer Übersicht darzustellen; denn wenn diese Konzeption nach den Worten des Generals Maxwell Taylor dahingehend definiert wird, daß man über die Fähigkeit verfügen müsse, «im gesamten Spektrum möglicher Angriffe zu reagieren», umfassen diese Probleme an sich schon die gesamte moderne Strategie. Diese Strategie muß in ihrem Selbstverständnis leider beinahe vom Nullpunkt ausgehen, da die außerordentliche Größenordnung der Zerstörungsgewalt der neuen Atomwaffen es praktisch verbietet, auf die Lehren zurückzugreifen, die sich aus dem Studium der Gleichgewichtslage und der Beseitigung des Gleichgewichts in den Kriegen selbst der jüngsten Vergangenheit ergeben, es sei denn für den Fall, daß infolge einer Art beiderseitigen Einverständnisses der Gegner allein die konventionellen Waffen ins Spiel gebracht würden.
Jedoch stellt die Darstellung seiner Gedanken über die «flexible response» für den Generalstabschef der französischen Streitkräfte eine um so schwierigere Aufgabe dar, als dies vor einem Auditorium erfolgen soll, das sich aus Offizieren der verschiedenen Mächte der Atlantischen Allianz zusammensetzt; denn die Tatsache, daß Frankreich oftmals bezichtigt wird, es wende sich aus politischen Gründen entschieden gegen die Theorie von der «flexible response», versetzt den Vortragenden zumindest dem Anschein nach in dieser Versammlung a priori in die unangenehme Lage, einer der wenigen zu sein, die eine allgemein in Mode stehende Theorie ablehnen.
Ich bin indessen vor allem deshalb glücklich, Ihnen meine Konzeption in Sachen «flexible response» darlegen zu dürfen, weil ich glaube, Ihnen leicht beweisen zu können:

[1] Wortlaut zitiert nach der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 19. August 1964.

– zunächst, daß diese meine Konzeption zwar in der Tat gewissen Arten der Anwendung der «flexiblen Antwort» entgegentritt – im besonderen, wie ich sogleich präzisieren möchte, einer Anwendung auf den Fall der Verteidigung Europas allein durch konventionelle Mittel bei einer entsprechend eindeutigen Aggression –, daß sie aber nicht zu der zur Erörterung stehenden Theorie in deren Gesamtheit im systematischen Gegensatz steht,
– sodann, daß das Ausmaß, in dem wir gewisse Anwendungsmöglichkeiten der «flexible response» ausschließen, nicht durch «politische», sondern im Gegenteil durch rein militärische und operative Gründe bedingt ist, die uns als zwingend erscheinen. [...]
In Wirklichkeit scheint die «flexible response» historisch als Reaktion auf die äußerste Verallgemeinerung der unmittelbar nach dem Zweiten Weltkriege allgemein beliebten Theorie von der «massiven Vergeltung» oder von den massiven Repressalien aufgetaucht zu sein.
Damals besaßen die Vereinigten Staaten das Atomwaffenmonopol. Dank der unermeßlichen Zerstörungskraft dieser Waffen konnte jedweder Gegner damit vernichtet werden, ohne daß dieser die Vereinigten Staaten seinerseits auch nur im geringsten treffen konnte. [...]
Jedoch erwies sich selbst in der Zeit des amerikanischen Monopols die unmittelbare Anwendung der Atommacht dann als unmöglich, wenn man nur begrenzte Aggressionen örtlichen Charakters entgegenzutreten hatte, welche das Überleben oder die Unabhängigkeit der im Besitze der Atombomben befindlichen Macht nicht bedrohten und die vor der Weltmeinung die Anwendung massiver Vernichtungswaffen nicht rechtfertigten. So wurde zum Beispiel in Korea die amerikanische Atommacht aus offen zutage liegenden politischen Gründen nicht angewandt.
Zudem ergab sich, daß das amerikanische Monopol durch eine Art von Gleichgewicht bei den Waffen des Schreckens abgelöst wurde, nachdem die Sowjetunion atomare und sodann thermonukleare Waffen sowie die Interkontinental- und Mittelstrecken-Raketen aufstellte, die diese Sprengkörper ins Ziel bringen können.
Jedoch blieb die Doktrin von der «massiven Vergeltung» trotz der Erfahrungen, die man mit den peripheren kommunistischen

Aggressionen in Korea und Vietnam machte, und trotz der Beendigung des Monopols – wodurch die amerikanische strategische Rüstung zum großen Teil ihren Wert für periphere Konflikte verlor – noch lange Zeit weiterhin die Grundlage der amerikanischen Strategie und der Organisation der Streitkräfte der Vereinigten Staaten.
Eben in Reaktion auf diese Doktrin ist dann die von General Maxwell Taylor klar dargestellte Lehre von der «flexible response» aufgetaucht, die im Grunde darin besteht, daß die «massive Vergeltung» nicht als eine strategische Methode anerkannt wird, die allein schon alle Probleme der Verteidigung lösen könne, und daß mit dem strategischen Atomwaffeneinsatz als solchem nicht allen Situationen begegnet werden könne.
Dieser Gedankengang ist vollkommen gerechtfertigt, sofern es sich um die folgenden Aufgaben handelt:
– Interessen und Positionen sekundärer Natur unter Anwendung angemessener Mittel gegen militärische Angriffe zu verteidigen, die jedoch in den Kampfmitteln und in der räumlichen Ausdehnung begrenzt sind, ohne daß die atomaren Waffen ins Spiel gebracht werden, die das Risiko einer Ausweitung des Konfliktes weit über die Bedeutung der zur Erörterung stehenden Ziele hinaus heraufbeschwören [...]
– für den Fall eines allgemeinen Krieges zusätzlich zu den atomaren Waffen diejenigen Kampfmittel bereitzustellen, die unerläßlich sind, um die Ergebnisse der massiven Zerstörungsaktionen im Gelände zu vollenden. So heißt es in dem im Jahre 1963 von Marschall W.D. Sokolowski herausgegebenen Buche *Wojennaja Strategia:* «Die endgültige Niederlage des Feindes, die Besetzung seines Territoriums, die Errichtung einer passenden Ordnung und die friedliche Lösung aller Probleme der Nachkriegszeit können nur durch Operationen der Landstreitkräfte erreicht werden.»
In dieser allgemeinen Form, das heißt in der Hinsicht, daß die Atomwaffen nicht unbedingt angewandt werden, um sekundäre oder geringfügigere Probleme zu lösen, die für die im Besitze von Atomwaffen befindlichen Mächte nicht unmittelbar lebenswichtig sind, wird die Theorie der «flexible response» von der französischen Strategie nicht angefochten.

Wo flexible Gegenaktion möglich ist

Aber man muß unverzüglich erkennen, daß der Gegenstoß mit klassischen Kampfmitteln gegen begrenzte klassische Aggressionen nicht überall angewandt werden kann. Um ihn mit Aussicht auf Erfolg durchführen zu können, ist es erforderlich, daß die klassischen Streitkräfte des Gegners auf dem betreffenden Schauplatz nicht allzu sehr denjenigen überlegen sind, die man ihm entsprechend der Entfernung zum Operationsgebiet, entsprechend der zur Verfügung stehenden Infrastruktur und entsprechend den vorhandenen Transportmitteln entgegenstellen und versorgen kann.

Wenn der Gegner mit all seinen Kampfmitteln in der Nähe aufmarschiert ist und wenn man ihm nur Expeditionsstreitkräfte entgegenstellen kann, die in weiten Entfernungen von ihren Basen operieren, spricht alles dafür, daß ein Erfolg nicht erzielt werden kann. Der begrenzte konventionelle Gegenstoß gegen eine Aggression ist somit praktisch ausgeschlossen.

Das würde beispielsweise für die Sowjetunion gelten, wenn sich auf Kuba begrenzte Operationen abspielen würden. Die Führung der UdSSR scheint – wie festgestellt werden muß – nicht gerade geneigt, selbst und für eigene Rechnung die «flexible response» anzuwenden; denn man sucht in dem von Marschall W. D. Sokolowski betreuten Werke in der Darstellung der sowjetischen Doktrin vergeblich nach einem Hinweis auf den begrenzten Krieg. Man scheint es dort vielmehr als feststehende Tatsache zu betrachten, daß der moderne Krieg im Zeitalter der Atomwaffen nur ein totaler Krieg sein kann. Es sei jedoch der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die UdSSR unter gewissen Umständen *hier* an eine Anwendung der «flexible response» denken mag und daß des weiteren die Vereinigten Staaten – sicherlich ist dies eine gänzlich irreale Hypothese, aber Hypothesen sind stets im Rahmen einer theoretischen Erörterung zulässig – Kuba in einer konventionellen Operation angreifen könnten.

Es liegt auf der Hand, daß auf Kuba und in der Karibischen See die Ungleichheit der konventionellen Streitkräfte der Vereinigten Staaten einerseits und der Streitkräfte, welche die UdSSR dorthin transportieren und in den Kampf werfen könnte, andererseits, so

groß wäre, daß ein solches Unternehmen für die Sowjetunion praktisch undenkbar sein würde.

Wenn das Kräfteverhältnis zu ungleich ist

Der konventionelle Gegenstoß auf eine konventionelle Aggression hin ist also nur möglich, wenn die örtlichen Bedingungen für die Operationen dergestalt gegeben sind, daß sich eine gewisse Gleichheit zwischen den einander gegenüberstehenden Streitkräften ergibt. Wenn das Kräfteverhältnis allzu ungleich ist, können konventionelle Aktionen nicht erfolgen. Entweder müßte die Sowjetunion auf Gegenmaßnahmen gegenüber einem hypothetischen amerikanischen Vorgehen konventioneller Art gegen Kuba verzichten, oder aber sie könnte diese Gegenmaßnahmen nur in der Weise ergreifen, daß sie an einem anderen Orte der Welt – etwa in Berlin – zuschlägt, wo die Ungleichheit zu ihren Gunsten ins Spiel tritt, daß sie also eine Operation unternimmt, deren sicherer Erfolg die USA veranlassen würde, ihre kubanische Aktion abzubrechen. Oder aber die Sowjetunion könnte des weiteren mit ihren Interkontinentalraketen auf das Territorium der Vereinigten Staaten einschlagen, das heißt, zu einer nuklearen strategischen Aktion schreiten.
Würde es sich um die gleiche Situation handeln, wenn die Operationen nicht nur rein kontinental geführt, sondern mit «selektiv», das heißt allein gegen «militärische» Ziele auf dem Gefechtsfeld oder in dem unmittelbar anschließenden Hinterland angewandten sogenannten «taktischen» Atombomben verziert werden würden?
So schwierig es ist, sich eine Kampfhandlung mit begrenzter Anwendung von Atomwaffen vorzustellen, ist doch wahrscheinlich dann das Endergebnis das gleiche; es ist kaum denkbar, daß selbst durch Atomwaffen unterstützte begrenzte Streitkräfte auf einem an der Peripherie gelegenen Schauplatz stärkeren Kräften entgegentreten können, die über eine relativ größere Unterstützung durch sogenannte taktische Atomwaffen verfügen.
Die «flexible response» ist deshalb nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich: Unter Gleichgewichtsverhältnissen, wie sie

unter Berücksichtigung der Faktoren der Entfernung und des Transportes sowie der politischen Größen nur an bestimmten Orten der Erde gegeben sind.
Wenn nun aber der Sowjetunion Kuba für die eventuelle Anwendung der «flexible response» nicht geeignet erscheint, so ergibt sich unverzüglich, daß Westeuropa seinerseits für den Westen keineswegs eine günstigere Zone für die Anwendung der «flexible response» darstellt, sofern man davon ausgeht, daß es gegen eine mögliche Aggression aus dem Osten verteidigt werden soll. [...]
Hier bestehen in der Tat allein zwei Möglichkeiten:
– Verteidigung durch konventionelle Kampfführung, sofern der Feind allein konventionelle Kampfmittel anwendet,
– Verteidigung durch Abriegelung mit taktischem Atomwaffenfeuer, sofern der Feind unter Verwendung seiner eigenen atomaren Waffen auf dem Gefechtsfelde angreift oder wenn die zunächst vorgesehene rein konventionelle Kampfführung nicht ausreicht, um einen tiefen Einbruch der gegnerischen Streitkräfte abzufangen.

Der Vorteil des Angreifers

Prüfen wir zunächst, was man von einer konventionellen Verteidigung erwarten kann, die dahingehend verstanden wird, daß sie Europa gegen die konventionellen sowjetischen Streitkräfte schützen soll, Streitkräfte, welche denen klar zahlenmäßig überlegen sind, die der Westen auf diesem Kontinent besitzt.
Wenn sich die Aggression ohne jede Vorankündigung, das heißt ohne sehr bedeutende Truppenkonzentration auf seiten des Gegners, vollzieht, würde sich auf dem Gebiete der Großverbände des Heeres das Verhältnis der Streitkräfte auf 3:2 zugunsten der Sowjetunion stellen, und das Mißverhältnis würde im Bereiche der Erdkampf- und Jagdflugzeuge noch viel größer sein. Überdies würde das Überraschungsmoment voll zum Tragen kommen, denn den bereitgestellten sowjetischen Angriffskräften gegenüber würden sich die Verbände der Verteidiger erst auf dem Marsch in die Bereitstellung befinden.
Sollten die Operationen aber erst anlaufen, nachdem die östlichen

Streitkräfte in einer Spannungszeit konzentriert und mobilisiert worden sind, würde zwar das Überraschungsmoment keine Rolle mehr spielen, aber das Verhältnis der Kräfte würde trotz der möglichen Verstärkungen von jenseits des Atlantik her für den Westen nur noch ungünstiger werden.

Wenn außerdem die Sowjets fest entschlossen sein sollten, Europa konventionell anzugreifen, würde es sich zu ihren Gunsten auswirken, daß sie über die innere Linie verfügen und in der Lage sind, ihre Hauptstoßrichtungen von sich aus zu bestimmen, um dort die erforderlichen Kampfmittel anzuwenden und damit das Mißverhältnis der Streitkräfte örtlich noch mehr zu verschärfen.

Die Defensivkräfte des Westens sind im Gegensatz dazu im vorhinein auf dermaßen unterschiedlichen, weil voneinander entfernten und verschiedenartigen Schauplätzen verteilt wie beispielsweise in der Türkei, in Griechenland, Norditalien, Zentraleuropa und Norwegen, und es steht keinerlei nennenswerte Reserve mit strategischer Feuerwirkung über die atomaren Streitkräfte hinaus zur Verfügung, welch letztere aber der Hypothese nach doch nicht angewandt werden sollen.

Nun aber zeigen sowohl die Theorie als auch die Praxis des modernen klassischen Krieges – das heißt eines Krieges, dessen Kampfmittel ihrer ganzen Natur nach fast dieselben sind wie im Jahre 1945 –, daß es selbst bei Kräftegleichheit und selbst ohne jedwedes Überraschungsmoment unmöglich ist, den Angreifer, der den Vorteil der operativen Initiative genießt, indem er seine Feuerkraft auf einen Bruchteil der Streitkräfte des Verteidigers konzentriert, daran zu hindern, daß er einen tiefen Einbruch in dessen Stellungen erzielt. [...]

Erst nach Raumverlust

Die Theorie, die man über einen mit den heutigen – im Vergleich zu 1944 sehr vervollkommneten, jedoch hinsichtlich ihrer Anwendungsmöglichkeiten in derselben Größenordnung liegenden – Kampfmitteln geführten konventionellen Krieg aufstellen könnte, würde diese Lehre der Zeitgeschichte bekräftigen, daß selbst bei Kräftegleichheit ein konventioneller Angriff erst in

einer gewissen Tiefe des Raumes aufgehalten werden kann, indem die fortschreitende Abnutzung des Angreifers sowie dessen zunehmende Entfernung von seinen Basen und seiner Infrastruktur sich für die Verteidigung günstig auswirken.
Erst recht ist das der Fall, wenn das Kräfteverhältnis stark zugunsten des Aggressors ausfällt.
Im «klassischen» Bereich hat man alle Ursache, einen «Maginot-Komplex» und die Vorstellung einer «statischen» Verteidigung – so aktiv diese auch sein mag – um jeden Preis zu vermeiden. Jener Komplex rührt aus dem Jahre 1916 her, aus jener Zeit, in der die Feuerüberlegenheit des Verteidigers über den Angreifer einer geschichtlichen Rüstungsepoche entsprach, die heutzutage wenigstens insofern überwunden ist, als nur das Gebiet der konventionellen Waffen in Betracht steht.
Man muß sich daher entschließen, Illusionen fallenzulassen, so verführerisch diese auch sein mögen, und zugeben, daß eine rein konventionelle Verteidigung Europas gegen einen mit Macht entweder auf die Atlantikküste als Endziel oder auf begrenzte Zwischenziele hin vorgetragenen Angriff die Invasion nur aufhalten kann, wenn Raum preisgegeben wird, der wahrscheinlich sehr umfangreich sein wird, und wenn in den dem Feinde überlassenen Gebiete die logistische Infrastruktur und die Verkehrsverbindungen total zerstört werden, wenn des weiteren zuvor in hinreichender Tiefe die Kräfte des Verteidigers gestaffelt wurden, so daß genügend Reserven zu ausreichend wirksamen Gegenstößen eingesetzt werden können, um den eingedrungenen Feind nötigenfalls auf mehreren aufeinanderfolgenden Gefechtsfeldern aufzuhalten und zu vernichten.
Würde ein konventioneller Angriff der Russen und ihrer Satelliten durch eine rein konventionelle Verteidigung Europas aufgehalten werden? Nun, das ist nicht unmöglich; aber so optimistisch man auch die Dinge betrachten mag: Man muß anerkennen, daß das nicht am Eisernen Vorhang selbst erreicht werden kann. Es würde schon eine sehr glückliche Lösung darstellen, wenn die Russen am Rhein aufgehalten würden. Mit größerer Wahrscheinlichkeit würde es sich um eine Lösung an der Somme, der Aisne, in den Vogesen, im Jura und in den Alpen handeln.
So erscheint diese Methode der Verteidigung Europas, die darauf

hinausliefe, daß dem Aggressor ein großer Teil Europas überlassen wird – von dem nicht sicher ist, ob er nach sehr langen Verzögerungen oder überhaupt jemals wieder erobert werden könnte, sofern man sich nur an die klassischen Kampfmittel hält –, uns Europäern als nicht zufriedenstellend, und man sollte deshalb unserer Ansicht nach von ihr Abstand nehmen.
Es trifft zu, daß man dann, wenn die Dinge so schlecht verlaufen und wenn der Einbruch des Feindes gefährlich wird, zu einem zweckmäßigen Zeitpunkt auf die taktischen Atomwaffen zurückgreifen kann, um den Gegner aufzuhalten.
Aber was bewirken diese taktischen Atomwaffen, und was ist unter dem «zweckmäßigen Zeitpunkt» ihrer Anwendung zu verstehen?
Die Abriegelung unter Verwendung des Atomwaffenfeuers stellt das Problem der Verteidigung unter ganz andere Bedingungen. Die atomare Feuerkraft trifft Menschen, die sich im Freien befinden, schwerer als solche, die Schutz gefunden haben, und das gleiche gilt für erkennbare Truppen im Verhältnis zu getarnten Einheiten, woraus sich ergibt, daß eine gewisse relative Feuerüberlegenheit des Verteidigers gegenüber der zur Unterstützung der Truppenbewegungen angewandten Feuerkraft des Angreifers gegeben ist. [...]
Man muß in der Tat im Auge behalten, daß die angreifenden Streitkräfte, welche ihre Stoßrichtung frei wählen können, auf Großverbände des Verteidigers treffen, die sich an sehr weiten Fronten entfalten. Der Angreifer würde also wahrscheinlich derart operieren, daß er mit stark nach Breite und Tiefe aufgelockerten Verbänden vornehmlich unter Ausnutzung von Lücken eine Art allgemeiner Infiltration vornimmt und rasche Fortschritte zu erzielen sucht, um auf solche Weise sein Potential über das des Verteidigers zu schieben, der dann nicht mehr seine Atomwaffen zur Vernichtung der angreifenden Truppen anwenden kann.
Der Angriffsstoß würde mehr durch große Tiefe und durch Staffelung der Stoßkeile charakterisiert sein denn durch eine Konzentration alter Art im Gelände. Diese Einheiten könnten also nur durch ein anhaltendes Feuer mit einer sehr großen Anzahl von Atomwaffen geringer Sprengkraft oder mit einer geringeren Anzahl von Atomwaffen sehr großer Sprengkraft vernichtet wer-

den. Es würde also verhältnismäßig schwierig sein, die Stoßkräfte des Angreifers auszumachen, und recht kostspielig, sie zu vernichten.

Demgegenüber würde die atomare Bekämpfung der logistischen Einrichtungen und der Infrastruktur, die ihrer ganzen Natur nach kompakter, aber zur Fortsetzung des Vorgehens unerläßlich sind, sicherlich bessere Auswirkungen zeitigen. Die sicherste Methode, die Streitkräfte des Aggressors aufzuhalten, die sich wie ein Tintenfisch nach Westen bewegen, würde vornehmlich darin bestehen, bei allem Bemühen, seine Fangarme abzuschneiden und festzuhalten, den Körper zu zersprengen, an den man leichter herankommt und von dem die Nervenstränge zu den Gliedern ausgehen, welch letztere von selbst ihre Bewegung einstellen, wenn sie nicht mehr versorgt werden.

Entsprechend dem Raum, über den sich gegenwärtig die logistische Infrastruktur erstreckt, muß man also mit einem Schlagabtausch bis zu einer Tiefe von etwa 1500 Kilometern beiderseits der Kontaktlinie rechnen, um eine angemessene und dauerhafte Auswirkung im Sinne des erstrebten Stillstandes zu erzielen. Diese Tiefe eines modernen Gefechtsfeldes von 1500 Kilometern ist übrigens nicht erstaunlich. Man braucht sich nur die Erhöhung der Sprengkraft und der Reichweite der Waffen sowie die Vergrößerung des Nachschubwesens vor Augen zu halten, das dank der Entwicklung der Transportmittel und der Fortbewegung die Spitze von tief aus dem rückwärtigen Raum heraus versorgen kann.

Die Anwendung der atomaren Feuerkraft auf dem Gefechtsfelde und in den rückwärtigen Räumen ist also geeignet, eine Invasion hinreichend rasch zu stoppen. Aber der Preis, den das Gefechtsfeld selbst, das heißt Europa, entrichten müßte, wäre unermeßlich groß. [...]

Auch hier handelt es sich also um eine Methode, die allein angewandt werden kann, wenn kein anderes Mittel mehr zur Verfügung steht, das heißt, die Vereinigten Staaten, die heute noch als einzige westliche Macht über die für die Führung eines Atomkrieges großen Ausmaßes erforderlichen atomaren Vorräte verfügen, könnten sich entschließen, diese Methode ganz ausschließlich anzuwenden.

Angesichts dieser Hypothese müssen sich die westlichen Streitkräfte geistig und materiell auf die Anwendung dieser Methode einstellen, aber sie können sie nicht empfehlen, sondern sich höchstens damit abfinden. [...]

Defensive ohne Preisgabe von Boden

Wenn die Ersatzmethoden für die konventionelle Verteidigung und die defensive atomare Kampfführung für Europa nicht zufriedenstellend sind, ist klar ersichtlich, daß man vom europäischen Standpunkt aus zur Methode der unverzüglichen strategischen Aktion zurückkehren muß, die im Falle einer Aggression darin besteht,

– daß diese Aggression und die Möglichkeiten, sie zu nähren, an der Wurzel ausgelöscht werden, indem das Kriegspotential des Landes, das die Aggression ausgelöst hat, einem strategischen Atomschlag ausgesetzt und damit dieses Land veranlaßt wird, auf seine Aggression zu verzichten;

– daß diese Aktion durch eine Kampfführung vervollständigt wird, die einfach zum Ziele hat, die Stoßkraft der bereits vorgebrochenen Truppenmasse des Aggressors zu absorbieren und aufzureiben und auch die Truppen selbst zu vernichten oder sie auf ihre Ausgangsbasen zurückzuwerfen.

Diese Strategie nützt die neuen Möglichkeiten, welche die Atomwaffen großer Reichweite bieten, um auf strategischem Gebiete durch Angriffe auf die Länder der Aggressoren in deren ganzer Tiefe eine erfolgversprechende Defensive ohne Rückzugsgedanken zu entwickeln, wie dies in der Epoche klassischer Kampfführung bisher niemals verwirklicht werden konnte, außer in dem kurzen Zeitraum zwischen 1915 und 1918, in dem die Überlegenheit der Verteidigungswaffen jener Zeit dies an den Linien ermöglichte, wo die sich gegenüberliegenden Streitkräfte miteinander in Berührung standen.

Weil die Atomwaffen es ermöglichen, in sehr weiter Entfernung vor den Verteidigungsstellungen eine Feuerkraft zu entfalten, die ausreicht, Truppen zu zerschlagen sowie die Logistik und vor allem das Kriegspotential sowie den Willen der Bevölkerung zur

Fortsetzung der Operationen zu vernichten, erscheinen sie – und sie allein – als die geeigneten Mittel, eine Defensive ohne Preisgabe von Boden zu verwirklichen, wozu weder «konventionelle» Streitkräfte noch selbst solche Streitkräfte mit Aussicht auf Erfolg in der Lage sind, die «taktische» Atomwaffen begrenzt allein gegenüber den Streitkräften des Aggressors anwenden. [...]

Was ist ein Großangriff?

Wenn wir davon ausgehen, daß im Falle eines Großangriffs auf Europa die einzig zu dessen Verteidigung gegenüber einer Invasion geeignete wirksame Strategie die des unverzüglichen Gegenschlags mit den stärksten Mitteln auf das Potential des Aggressors ist, müssen wir noch definieren, was ein Großangriff ist. Kann es in Westeuropa Angriffe geben, die in ihrem Ausmaße wie in der Anwendung rein konventioneller Kampfmittel dermaßen begrenzt sind, daß sie eine so radikale und dermaßen mit den Risiken eines interkontinentalen Schlagabtausches belastete Strategie nicht rechtfertigen?
Eine rasch vorgenommene Analyse zeigt, daß es so etwas nicht gibt.
Wenn die nur kleine geographische Zonen betreffenden Zielsetzungen in der Tat als jeweils in sich begrenzt betrachtet werden können, gilt dies aber nicht im absoluten Maßstab; denn solche Zielsetzungen sind dazu angetan, sich zu wiederholen, und eine Folge begrenzter Ziele wird sehr rasch durch eine einfache mechanische Addition zu einem großen und lebenswichtigen Ziel. [...]
Man kann sich also fragen, von welcher Tiefe der Invasion an die bis dahin «begrenzte» Aggression zu einer «allgemeinen» Aggression wird.
Wenn man dabei von der Annahme ausgeht, daß eine bedeutende Tiefe erreicht worden ist, würde dann, wenn schließlich der Angriff als allgemeine Aggression erkannt worden ist, die Reaktion allzu spät erfolgen, als daß eine maximale Wirkung erfolgen könnte.
Wir sind also der Ansicht, daß man nicht zwischen «größeren» und «begrenzten» Aggressionen unterscheiden sollte, sondern

zwischen «eindeutigen Aggressionen» [agressions caracterisées], das heißt einem bewaffneten Vorgehen, mit dem der Aggressor sich Europas oder eines Teils des europäischen Territoriums bemächtigen will und welches die defensive Strategie [natürlich nur, wenn man sich ohne Rückzugsgedanken verteidigen will] auslöst, und «anscheinenden Aggressionen», die wohl sicher anders behandelt werden sollten.
Zu diesen «anscheinenden Aggressionen» gehören alle möglichen Arten von Grenzzwischenfällen, unabsichtliches Eindringen, Vorstöße unverantwortlicher nachgeordneter Organe, die ohne Befehl handeln, Schußwechsel zwischen Grenzschutzeinheiten in der Aufregung des Augenblicks, Verfolgung von Flüchtlingen durch ein wenig allzu dynamische Polizeikräfte und so weiter. [...]

Man kann daher eine «eindeutige Aggression» folgendermaßen definieren: Es ist das ein bewaffneter Vorstoß gegen die vorhandenen Elemente der Verteidigung, der eine im Verhältnis zur Natur der betreffenden Gegend beträchtliche Tiefe gewinnt und der Kräfte in einem solchen Ausmaß ins Spiel bringt, daß angenommen werden muß, diese Kräfte handelten nur auf Grund eines Entschlusses ihres Landes, einen Teil Westeuropas zu erobern.
Aber auch diese theoretische Definition kann selbst dann, wenn man sie als zufriedenstellend anerkennt, kaum in der Praxis dienlich sein. [...]
Aus diesem Grund sei vorgeschlagen, daß entlang der zu schützenden Regionen Verteidigungsstellungen errichtet werden, die nicht dazu bestimmt sind, stärkere, entweder rein konventionell oder mit atomarer Unterstützung vorgetragene Angriffe an Ort und Stelle aufzufangen, sondern die dazu dienen sollen, jenes Minimum an Angriffshandlungen des Feindes zu ermessen, das jene Aggression definiert, welche die atomare defensive Strategie auslöst.
Unter dem Schutz solcher Verteidigungsstellungen wie des atomaren Arsenals der Allianz würde Europa dann, wenn verständlich gemacht wird, daß ein Durchbruch durch jene Linie automatisch den atomaren Gegenschlag auslöst, der durch Vernichtung des Körpers und des Schwanzes der Schlange gleichermaßen das

Vordringen des Kopfes stoppt, nicht mehr jene hauptsächliche Gefahr zu befürchten brauchen, die es bedroht und die genau auch durch die «flexible response» ins Auge gefaßt wird: eine direkte Invasion durch einen aus Boden- und Luftlandetruppen bestehenden Kampfverband.
Diese Formel bietet übrigens den Vorteil, daß auf einem Schauplatz, wie beispielsweise Mitteleuropa, nur eine begrenzte Anzahl von Divisionen benötigt wird, um die vorgeschobene Sicherungslinie zu halten. Die übrigen Divisionen könnten dann in der Tiefe des Operationsraumes als Reserve stationiert werden, statt in gefährlicher Weise und mit problematischer Wirksamkeit ganz in die Nähe des Eisernen Vorhangs vorgeschoben zu werden, um dort zu versuchen, eine sowjetische Aggression durch konventionelle Kampfhandlungen aufzuhalten. [...]

Atomzwang zur Koexistenz

In der Tat hat der große Krieg in Form einer Invasion europäischer Länder von außen her in unserer Zeit keine politische Bedeutung mehr. Dessen scheinen sich die Sowjets bewußt zu sein, und aus diesem Grunde einigten sie sich erklärtermaßen auf die These von der «friedlichen Koexistenz», was keineswegs bedeutet, daß das Ringen der «sozialistischen» mit der «kapitalistischen» Welt aufhört, sondern nur, daß der von außen her geführte Krieg als ein für diesen Kampf weder wirksames noch geeignetes Mittel abgelehnt wird. Wenn aber der Krieg kein brauchbares Mittel der Politik mehr sein soll, so genau nur deshalb, weil einerseits die Anwendung der Atomwaffen gegen die Territorien der kriegführenden Länder wie gleichzeitig auf dem Gefechtsfelde ein Erfolg der Aggression ausgeschlossen wird, und weil andererseits die Atomwaffen bei unverzüglicher strategischer Anwendung den Charakter eines Naturphänomens erhalten, das als eine der äußersten Katastrophen zumindest gleichermaßen über den hereinbricht, der es auslöst, wie auch über denjenigen, der es nur erdulden muß.
Die gegenseitige Abschreckung zwischen dem westlichen Block und dem Sowjetblock ergibt sich also aus der möglichen unver-

züglichen strategischen nuklearen Aktion als Folge einer Aggression. Diese Aktion aber stellt das beste Unterpfand dafür dar, daß der von außen her geführte Krieg als politisches Mittel eliminiert wird, was gleichzeitig den Schlußfolgerungen der sowjetischen Doktrin entspricht, wie man sie zu kennen glaubt.

Dokument Nr. 5

Neue Zürcher Zeitung, 9. Dezember 1964

Dr. Fred Luchsinger: Die französische Atommacht – Zweck oder Mittel zum Zweck?

Die französische *force de dissuasion* – was ist sie, was wird sie sein, zu welchem Zweck wurde sie geschaffen? In der Debatte der französischen Nationalversammlung, die in der vergangenen Woche die zweite Etappe im Aufbau der nationalen Nuklearwaffe mit der Annahme eines langfristigen Kreditprogrammes gebilligt und beschlossen hat, sind Erklärungen und Deutungen gegeben worden, die auch außerhalb Frankreichs nach einer genaueren Prüfung verlangen. Denn erstens sucht die Regierung de Gaulles ihr nationales Abschreckungsinstrument zu *europäischem Rang* zu erhöhen und ihm eine ausschlaggebende Funktion und Bedeutung in der Verteidigung des Alten Kontinents schlechthin zuzuweisen; und zweitens gibt es in der internationalen Politik nach wie vor kein Thema von so fürchterlich folgenschwerer Tragweite wie das der Verteidigung mit Vernichtungswaffen beziehungsweise der *Verhinderung eines Krieges* durch eine Abschreckung, die das Risiko unermeßlicher Zerstörung – und der Selbstzerstörung – zum Kern des politischen Kalküls macht, keine Entscheidung folglich, die ernsthafter und nüchterner durchdacht werden müßte.

Umfang und Glaubwürdigkeit

Unzweifelhaft sind Friede und Sicherheit heute in erster Linie auf solche Abschreckungspolitik gegründet. Sie hat sich bisher als sichere Garantie erwiesen da, wo sie das ganze Gewicht der Drohung – mit dem apokalyptischen Potential einer nuklearen *fleet in being* im Hintergrund – eingesetzt hat. Zwei Faktoren vor allem bestimmen ihre Wirksamkeit: die *Größe* des Zerstörungspotentials, die so bemessen sein muß, daß sie jegliche Angriffs-

handlung eines Gegners, sollte sie die unbestimmte «nukleare Schwelle» überschreiten, zum vornherein als «unrentabel», weil zu teuer bezahlt erscheinen lassen muß; sodann die *Glaubwürdigkeit* der Drohung, die den Gegenspieler zur Annahme zwingt, daß dieses Potential tatsächlich gegen ihn zur Anwendung gelangt oder daß er jedenfalls in dieser Hinsicht ein unkalkulierbares und deshalb untragbares Risiko eingeht, wenn er eine Reaktion provoziert.
An der Größe des *amerikanischen Potentials* mit seiner mehrfachen *Overkill*-Kapazität ist kein Zweifel möglich. Unsicherheit hat sich in den letzten Jahren gemeldet in bezug auf den Willen Washingtons, sein Abschreckmittel in gewissen Fällen zur Anwendung zu bringen. Die Zweifel sind entstanden aus der Konstellation der *nuklearen Parität* der beiden großen Atommächte, aus dem Umstand, daß auch der amerikanische Kontinent durch die Entwicklung der Fernwaffen unter die Drohung der Zerstörung geraten ist. Würde eine amerikanische Regierung bereit sein, ihre Städte, ihr Land, das *sanctuary*, der Zerstörung auszuliefern, um etwa einen sowjetischen Übergriff, sei er auch regionaler Art, in Europa, in Deutschland insbesondere, zurückzuweisen beziehungsweise mit der risikoschweren nuklearen Drohung abzuschrecken? Die Antwort ist notgedrungenerweise ungewiß.

Amerikanische und europäische Sicherheitsinteressen

Aus dem Umstand, daß die Bereiche amerikanischer und europäischer Sicherheitsinteressen nicht kongruent zu sein scheinen, wird die Notwendigkeit und Forderung eines selbständigen *europäischen Deterrent* abgeleitet. Wenn es gerechtfertigt sein soll, dann muß es die sichere Garantie bieten, daß es auch jenes Segment decken wird, das, möglicherweise, unter Umständen, vom amerikanischen Nuklearschild nicht gedeckt sein könnte. Und es muß die Bedingungen erfüllen, die bei einer Abschreckungswaffe, soll sie ihren Namen verdienen, erfüllt sein müssen: ein Potential, groß genug, um Abschreckwirkung zu erzeugen, und Glaubwürdigkeit der Drohung.

Ist die *force de dissuasion* unter diesen Aspekten als europäisches Deterrent legitimiert? Ihr Potential ist und bleibt ein winziger Bruchteil des amerikanischen; es reicht zur Zerstörung einiger Städte des möglichen Aggressors. Genügt es, um Aggression abzuschrecken? Genügt es heute nicht, wird es morgen genügen, das heißt nach der Entwicklung der Waffen der zweiten und dritten «Generation» in den siebziger Jahren, die den heutigen Waffen der Vereinigten Staaten, zum Teil aber nicht einmal ihren modernsten, entsprechen sollen? Vorderhand sind Zweifel noch immer gestattet, daß Frankreich *Beförderungsmittel* für Atomwaffen – Raketen von größerer Reichweite – und adäquate *elektronische Lenksysteme* in genügender Qualität und Menge wird produzieren und damit aus eigener Kraft Projekte wird verwirklichen können, vor denen eine vergleichbare Macht mittleren Ranges, *Großbritannien*, kapitulieren müßte.

Noch größer ist das Fragezeichen, das hinter der Glaubwürdigkeit der *force de dissuasion* zu setzen ist. Sie steht nicht nur, gegenüber der sowjetischen Macht, im Zeichen der nuklearen Parität, die die Wirkung des amerikanischen Deterrent einzuschränken begonnen hat, sondern einer auf absehbare Zeit hinaus nicht zu korrigierenden *Unterlegenheit*. Sie kann dem Angreifer eine Hand abschlagen – auf das Risiko hin, mehr, in der beinahe sicheren Erwartung, damit die völlige *Vernichtung Frankreichs* zu besiegeln. Ist unter solchen Umständen ein Einsatzbefehl überhaupt denkbar, die Drohung demzufolge glaubwürdig, demzufolge wirksam? Ist es wahrscheinlicher, daß Frankreich, sagen wir, um der Stadt Berlin willen, seine Vernichtung auf sich nimmt – mit den munteren Worten eines prominenten deutschen Besuchers des Elysées gesagt: «mit allem schießt, was es hat» –, als daß die Vereinigten Staaten sich dem Risiko partieller Zerstörung aussetzen, um auf dem europäischen Kontinent auch ihre elementaren Interessen zu verteidigen? Wer solche Fragen bedenkenlos und in forscher Selbstsicherheit bejaht, weicht ins Irrationale aus.

Spiel mit dem Irrationalen

Möglich, daß die Verfechter der französischen Atommacht das *Irrationale* bewußt in das Gedankenspiel zwischen den Atommächten einführen, daß sie einem möglichen Aggressor bedeuten wollen: Spielst du mit dem Wahnsinnsgedanken, können auch wir es, und daß sie sich davon eine Erhöhung des Unsicherheitsquotienten, damit der Hemmungen beim Gegner versprechen. Aber das Spiel mit der *ultima ratio,* die heutzutage jenseits der Grenzen der *ratio* liegt, verlangt *ebenbürtige Partner,* wenn es aufgehen, das heißt sich aufheben soll.
Die *force de dissuasion,* mit allzu vielen Fragezeichen ausgestattet, ist, für sich genommen, *keine wirksame abschreckende Sicherheitsgarantie für Europa* und wird es noch für lange nicht sein. Sie ist insbesondere *kein Ersatz für den amerikanischen Nuklearschild,* der eine Option Europas zwischen dem einen und dem andern Deterrent ermöglichen und rechtfertigen würde. De Gaulles Politik schien die Dinge in letzter Zeit bisweilen allerdings einem Punkt zutreiben zu wollen, an dem eine solche Option unumgänglich würde; aber er hat sie nicht verlangt, sondern im Gegenteil wieder versichern lassen, daß der Zusammenhang mit der atlantischen Allianz, und das heißt hier nicht zuletzt der *Zusammenhang mit der amerikanischen Nuklearstrategie,* nicht gelöst werden soll.

Sprengsatz für das amerikanische Potential

Wenn aber Europa außerhalb des strategischen amerikanischen Schutzes keine Sicherheit finden kann – was hat es dann mit der in Paris viel beschworenen *Unabhängigkeit* Europas auf sich? Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß in Tat und Wahrheit die französische Atommacht einen anderen Sinn und Zweck hat als den offiziell deklarierten der verteidigungspolitischen «Unabhängigkeit»: nämlich den einer Zündladung für das strategische Nuklearpotential Amerikas. De Gaulle schafft sich eine Möglichkeit, im Fall der Bedrohung die *amerikanische Hand zum Schutze Europas zu forcieren.* Wenn seine Streitmacht

nicht vermag, selber die Lücken zu füllen, die die amerikanische unter Umständen offen läßt, so könnte sie doch den mächtigen Partner zwingen, sogar gegen seinen Willen das große Risiko auf sich zu nehmen und die volle Deckung zu gewähren. Um die Voraussetzung der Glaubwürdigkeit der kleineren Macht, wenigstens des Scheins von Glaubwürdigkeit, der Unsicherheit über die möglichen Entscheidungen schafft, ist aber auch auf diesem Weg nicht herumzukommen.

Eine politische Waffe

Wenn die französische Atomstreitkraft diesen Sinn hat, dann wird eine französisch-amerikanische beziehungsweise europäisch-amerikanische Verständigung auf neuer Ebene über die Sicherheitspolitik des Bündnisses eine um so gebieterischere Notwendigkeit. Sein neues Machtinstrument würde de Gaulle dabei zweifellos als *politische Waffe* dienen, als die sie von Anbeginn an, was immer ihre militärische Sinngebung sei, konzipiert worden ist.
Es ist nicht auszuschließen, daß die Eile, mit der die Nationalversammlung die zweite Ausbauetappe der *force de dissuasion* unter Dach zu bringen hatte, abgesehen von innenpolitischen Überlegungen, auch durch die Aussicht auf einen derartigen atlantischen Harmonisierungsversuch motiviert war. Ob die politische Waffe damit nun mächtig genug ist, um den französischen Staatschef in den Augen Washingtons als *Sprecher Europas* zu legitimieren, ist eine offene Frage, bei deren Beantwortung auch andere europäische Verbündete sich äußern werden. Und offen ist auch, bis auf weiteres noch, ob das Instrument genügt, um de Gaulle den innersten Raum in Washington zu öffnen und ihn an den letzten Entscheidungen der Weltmacht teilhaben zu lassen.

Dokumente Nr. 6 und 7

Brief von General Pierre M. Gallois an der Herausgeber der Zeitschrift MERKUR

Paris, le 8 Décembre 1964

Monsieur le Rédacteur en Chef,
Un ami, parlant l'allemand, vient de me lire quelques passages d'un article que vous avez publié dans le numéro 200 d'Octobre 1964 et dans lequel le rédacteur fait allusion à des conversations qu'il aurait eues avec moi.
Chacun peut avoir une opinion et la défendre. Il n'est pas nécessaire pour le faire d'utiliser des contre-vérités et d'attribuer à son adversaire des propos qu'il n'a jamais tenus. C'est pourtant ce qu'a cru devoir faire un certain M. Georg Picht qui me fait dire certaines choses que je n'ai évidemment jamais dites ni à lui, ni à personne d'autre. La loi française me permettrait d'imposer la publication de cette lettre à l'endroit de l'article incriminé. J'espère que le souci que vous devez à la vérité vous conduira à procéder de même en Allemagne. Pierre M. Gallois

Erwiderung von Georg Picht

Mein Bericht über die beiden Gespräche, die ich im Dezember 1962 und im Januar 1964 mit General Gallois geführt habe, beruht auf schriftlichen Aufzeichnungen, die ich mir unmittelbar anschließend gemacht habe. Jedes der beiden Gespräche hatte einen Zeugen. Der eine hat das Manuskript vor der Drucklegung, der andere nach der Drucklegung gelesen; keiner hat Einwendungen gemacht. Die Bewunderung und persönliche Hochachtung, die ich trotz entgegengesetzter Meinungen für General Gallois empfinde, schließt aus, daß ich die Absicht haben könnte, seine Gedanken falsch darzustellen. Da er aber nicht präzisiert, auf welche Sätze sich sein Widerspruch bezieht, sehe ich mich nicht in der Lage, etwas von dem, was ich geschrieben habe, zurückzunehmen. Im übrigen lassen sich alle wesentlichen Sätze aus den Publikationen von General Gallois belegen. Georg Picht

Die Autoren

Georg Picht wurde 1913 in Straßburg geboren, studierte alte Sprachen und Philosophie und leitete bis 1955 die Internatsschule Birklehof in Hinterzarten. Er wurde durch seine bildungspolitischen Initiativen bekannt und ist heute Professor für Religionsphilosophie an der Universität Heidelberg und Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, die 1957 eine Kommission zum Studium der Probleme der atomaren Rüstung berief.

Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker, 1912 in Kiel geboren, studierte theoretische Physik und war als Schüler von Werner Heisenberg und Niels Bohr an Forschungen auf dem Gebiet der Kernphysik beteiligt. Er war Mitunterzeichner der Erklärung der 18 Atomwissenschaftler zur deutschen Atombewaffnung und ist seit 1957 Professor für Philosophie an der Universität Hamburg. Für seine theoretischen Arbeiten über die Verantwortung des Wissenschaftlers erhielt er 1963 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Alfred Grosser, geboren 1925 in Frankfurt, erzogen im Lycée Saint-Germain-en-Laye, war im Krieg Mitglied der Résistance und studierte in Aix-en-Provence und Paris Soziologie, Philosophie und Geschichte. Er ist Professor an der Fondation Nationale des Sciences Politiques in Paris und Generalsekretär des Comité Français d'Echanges Universitaires und schrieb unter anderem ein vielbeachtetes Buch über die Bundesrepublik.

Paul Reynaud, geboren 1878 in Barcelonette, lehnte 1940 als französischer Ministerpräsident den Waffenstillstand mit Deutschland ab und verbrachte den Rest des Krieges in deutscher Internierung. Als Politiker der gemäßigten Rechten hatte er vor dem Kriege de Gaulles Pläne einer Neugliederung der Armee unterstützt.
In den Nachkriegskabinetten der IV. Republik war er mehrfach Finanz- und Wirtschaftsminister, von 1949 bis 1954 Vorsitzender des Wirtschafts- und Finanzausschusses im Europa-Rat.

Plan der MLF

25 Überwasserschiffe mit je 8 Raketen vom Typ Polaris A-3 mit einer Reichweite von 4750 Kilometern.

Operationsgebiet: Mittelmeer, östlicher Atlantik bis zur Linie Dakar–Grönland, insgesamt 9 Millionen Quadratkilometer.

Besatzung: nur Freiwillige, auf jedem Schiff Angehörige von mindestens 3 Nationen. Keine Nation darf mehr als 40% der Besatzung stellen.

Finanzierung: in den ersten zehn Jahren 8 Milliarden DM für den Bau der Schiffe und Raketen, 4 Milliarden DM für den Unterhalt. Davon sollen aufbringen: USA 35%, Bundesrepublik Deutschland 32%, Großbritannien 10%, Italien und Benelux je 6–8%, Griechenland und Türkei je 3,5%.

Organisationsstruktur: oberstes Gremium ‹Rat der Gouverneure›, bei dem jede Nation durch ihren NATO-Botschafter vertreten ist. Ein Admiral als Befehlshaber, ein General-Manager für die Verwaltung.

Einsatzbeschluß: nur durch eine Mehrheit von mindestens 67% der Mitglieder, die Stimmen der Nationen entsprechen ihrem finanziellen Anteil. Diese Konstruktion sichert den USA eine ‹Sperrminorität›, erlaubt andererseits den großen Mitgliedern keine Majorisierung der kleinen.

Europa-Klausel: bei einer politischen Einigung Europas soll der Beschlußmodus revidiert werden.

Britische Änderungsvorschläge: Beschränkung auf 10–15 Schiffe, dafür Einbeziehung sämtlicher taktischen Luftwaffen, teilweise der Raketenstreitkräfte und des britischen V-Bomberkommandos in das gemeinsame Nuklearkommando. Gemischte Besatzungen auch für diese Teile der MLF. Für den Einsatzbefehl doppelte Veto-Möglichkeit: für die USA und eine qualifizierte Mehrheit der europäischen Staaten.

Walter
Texte und Dokumente

Die Reihe *Texte und Dokumente* will dem Leser die Möglichkeit geben, sich über gesellschaftliche und politische Zusammenhänge und die Literatur unserer Zeit aus erster Hand zu informieren. Sie legt Materialien zur Zeitgeschichte, Literatur und Soziologie in moderner Paperbackform vor. In der Abteilung Zeitgeschichte erscheinen Dokumente, Protokolle und Einzeldarstellungen zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Abteilung Literatur bringt Kritik, Neudrucke und Dokumentationen zur Literatur des zwanzigsten Jahrhunderts. In der Abteilung Soziologie werden Grundtexte zur Soziologie und Ergebnisse der Einzelforschung veröffentlicht. Die Abteilung Analysen ist der kritischen Untersuchung aktueller politischer Probleme gewidmet.

Aus dem Inhalt dieses Bandes:

Die Force de Frappe als politisches Strukturproblem
Die MLF – keine Alternative
Freundschaft ohne Illusionen
Europa ohne de Gaulle
‹Flexible response› oder massive Abschreckung
Die französische Atommacht – Zweck oder Mittel zum Zweck?
Dokumente

Daten zur MLF

1959		Vorschlag des NATO-Oberbefehlshabers General Norstad, die NATO zur ‹Vierten Atommacht› zu erheben.
1960		Geheimstudie des amerikanischen Militärberaters und Professors an der Harvard University Robert R. Bowie über eine multilaterale Atomstreitmacht zur See.
1962	April bis Juni	Ausarbeitung eines Planes für eine gemeinsame Atomflotte durch die amerikanische Marine.
	Herbst	Das NATO-Hauptquartier in Paris und einige westeuropäische Verbündete werden mit dem Plan bekannt gemacht.
	Dezember	Britisch-amerikanisches Abkommen von Nassau (Bahamas) über ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Atomrüstung und einer multilateralen Atomstreitmacht.
1963	Januar	General de Gaulle lehnt das britisch-amerikanische Abkommen und eine französische Beteiligung an den gemeinsamen Atomplänen ab. Gleichzeitig widersetzt er sich einer Aufnahme Großbritanniens in die EWG.
	Oktober	Aufnahme konkreter Verhandlungen über die multilaterale Atomstreitmacht (MLF) zwischen sieben Staaten: USA, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, Griechenland und Türkei. Etwas später schließt sich auch Holland an.
1964	Frühjahr	Ein Militärausschuß der NATO legt einen Studienbericht über die Operationsfähigkeit und den militärischen Nutzen der MLF vor. Das Resultat ist positiv.
	Juni	Auf dem amerikanischen Raketenzerstörer ‹Claude V. Ricketts› wird eine Mannschaft aus sieben Nationen zusammengestellt (mit Ausnahme Belgiens), um das Prinzip der international gemischten Mannschaften praktisch zu erproben.
	Herbst	Die diplomatischen Vertreter der beteiligten Nationen arbeiten in Paris ein Vertragswerk aus, das die völkerrechtlichen Fragen der gemeinsamen Atomstreitmacht regelt und das bis Ende des Jahres unterschriftsreif sein soll.
	Oktober	Änderungswünsche der britischen Regierung verzögern die Fertigstellung des Vertrages. Die neue Labour-Regierung schlägt eine weitreichende Revision vor.